

TAGESSCHAU

POLITIK

Landeswahlen: In Hessen und in Bremen wurden gestern neue Landesparlamente gewählt. In Hessen waren 4,1 Millionen, in Bremen gut eine halbe Million Bürger stimmberechtigt. In beiden Ländern zeichnete sich eine ähnlich hohe Wahlbeteiligung ab wie bei den letzten Wahlen, 1982 in Hessen und 1979 in Bremen. In Wiesbaden war damals die CDU, in Bremen die SPD stärkste Fraktion geworden.

Protest in Berlin: Die drei westlichen Stadtkommandanten in Berlin protestieren gegen den Aufmarsch der paramilitärischen Betriebskampfgruppen in Ost-Berlin.

Altersgrenze: Die vieldiskutierte Herabsetzung des Rentenalters auf 58 Jahre ist aufgrund der Kasellage der Rentenversicherer nicht möglich, erklärt Verbandsführer Kolb. Schon jetzt liege das durchschnittliche Rentenzugangsalter tatsächlich bei 58 Jahren.

„Friedensbewegung“: Ein in Loccum geplantes Gespräch zwischen Vertretern der „Friedensbewegung“ und Polizei, Parteien und Kirche mußte abgesagt werden; Anhänger der „Friedensbewegung“ blockierten das Tagungsgebäude. (S. 5)

SPD gegen NATO-Beschluß: Drei weitere SPD-Landesverbände sprechen sich gegen eine Stationierung neuer Atomraketen aus, wie sie im NATO-Doppelbeschluß für ein eventuelles Scheitern der Genfer Verhandlungen zwischen USA und UdSSR vorgesehen ist. Schleswig-Holstein, Hamburg und Berlin sagen „Nein“ mit unterschiedlicher Wertung der NATO-Politik. (S. 1 und 5)

Libanon: Alle militärischen Operationen der US-Truppen in Libanon und auf See vor der Küste werden künftig vom Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa, General Rogers, befehligt, heißt es in informierten Kreisen in Brüssel. - In Libanon dauern die Kämpfe an. (S. 8)

Manöver Japan-USA: Seestreitkräfte der USA und Japans haben im Süden der japanischen Inseln mit gemeinsamen Manövern begonnen.

Heute: Führungsgremien der Parteien analysieren Wahlergebnisse aus Hessen und Bremen. - Präsident Reagan spricht vor der UN-Vollversammlung. - Außenminister Genscher nach New York. - EG-Ministerratstagung zu Edelstahl und zur Agrarreform. - 13. Bundeskongreß der DAG in Hamburg. - Wahlen in Kenia.

Die Wahlen in Hessen und Bremen
 Lesen Sie morgen auf vier Seiten: ● Die Ergebnisse im Detail, dazu Karten, Tabellen, Grafiken. ● Wie geht es weiter in Hessen und Bremen? ● Analysen, Kommentare, Hintergrund. ● Konsequenzen für die Bundespolitik.

WIRTSCHAFT

US-Streit um IWF: Präsident Reagan will zur morgigen Eröffnung der Jahresversammlung von Weltbank und IWF erneut an den Kongreß appellieren, den US-Teil an Quotenerhöhung und erweiterten Kreditvereinbarungen freizugeben. (S. 10)

Automobilindustrie in „Schwung“: Zum Abschluß der Internationalen Automobilschau in Stuttgart.

Zehnergruppe: Die westlichen Industrielande erteilen einen Prüfauftrag zur Verbesserung des Weltwährungssystems.

KULTUR

Sonate wiederentdeckt: Eine in Vergessenheit geratene Sonate Beethovens ist an der Universität Duisburg wiederentdeckt und identifiziert worden. Es handelt sich um eine Zweitfassung des Streichtrios opus drei in Es-Dur.

Papst im Wettbewerb: Mit dem Hörspiel „Die Werkstatt des Goldschmieds“ von Papst Johannes Paul II. (geschrieben 1980) nimmt der Vatikan am italienischen Wettbewerb um den „Premio Italia“ für Fernseh- und Hörspiele teil.

ZITAT DES TAGES

„Widerstand trägt die Gefahr in sich, unsere demokratische Staatsordnung überhaupt in Frage zu ziehen. Das kann ernsthaft niemand wünschen.“
 Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Eduard Loh, im Deutschlandfunk zu Protestaktionen gegen die mögliche Stationierung neuer Atomwaffen. FOTO: DPA

SPORT

Ringen: Der Schifferstädter Papstgewerksmeister Markus Schärer gewann bei den Weltmeisterschaften im klassischen Stil in Kiew die Silbermedaille. (S. 13)

Boxen: Zum ersten Mal nach 23 Jahren wurde ein weißer Boxer Profiweltmeister im Schwergewicht. Der Südafrikaner Gerrie Coetzee schlug den Amerikaner Michael Dokes.

Volleyball: Nach dem 3:1 über Rumänien in Rostock belegte die deutsche Nationalmannschaft der Damen bei den Europameisterschaften Platz fünf. (S. 14)

Fußball: Nationalspieler Herbert Was unterschrieb bei Bayer Leverkusen einen Vertrag bis 1987. Was war von Bayern München mit höheren Angeboten umworben worden. (S. 12)

AUS ALLER WELT

Südtirol: Ab 1984 wird das Telefonbuch der norditalienischen Provinz Bozen erstmals zweisprachig erscheinen. Damit will die Telefongesellschaft SIP den Forderungen der deutschsprachigen Südtiroler Rechnung tragen. Um das italienische Buch war viel gestritten worden.

Seveso-Urteil: Die fünf wegen der Dioxin-Katastrophe in Seveso in Haftstrafen verurteilten Manager legen Berufung ein. (S. 16)

Wetter: Heiter, nur im Norden (Schleswig-Holstein) Durchzug von Wolkenfeldern; zwischen 18 und 24 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Bischof Hild und die These der begrenzten Schwangerschaft. S. 2
Indonesien: Orang Ajeah, der Gott der Vulkane, zeigt sich gnädig. S. 3
DDR: Strenge Auflagen beim Kirchentag; herzlicher Empfang für v. Weizsäcker. S. 5
Großbritannien: Für David Steel war der Parteitag der Liberalen ein klarer Sieg. S. 6
Forum: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages. S. 6
Fernsehen: Ernst Schnabel, Schriftsteller und Intendant, wird heute 70 Jahre alt. S. 6
Washington: Wie Präsident Reagan die amerikanischen Vorschläge für Genf erweitert. S. 8
Leichtathletik: Belgischer Sieg und 300 000 Zuschauer beim Berlin-Marathon. S. 13
Pankraz: Was Friedrich Nietzsche von den gesamtdeutschen Lutherfesten gehalten hätte. S. 15
Chepper-Prozess: Ein Geist weht durch das Gericht von Regensburg. S. 16

Hessen: SPD gewinnt, CDU verliert, FDP klar im Landtag

Die Bremer Ergebnisse blieben lange unsicher

	Wahl vom 25. Sept. 1983 Prozent	Landtagswahl vom 26. Sept. 1982 Prozent	Landtagswahl vom 8. Okt. 1978 Prozent
CDU	ARD 38,6 ZDF 39,4	45,6	46,0
SPD	ARD 46,8 ZDF 45,8	42,8	44,3
FDP	ARD 8,1 ZDF 7,6	3,1	6,6
Grüne	ARD 5,6 ZDF 6,1	8,0	2,0
Sonstige		0,5	1,1
Wahlbeteiligung		86,4	87,7

Bei den Landtagswahlen in Hessen zeichnete sich gestern Abend schon kurz nach 18 Uhr aufgrund der Hochrechnungen von ARD und ZDF, die sich später stabilisierten, ein für viele Beobachter überraschendes Ergebnis ab: Die CDU verlor im Vergleich zur Wahl vor einem Jahr deutlich an Stimmenanteile, die SPD gewann dazu, die Grünen sind geschwächt und die FDP legte ganz bescheiden zu und übersprang die Fünf-Prozent-Hürde mühelos.

Das gute Abschneiden der FDP wird von politischen Beobachtern vor allem der Wahlkampfführung des hessischen CDU-Spitzenkandidaten Walter Wallmann zugeschrieben, der mit seiner Wahlstrategie ganz bewusst zugunsten der FDP agierte - mit dem Ziel, dieser Partei eine Rückkehr in den Landtag zu ermöglichen, um möglichst mit ihr zusammen eine Koalitionsregierung zu bilden. Wallmann hatte mit dem Slogan gearbeitet: „Wer die FDP wählt, wählt auch mich.“

Von der Bürgerschaftswahl in Bremen kamen verlässliche Zahlen erst später auf die Bildschirme. Zum Reaktionschluss dieser Ausgabe war noch kein sicherer Trend zu erkennen. Alles deutete aber auf leichte Gewinne der beiden großen Parteien hin - zu Lasten der Kleinen.

In Hessen und Bremen hatte sich kurz vor Schließung der Wahllokale eine zumindest ähnlich hohe Wahlbeteiligung der Bevölkerung wie bei den letzten Wahlen zu den Landesparlamenten abgezeichnet.

SEITE 2:
Der Bruch des Mandat-Wortes
Gegen Nachrüstung

Der wachsende Widerstand sozialdemokratischer Parteiführungen gegen die mögliche Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen signalisiert, daß sich Landes- und Bezirksverbände kaum noch durch die Offenhalte-Politik der SPD-Spitze beeinflussen lassen. Nach den Parteitagungen von Schleswig-Holstein, Hamburg und Berlin am vergangenen Wochenende wurde denn auch von Politikern der Koalitionsparteien CDU/CSU und FDP die Frage nach der Führungsfähigkeit der Bundes-SPD aufgeworfen.

Der neue Oppositionsführer in Bonn, Hans-Jochen Vogel, hatte sich bemüht, darauf hinzuwirken, daß sich seine Berliner Genossen auf ein bedingtes Nein zur Stationierung beschränken. Zunächst hatte er Erfolg: Mit knapper Mehrheit vollzogen die Delegierten gegen eine Ablehnung der Nachrüstung ohne Wenn und Aber. Dann machten die Befürworter eines kategorischen Neins einen neuen Anlauf - und sie setzten sich durch. Parallel dazu wurde eine Erklärung verabschiedet, in der die in Genf verhandelnden Großmächte die Forderung gerichtet wird, „in

SPD-Politiker greifen Albrecht-Thesen auf

Ehmke und Ehrenberg differenzieren / Versicherer: Im Durchschnitt mit 58 in Rente

Zum ersten Male haben sich, wenn auch in sehr vorsichtiger Form, sozialdemokratische Politiker positiv über Teile des wirtschaftspolitischen Papiers von Ministerpräsident Albrecht (CDU) geäußert. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Horst Ehmke, sprach im Norddeutschen Rundfunk von diskussionswürdigen Ansätzen. Der Vorschlag Albrechts, außer den lohnbezogenen Beiträgen auch andere Quellen für die Finanzierung der Sozialversicherung heranzuziehen, sei dialogfähig. Es sei falsch, in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit „die Beschäftigung und die beschäftigungsintensive gewerbliche Wirtschaft zu bestrafen“.

Ehmke argumentierte, zur Zeit der Einführung des Sozialversicherungssystems in Deutschland vor mehr als 100 Jahren seien die arbeitsintensiven Unternehmen die wirtschaftlichen Stärken gewesen. Heute hingegen seien dies die kapitalintensiven Betriebe. Die überproportionale Belastung von Unternehmen, die hohe Lohn- und damit auch hohe Kosten für die Sozialversicherung ihrer Mitarbeiter verfahren müßten, bei der

Afghanische Armee führt den Krieg nach Art der Sowjets

Zerstörung von Dörfern / Pakistanische Ziele angegriffen

WALTER H. RUEB, Bonn
 Die Mißerfolge der prokommunistischen afghanischen Rumpfarmee im Kampf gegen den Widerstand haben zu einer Verschärfung des Krieges am Hindukusch geführt: Der erfolglose und daher von der Ablösung bedrohte Verteidigungsminister Generalmajor Abdul Kader hat offenbar nach langem Zögern Befehl gegeben, in der Kriegführung nach Art der Sowjets zu verfahren. Die sowjetische Praxis beruht seit längerem auf der Zerstörung von Städten und Dörfern mit dem Ziel, die Lebensgrundlagen der noch im Lande verbliebenen Zivilbevölkerung zu zerstören.

Die Zahl der im Lande Verbliebenen wird kurz vor Ende des vierten Kriegsjahres auf elf Millionen geschätzt. Diese Zahl ist gegenüber jener von 1979 um rund fünf Millionen geringer. Annähernd eine Million Afghanen wurden bisher getötet, drei Millionen flüchteten nach Pakistan, mehr als eine Million flüchtete nach Iran.

Die Übernahme der sowjetischen Kriegsmethoden zeigte sich jetzt bei der Bombardierung grenznaher pakistanischer Dörfer im Kurramtal nahe Parachinar. Die militärische Führung der afghanischen Armee, die mit 25 000 Mann nur noch ein Viertel ihrer ursprünglichen Stärke beträgt, buhle jetzt mit aller Macht um sowjetische Anerkennung, versicherte Eingeweihte.

Im Eifer des Gefechts hätten die Piloten orientierungslos die Grenze überflogen und pakistanische Ziele angegriffen. Bereits im Dezember 1981 waren südlich der afghanisch-pakistanischen Grenze in Belutschistan Autobusse, eine Grenzstation und zwei pakistanische Dörfer angegriffen worden.

Die eingestandene Erfolglosigkeit Minister Kaders und die von den Sowjets angeordneten Konsequenzen kontrastieren auffallend mit der

sonst in Kabul so gerne erhobenen Behauptung, Widerstand und Konterrevolution seien niedergeschlagen und das ganze Land unter Kontrolle. Wie es im Land wirklich aussieht und wie schwach die Position der auf 130 000 Mann aufgestockten sowjetischen Invasionsarmee und ihrer uniformierten afghanischen Waffengenen wirklich ist, geht aus dem Eingeständnis des Sowjetarmisten Jurij Waschtschenko hervor, der im Januar 1983 zur Internierung in die Schweiz gebracht wurde und jetzt nach der Flucht in die Bundesrepublik Deutschland um Asyl gebeten hat.

Der 19jährige Unteroffizier sagte gegenüber der WELT: „Wo konkret ein sowjetischer Soldat steht, das ist die sowjetische Armee. Neben ihm und rundherum ist nur Afghanistan...“

Zu dieser Einschätzung und zu den Angaben zahlreicher anderer Beobachter paßt auch der überraschende Appell des afghanischen Staatschefs Babrak Karmal, den er jetzt an „alle irregulierten Landsleute“ richtete, und in dem er sie aufforderte, ihre „antirevolutionäre Bewegung“ aufzugeben und sich seinem Regime „im Geist islamischer Bruderschaft“ anzuschließen.

Möglicherweise will man in Kabul einer sich bereits abzeichnenden Entwicklung rechtzeitig vorbeugen. Die Mudjahedin beantworten nämlich neuerdings die sowjetische Abrüstungstaktik mit gleicher Münze.

Dafür stehen dem Widerstand seit einiger Zeit auch die so lange entbehrten Waffen wie schwere Maschinengewehre, Raketenwerfer, Panzerminen und Granatwerfer wenigstens in bescheidenen Mengen zur Verfügung. Und die Freiheitskämpfer haben in dem jahrelangen Ringen mit den Sowjets gelernt, ihre Skrupel gegen die Anwendung von List und Tücke abzulegen.

Marcos droht Demonstranten mit Waffengewalt

AP, Manila

Der philippinische Präsident Ferdinand Marcos hat gestern „Kommunisten“ und „Radikale“ für die Unruhen der vergangenen Woche verantwortlich gemacht und ein hartes Vorgehen gegen die Opposition angekündigt. In einer Fernsehansprache drohte Marcos, die Sicherheitskräfte würden Gewalt mit Gewalt beantworten und dabei auch Schusswaffen einsetzen. Gegen führende Oppositionelle, auch gegen mit der Opposition verbundene Unternehmer, wolle er mit Verhaftungen und gerichtlichen Maßnahmen vorgehen. Katholischen Priestern und Nonnen warf der Präsident vor, den Schulkindern „Haß gegen Marcos und gegen die Regierung“ einzupflanzen.

Jaime Cardinal Sin, Primas der katholischen Kirche der Philippinen, appellierte an Marcos, durch Zustimmung zu freien Wahlen sowie durch Zulassung einer freien Presse und unabhängiger Gerichte eine „blutige Revolution“ zu verhindern. Sin regte die Einsetzung eines Beratungskomitees aus Vertretern der Kirche, der Regierung und der Opposition an.

Seite 3: Trauer und Protest

DER KOMMENTAR

Schlagworte reichen nicht

HANS-JÜRGEN MAHNKE

Nachdem sich jetzt die verbalen Nebelschwaden des Wahlkampfes in Hessen und Bremen verziehen, sollte auch über dringende wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Probleme wieder mit mehr Gelassenheit zwischen den Parteien gesprochen werden. Jedenfalls reichen bloße Schlagworte nicht mehr, auch wenn dieses bequem ist. Im Wahlkampf benutzt die Sozialdemokratie zum Beispiel das Albrecht-Papier noch als willkommenes Vehikel, um auf den politischen Gegner loszugehen. Noch vor einigen Tagen kündigte der SPD-Vorsitzende Willy Brandt an, das, was Albrecht, George und Landsdorf aufgeschrieben haben, wolle die SPD unter dem Titel „Dokumente der Reaktion“ veröffentlichen.

Dies läßt sich nur schwer mit den Äußerungen des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD, Horst Ehmke, und des früheren Arbeitsministers Herbert Ehrenberg auf eine Linie bringen, die am Wochenende in Interviews einige Anregungen des Albrecht-Papiers als dialogfähig oder zumindest als einen Beitrag bezeichnet haben, durch den das Problem-Bewußtsein geschärft würde.

Um es deutlich zu sagen: dies ist kein Signal für eine Verschwägerung. Ehrenberg spricht sogar von einem, wie er meint, fehlgeleiteten Vorstoß. Aber die SPD greift ein Problem wieder auf, das auch für den Abbau der Arbeitslosigkeit ganz vorrangig ist. Es geht um die Frage, woran sich die Beiträge zum sozialen Sicherungssystem in Zukunft orientieren sollen, ob es noch zeitgemäß ist, als Bezugsgröße auf die Beschäftigten und ihren Verdienst abzustellen, oder ob außer den lohnbezogenen Beiträgen auch andere Quellen für die Finanzierung herangezogen werden müssen. Ein Thema im übrigen, das Kurt Biedenkopf schon vor Jahren aufgegriffen hatte. Er hatte für eine Lockerung der Beziehungen zwischen dem Arbeits- und dem Sozialvertrag plädiert. Albrecht hat in seinen zehn Thesen ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Faktor Arbeit zwar zu teuer geworden sei, was jedoch nicht an der Höhe der Löhne liege, sondern an den Lohnnebenkosten. Und hier setzen seine Reformüberlegungen ein, ähnlich dem, was Ehmke jetzt betont hat.

Allerdings: Wenn Zwei nach einem Ausweg aus einem Dilemma suchen, so müssen sie nicht zwangsläufig in die gleiche Richtung marschieren. Wenn die SPD wieder nur auf eine bloße Umverteilung setzt, also darauf, daß künftig statt der beschäftigungsintensiven die kapitalintensiven Betriebe stärker belastet werden sollen, so macht dieses keinen Sinn. Jedenfalls läßt sich so die notwendige Dynamik in der Industrie nicht zurückgewinnen. Die Finanzierung über eine kräftige Anhebung der Mehrwertsteuer ist nun wahrlich auch nicht das El Dorado. Durch weitere Steuererhöhungen kann die Wirtschaft nicht auf einen Wachstumspfad zurückgeführt werden.

Das Problem ist von allen erkannt, und man sollte über alle Vorschläge reden, und zwar bald. Nach dem sonntäglichen Umhang dürfte dies - hoffentlich - auch leichter sein.



spiecker
 Exquisite Damenmoden

Stiftstraße 5 · 7000 Stuttgart 1 · Tel.: 0711/22 39 08
 Besuchen Sie auch unser Schwesterhaus in Köln, CORDS, Mittelstraße.

Anzeige

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Im Visier: Zimmermann

Von Werner Kahl

Unter den Kommandeuren des Bundesgrenzschutzes (BGS) herrscht Unzufriedenheit. Die Zersplitterung des Grenzschutzes in einzeldienstliche Aufgaben, unterbesetzte Einheiten und ein bürokratisiertes Personalstrukturgesetz, das 1976 den BGS an die Polizei der Länder angeschlossen, hemmen die Fähigkeit zu verbandsmäßigem polizeilichem Einsatz. Da erscheint es zweckmäßig und nützlich, daß Kommandeure, zumal nach einem Regierungswechsel, Erfahrungen und Vorschläge dem Bundesinnenministerium unterbreiten, die sich auch an dem politischen Ziel nach mehr Truppencharakter des BGS orientieren.

Einer, der sich über seine 25 Jahre Dienst im Grenzschutz Gedanken machte, sieht nun die Batterien einer Protestoffensive auf sich gerichtet: Der Kommandeur des Grenzschutzkommandos West, Ulrich Wegener, sieht in der bisher praktizierten extensiven Auslegung der Personalvertretung einen Nachteil zu Lasten der sicherheitspolitischen Aufgaben. Auf einen Kommandeur warten heutzutage nicht nur zermürbende Auseinandersetzungen, ob er einen hervorragenden Mann vorzeitig befördern und einen Versager ohne dessen Einverständnis versetzen darf; die Tendenz läßt fast erwarten, daß - wie heute schon bei den Grünen - in nicht allzuferner Zeit vor Einsätzen so lange diskutiert wird, bis Konsensfähigkeit festgestellt wird.

Es ist unvermeidlich, daß es in der Praxis des Mitbestimmungsrechtes im öffentlichen Dienst zu Spannungen und kontroversen Debatten kommt. Die Bundesregierung hat denn auch sofort erklärt, es sei nicht daran gedacht, die Rechte der Personalräte einzuschränken. Der Angriff, der gegen den erfolgreichen und populären ehemaligen Chef der Anti-Terror-Einheit GSG 9 im Bundesgrenzschutz, Ulrich Wegener, geführt wird, entspringt daher auch nicht in erster Linie der verständlichen Sorge von Personalvertretern, ihre Rechte könnten par ordre de Mufi beschnitten werden.

Den Kritikern der Erfahrungsberichte über die Mitbestimmung geht es anscheinend auch nicht so sehr darum, daß der Kommandeur Wegener (und noch) nicht Parkinson heißt. Über dem Streitfeld liegt vielmehr der Pulverdampf einer parteipolitischen Kanonade. Geschossen wird auf den Helden von Mogadischu. Das Ziel ist jedoch Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann.

Schulterschuß

Von Manfred Neuber

Das gegenwärtige amerikanisch-japanische Seemanöver, das größte seit fünf Jahren, findet in eben den Gewässern statt, die im Konfliktfall von der sowjetischen Pazifik-Flotte beim Auslaufen aus Wladiwostok durchquert werden müssen.

Auch für den Anrainer Südkorea ist die westliche Präsenz bedeutsam. Das Land strebt zur Abwehr der sowjetischen Bedrohung eine engere militärische Zusammenarbeit im Fernen Osten an - eine strategische Konsequenz aus dem Abschluß des Jumbos. Seoul geht mit Washington in der Lagebeurteilung einig. Nach einer gewissen Entfremdung während der Carter-Ära soll der Reagan-Besuch im November den neuerlichen Schulterschuß bekräftigen.

Zur ehemaligen Kolonialmacht Japan haben die Koreaner noch ein durch alte Ressentiments gestörtes Verhältnis. Um so mehr ließ es aufhorchen, als ihr Verteidigungsminister jetzt für eine militärische Kooperation mit Tokio plädierte. Allzu eifrig wird Japan darauf nicht eingehen, aber das Eis ist gebrochen. Südkoreas Diplomatie nutzt unterdessen die internationale Sympathiewelle für Seoul.

Seoul und Moskau unterhalten keine diplomatischen Beziehungen. Seit Mitte der siebziger Jahre leitete Südkorea jedoch eine „Politik der offenen Tür“ gegenüber kommunistischen Staaten ein. Kurz vor dem Abschluß weiteten erstmals sowjetische Abgesandte in Seoul, und Südkoreaner wollten an einer UNO-Tagung in der Sowjetunion teilnehmen.

Jetzt hat der Krimi die Tür mit brutaler Gewalt zugeschlagen. Es sollte nicht wundernehmen, wenn unter dem Eindruck der Jumbo-Tragödie die Annäherung zwischen Südkorea und der Volksrepublik China schneller vorankommt.

Atemlose Schnecke

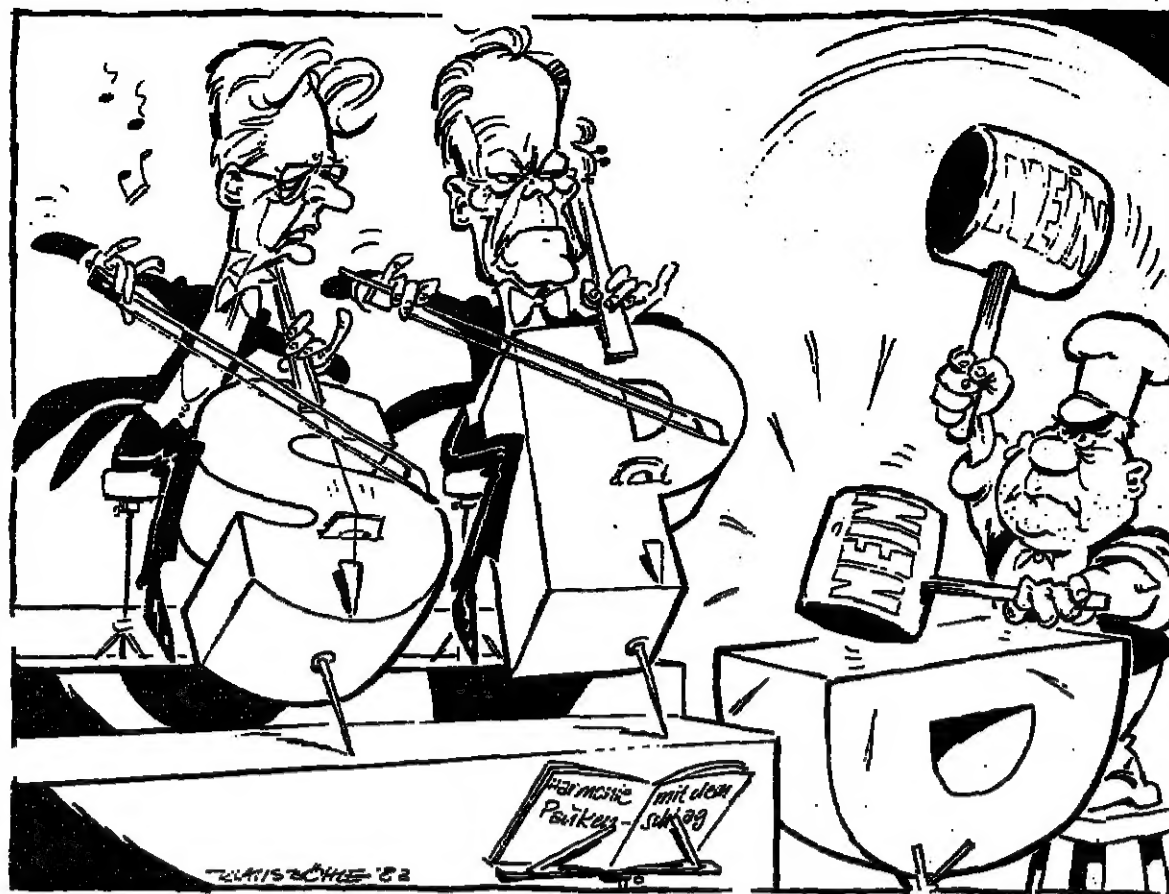
Von Heinz Barth

Wo die Politik nicht klopft, ist, behilft sie sich gern mit Symbolismen. Wenn Politiker - und neuerdings auch Gewerkschaftsführer - nicht mehr wissen, wo es lang gehen soll, drapieren sie sich häufig mit dem spätexpressionistischen Umgang der gemeinverständlichen Symbole, die optisch so einfach darzustellen sind. Sie tragen die Symbole wie harmlose Etiketten an ihrem zerschissenen Nervenkostüm. Und gleiten damit ganz unauffällig hinüber ins Niemandsland zwischen Wirklichkeit und Märchenreich: „Ach, wie gut, daß niemand weiß, daß ich Rumpelstilzchen heiße.“

Es ist ein Märchenreich, das sich bis zum letzten Quadratmeter dieser Tele-Republik erstreckt. Nichts haftet besser auf dem Glas der Bildschirme als die Vordergründigkeit, die sich den Anschein tieferer Bedeutung gibt. Kein Polit-Schmuck kann sich selbst erfüllen, der sich nicht zu symbolisieren weiß. Da werden Militärbasen symbolisch besetzt. Da werden Fahnen symbolisch verbrannt. Da wird für den Frieden gestorben - symbolisch natürlich. Man nennt es „die in“, was der folgerichtige Komparativ von „sit in“ ist.

Folgerichtig, weil niemand mehr so recht hinschaut, wenn Symboliker ihre Rückseiten auf dem Asphalt des Altweibersommers wärmen. Denn auch Symbole wetzen sich ab wie Blue Jeans. Eine Erkenntnis, die noch nicht bei einigen Gewerkschaftsbossen angekommen ist. Sie möchten unseren „hard hats“, die nicht nur Schaumgummi unter dem Helm haben, einen Stechuh-Symbolismus verpassen. Genau fünf Minuten vor zwölf sollen sie fünf Minuten für den Frieden und gegen die Raketen streiken. Das schmeißt keinen Betrieb um. Das bleibt so schön an der Oberfläche. Das täuscht so schön hehren Idealismus vor. Aber es kratzt auch so schön - klammheimlich darf man wohl sagen - am Grundsatz, der bisher in diesem Land politische Streiks ausschloß.

Es ist schon erstaunlich, wieviel Löcher unser Nervenkostüm hat. Die unfreiwillige Komik wird manchen nicht bewußt, wie still es ist, zu harten Hüten einen löcherigen Mantel zu tragen. Je näher der entscheidende Tag in Genf rückt, um so heftiger vibrieren unsere geborenen Verlierer. Manchmal erinnern sie an eine atemlose Schnecke; hart an der Schale des politischen Gerangelns, aber überaus empfindlich an den Fühlern, die sie schon lange vor der ersten Berührung einziehen.



„Bleib im Takt, Genosse...!“

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Der Bruch des Kanzler-Wortes

Von Herbert Kremp

Die Aufforderung des Oppositionsführers Doktor Vogel an die Adresse der Seinen, die SPD müsse „politischfähig“ bleiben, enthält ein Eingeständnis und eine inständige Bitte. Die tolle Wortkombination sondiert das Zentralnervensystem der politischen Partei. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als die Fähigkeit „zu sein“, um Existenz im konkreten Bezugsfeld nationaler und internationaler Politik. Die sechs Landesverbände, die sich nun vom NATO-Doppelbeschluß der eigenen Parteiliste und der eigenen früheren Bundesregierung getrennt haben, verändern die Statistik der Sozialdemokratie auf dramatische Weise: Die SPD klappt um.

Die polit-ökologische Katastrophe vollzieht sich offenbar in unaufhaltsamen Schritten. Nach Baden-Württemberg, Bremen und dem Saarland formulierten nun Hamburg, Schleswig-Holstein und Berlin ihr Nein zum Nachrüstungsbescheid des zitierten Beschlusses, ohne den es einen aussichtsreichen Verhandlungsteil nicht geben kann. Die Opposition ist nicht mehr berechenbar. Als Faktor wechselt sie von der westlichen in die sowjetische Rechnung über Vogels inständige Bitte, man möge doch abwarten, was in Genf am Ende herauskomme, wurde mit einem einstimmigen Votum gegen die Bündnisräson beantwortet. So handelt es meinhin eine Protest-Partei, die ihren Willen aus Träumen speist. Die Folgen sind unabsehbar.

Der Ausmarsch aus dem Konsensus hat sich lange angekündigt. Der Parteivorsitzende Brandt gibt heute offen zu (was man wollte), daß er den Doppelbeschluß nur aus Gründen der Loyalität gegenüber dem Kanzler seiner Partei vertreten habe. Dabei wirkte er aber derart gequält, und er sprach dabei stets so sibyllisch, daß die Gegner der Nachrüstung um jeden Preis mit einem Blick und einem Ohr herausfinden konnten, wo Brandt wirklich stand und was er wirklich wollte. Auf diese Weise trug der Vorsitzende zum politischen Ende seines Kanzlers bei. Schmidt ließ nicht durch Haggen Tronjes Verrat, sondern infolge der Entschlossenheit des eigenen Parteifolges, sein Bündniswort zu brechen. Sind die Deutschen, so wird nun mancher verallgemeinern fragen, überhaupt noch bündnisfähig?

Der Bruch des Kanzler-Wortes wirkt sich auf die Genfer Verhandlungen negativ aus. Ein Erfolg schien dort nicht ausgeschlossen, solange CDU und CSU als Opposition die Regierung Schmidt in der Bündnispolitik unterstützten. Die Umsicht der Union in der wohl wichtigsten Frage der westlichen Nachkriegs-Strategie band die SPD ein. Brandt durfte und konnte nicht mehr als mißgelaunt sein. Den sowjetischen Kalkulatoren boten sich nur die Grünen, die Friedensbewegung und einige sozialdemokratische Präsidiumsmitglieder als Verbündete an. Das war nicht allzuviel. Jetzt gesellt sich die ganze SPD - von einigen Standhaften abgesehen - der Anti-Bewegung bei. Damit ändert sich die deutsche Rechnung. Die Sowjets sehen eine Chance, der Waffenhegemon Europas zu bleiben und durch eine neue deutsche Spaltung, nämlich die der Bundesrepublik, Westeuropa von den USA zu trennen. Je näher dieses Ziel, desto härter die Haltung in Genf.

Die SPD ist groß und bedeutend genug, um dem Westen wirkungsvoll in den Rücken fallen zu können. Und da sie in einer Frage von nationalem Rang der Bundesregierung den Konsensus aufkündigt, bringt sie auch den neuen Bundeskanzler in große Schwierigkeiten. Die Ankündigung plebiszitären Widerstandes findet sich unter dem semantischen Betrugswort von der „Gewaltfreiheit“ in jedem Regionalbeschluß der SPD. Der Aufruf, außerhalb der Legalität zu handeln, um die gewählte Regierung in die Knie zu zwingen, ermutigt Radikale und Extremisten. Gerade „Politunfähige“ können es fertigbringen, einen Staat regierungsfähig zu machen oder ihn jedenfalls dem Ruch der Bündnisunfähigkeit auszusetzen. Der Schaden wäre kaum einzugrenzen.

Die Wiederherstellung des militärischen Gleichgewichts in Europa wird von zwei Seiten angefochten: von einer massiven Desinformations- und Drohkampagne der Sowjets und vom Willen politischer Gruppierungen im Westen selbst, ihre fundamentale Feindschätzung der sowjetischen Macht zur Maxime des nationalen Handelns zu erheben. Das beengt den Spielraum des Westens in Genf. Die jüngsten Konzeptionen, die nach allen Berichten aufgrund des deutschen Drängens zustande kamen, gehen nach den Maßstäben militärpolitischer Raison schon viel zu weit und tragen den Stempel einer entlastenden innenpolitischen Kompromiß-Suche.

Das gilt für die europä-regionale Aufrechterhaltung der „Potentiale“, die im Widerspruch zum Punkt 6 der Williamsburger Gipfelklärung, die 1981 in Asien stationierten Sowjetsysteme festschreibt, aber nicht absinkt. Das gilt für die Einbeziehung von atomtragenden Flugzeugen in den Proporz. Das gilt für die Verminderung der westlichen Nachrüstung in der neuen Berechnung, wobei vor allem eine Reduktion der Pershing 2 die Frage der militärischen Effizienz aufwirft.

Diese sehr weitgehenden westlichen Konzeptionen, über die sich Präsident Reagan in dieser Woche äußern wird, scheinen die sozialdemokratische Opposition aber überhaupt nicht zu interessieren. Bei den Parteitag des Wochenendes spielten die fachlichen Seiten der Abrüstungs-Thematik keine Rolle. Man verharnte sozusagen in der abstrakten Emotion, beim einfachen „Wir wollen das Zeug nicht haben“.

Hans-Jochen Vogel, der in einer Art tänzerischer Sprache das Allerschlimmste zu verhindern versuchte, forderte die Einbeziehung der französischen und britischen Systeme in den schon von der Schwindzahl befallenen westlichen Proporzanteil, wohl wissend, daß es dann ein Gegengewicht zur sowjetischen Raketenbewaffnung in Europa nicht mehr geben könnte. Unter diesen Umständen wäre das Todesurteil über die NATO gesprochen, was den Wünschen eines Teils der destabilisierten SPD durchaus entgegenkäme.

Die NATO hat beschlossen, zwischenzeitlich zu verhandeln, ob man nicht die Zahl der beiderseits bedrohenden Waffen reduzieren oder gar ganz auf sie verzichten könne. Die Sowjetunion hat jedes Einlenken abgelehnt. Sie hat zwar einmal einseitig verkündet, jetzt werde sie keine Raketen mehr aufstellen, aber dann hat sie die Aufstellung dennoch in unverminderter Tempo fortgesetzt. Wann soll das Risiko an uns vorbeigehen, wann wird die EKD erklären, daß es nun genug der Gefahr sein und wir nachrücken sollten? Ein genauer Termin wird wichtig.

Die vierte Frage schließlich lautet: Was dem Kirchenpräsidenten von Hessen-Nassau zum Thema Nachrüstung nicht eingefallen ist / Von Enno v. Loewenstern

Helmut Hild, Kirchenpräsident von Hessen-Nassau und stellvertretender Vorsitzender der EKD, hat eine interessante Überlegung in der Raketendebatte geworfen. Der Westen, sagte er, müsse davon ablassen, starr und schematisch am Denken im Gleichgewicht festzuhalten. Es könne notwendig sein, begrenzte Risiken vorübergehend in Kauf zu nehmen.

Dies drängt verschiedene Fragen auf. Erstens: Seit wann denkt der Westen „starr und schematisch im Gleichgewicht“? Gerade der Nachrüstungsbeschluß zeigt, daß zwar der Wunsch nach Gleichgewicht statt eines Übergewichts der UdSSR im Westen vorherrscht. Aber starr und schematisch ist er gewiß nicht.

Die NATO hat beschlossen, notfalls 108 Raketen und 464 Marschflugkörper mit insgesamt 572 Sprengköpfen aufzustellen. Die UdSSR hat jedoch schon mindestens 361 Mittelstreckenraketen

mit 1083 lenkbaren Sprengköpfen aufgestellt. Überdies rüstet die UdSSR verbissen weiter. Dennoch ist im Westen nicht der Gedanke aufgefaucht, die Zahl der eigenen Sprengköpfe zu erhöhen, um sie dem sowjetischen Potential anzugleichen. Was also heißt hier starr und schematisch?

Zum zweiten: warum „muß“ justament der Westen ablassen? Warum soll den Massenmördern von Afghanistan, den Unterdrückern Polens, den Bedrohern des Weltfriedens ein Zugeständnis gemacht werden - etwa weil sie die Friedlichen sind, denen der Westen den Beweis des guten Willens schuldet?

Drittens: Was ist eine vorübergehende Inkaufnahme? Hild hat der Öffentlichkeit nicht verraten, wie lange das Risiko dauern soll. Die NATO hat allerdings ein vorübergehendes Risiko in Kauf genommen. Sie hat keine Mittelstreckenwaffen entwickelt, als die Sowjets

fertigbringen, einen Staat regierungsfähig zu machen oder ihn jedenfalls dem Ruch der Bündnisunfähigkeit auszusetzen. Der Schaden wäre kaum einzugrenzen.

Die Wiederherstellung des militärischen Gleichgewichts in Europa wird von zwei Seiten angefochten: von einer massiven Desinformations- und Drohkampagne der Sowjets und vom Willen politischer Gruppierungen im Westen selbst, ihre fundamentale Feindschätzung der sowjetischen Macht zur Maxime des nationalen Handelns zu erheben. Das beengt den Spielraum des Westens in Genf. Die jüngsten Konzeptionen, die nach allen Berichten aufgrund des deutschen Drängens zustande kamen, gehen nach den Maßstäben militärpolitischer Raison schon viel zu weit und tragen den Stempel einer entlastenden innenpolitischen Kompromiß-Suche.

Das gilt für die europä-regionale Aufrechterhaltung der „Potentiale“, die im Widerspruch zum Punkt 6 der Williamsburger Gipfelklärung, die 1981 in Asien stationierten Sowjetsysteme festschreibt, aber nicht absinkt. Das gilt für die Einbeziehung von atomtragenden Flugzeugen in den Proporz. Das gilt für die Verminderung der westlichen Nachrüstung in der neuen Berechnung, wobei vor allem eine Reduktion der Pershing 2 die Frage der militärischen Effizienz aufwirft.

Diese sehr weitgehenden westlichen Konzeptionen, über die sich Präsident Reagan in dieser Woche äußern wird, scheinen die sozialdemokratische Opposition aber überhaupt nicht zu interessieren. Bei den Parteitag des Wochenendes spielten die fachlichen Seiten der Abrüstungs-Thematik keine Rolle. Man verharnte sozusagen in der abstrakten Emotion, beim einfachen „Wir wollen das Zeug nicht haben“.

Hans-Jochen Vogel, der in einer Art tänzerischer Sprache das Allerschlimmste zu verhindern versuchte, forderte die Einbeziehung der französischen und britischen Systeme in den schon von der Schwindzahl befallenen westlichen Proporzanteil, wohl wissend, daß es dann ein Gegengewicht zur sowjetischen Raketenbewaffnung in Europa nicht mehr geben könnte. Unter diesen Umständen wäre das Todesurteil über die NATO gesprochen, was den Wünschen eines Teils der destabilisierten SPD durchaus entgegenkäme.

Die NATO hat beschlossen, zwischenzeitlich zu verhandeln, ob man nicht die Zahl der beiderseits bedrohenden Waffen reduzieren oder gar ganz auf sie verzichten könne. Die Sowjetunion hat jedes Einlenken abgelehnt. Sie hat zwar einmal einseitig verkündet, jetzt werde sie keine Raketen mehr aufstellen, aber dann hat sie die Aufstellung dennoch in unverminderter Tempo fortgesetzt. Wann soll das Risiko an uns vorbeigehen, wann wird die EKD erklären, daß es nun genug der Gefahr sein und wir nachrücken sollten? Ein genauer Termin wird wichtig.

Die vierte Frage schließlich lautet: Was dem Kirchenpräsidenten von Hessen-Nassau zum Thema Nachrüstung nicht eingefallen ist / Von Enno v. Loewenstern

Helmut Hild, Kirchenpräsident von Hessen-Nassau und stellvertretender Vorsitzender der EKD, hat eine interessante Überlegung in der Raketendebatte geworfen. Der Westen, sagte er, müsse davon ablassen, starr und schematisch am Denken im Gleichgewicht festzuhalten. Es könne notwendig sein, begrenzte Risiken vorübergehend in Kauf zu nehmen.

Dies drängt verschiedene Fragen auf. Erstens: Seit wann denkt der Westen „starr und schematisch im Gleichgewicht“? Gerade der Nachrüstungsbeschluß zeigt, daß zwar der Wunsch nach Gleichgewicht statt eines Übergewichts der UdSSR im Westen vorherrscht. Aber starr und schematisch ist er gewiß nicht.

Die NATO hat beschlossen, notfalls 108 Raketen und 464 Marschflugkörper mit insgesamt 572 Sprengköpfen aufzustellen. Die UdSSR hat jedoch schon mindestens 361 Mittelstreckenraketen

mit 1083 lenkbaren Sprengköpfen aufgestellt. Überdies rüstet die UdSSR verbissen weiter. Dennoch ist im Westen nicht der Gedanke aufgefaucht, die Zahl der eigenen Sprengköpfe zu erhöhen, um sie dem sowjetischen Potential anzugleichen. Was also heißt hier starr und schematisch?

Zum zweiten: warum „muß“ justament der Westen ablassen? Warum soll den Massenmördern von Afghanistan, den Unterdrückern Polens, den Bedrohern des Weltfriedens ein Zugeständnis gemacht werden - etwa weil sie die Friedlichen sind, denen der Westen den Beweis des guten Willens schuldet?

Drittens: Was ist eine vorübergehende Inkaufnahme? Hild hat der Öffentlichkeit nicht verraten, wie lange das Risiko dauern soll. Die NATO hat allerdings ein vorübergehendes Risiko in Kauf genommen. Sie hat keine Mittelstreckenwaffen entwickelt, als die Sowjets

IM GESPRÄCH Dan Shomron

Karriere eines Optimisten

Von Rafael Seligmann

Unmittelbar nachdem internationale Terroristen im Juni 1976 einen „Air-France“-Airbus mit 253 Passagieren in ihre Gewalt gebracht hatten, um im Austausch für die Geiseln die Freilassung von 53 Gestimmten aus israelischen und westeuropäischen Gefängnissen zu verlangen, stand die Antwort Jerusalems fest: kein Nachgeben. Denn ein Zurückweichen Jerusalems hätte einen Präzedenzfall geschaffen. Fortan wäre es PLO-Terroristen möglich gewesen, an einem beliebigen Ort auf der Welt Juden in ihre Gewalt zu bringen, um Israel ihren jeweiligen Forderungen gefügig zu machen.

Die Frage für Israels Kabinett war also, wie befreit man die Geiseln, die von arabischen und deutschen Terroristen sowie von ugandischen Soldaten auf dem Flughafen von Entebbe bewacht wurden. Vor allem, wer sollte dieses gewagte Unternehmen leiten.

Israels damaliger Premier, Itzhak Rabin, hatte ein eigenes Auswahlkriterium. Er versammelte die Spitzenmilitärs in seinem Büro und fragte jeden einzelnen nach der Erfolgschance für ein Befreiungsunternehmen im fast 4000 Kilometer entfernten Entebbe. Lediglich einer war vom Erfolg restlos überzeugt. „Wenn wir es richtig anpacken, haben wir eine Erfolgschance von 100 Prozent“, meinte ein sommersprossiger Brigadegeneral, damals 36, mit den nach oben gezogenen Mundwinkeln des unverbesserlichen Optimisten: Dan Shomron, seinerzeit Befehlshaber der Fallschirmjäger. Für Rabin stand damit der Kommandeur der „Operation Entebbe“ fest.

Das perfekt ausgeführte Kommando-Unternehmen wurde seither zum Vorbild für zahlreiche ähnliche Aktionen. Für Israel bedeutete die „Operation Entebbe“ auch, daß die jüdische Armee entfernt werden sollte. Auf das militärische Talent Shomrons wollten jedoch weder der Präsident Generalstabs verziehen. Shomron wurde nun zum Oberbefehlshaber aller Landstreitkräfte.

Seither sind die beiden Männer befreundet, obgleich sie politisch weit auseinanderliegen. So protegierte Shomron den jungen „linken“ General als Nachfolger des Generalstabschefs Rafael Eitan. Der neue Verteidigungsminister Arens entschied sich jedoch für den eher farblosen Moshe Levy. Dieser wünschte, daß der populäre Konkurrent Shomron aus der Armee entfernt werden sollte. Auf das militärische Talent Shomrons wollten jedoch weder der Präsident Generalstabs verziehen. Shomron wurde nun zum Oberbefehlshaber aller Landstreitkräfte.



Oberbefehlshaber der israelischen Streitkräfte: Dan Shomron. FOTO: CAMERA PRESS

ein Triumph, der dem nationalen Selbstwertgefühl guttat. Dan Shomron wurde zum Helden der Nation.

Dan Shomron wurde im Kibbuz Ashdod-Yaakov geboren. Mit 18 Jahren ging er zur Armee, wurde sofort Berufsoffizier bei den Fallschirmjägern. Im Sechstage-Krieg 1967 war er bereits Kommandeur einer Einheit, die als erste zum Suez-Kanal vordrang. Sechs Jahre später, im Yom-Kippur-Krieg, half Oberst Shomron als Kommandeur einer Panzerbrigade, General Sharon bei der Einkreisung der Dritten (ägyptischen) Armee in Afrika.

Seither sind die beiden Männer befreundet, obgleich sie politisch weit auseinanderliegen. So protegierte Shomron den jungen „linken“ General als Nachfolger des Generalstabschefs Rafael Eitan. Der neue Verteidigungsminister Arens entschied sich jedoch für den eher farblosen Moshe Levy. Dieser wünschte, daß der populäre Konkurrent Shomron aus der Armee entfernt werden sollte. Auf das militärische Talent Shomrons wollten jedoch weder der Präsident Generalstabs verziehen. Shomron wurde nun zum Oberbefehlshaber aller Landstreitkräfte.

Seither sind die beiden Männer befreundet, obgleich sie politisch weit auseinanderliegen. So protegierte Shomron den jungen „linken“ General als Nachfolger des Generalstabschefs Rafael Eitan. Der neue Verteidigungsminister Arens entschied sich jedoch für den eher farblosen Moshe Levy. Dieser wünschte, daß der populäre Konkurrent Shomron aus der Armee entfernt werden sollte. Auf das militärische Talent Shomrons wollten jedoch weder der Präsident Generalstabs verziehen. Shomron wurde nun zum Oberbefehlshaber aller Landstreitkräfte.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Das Blatt steht zu Hans-Jochen Vogel und lehnt die von ihm vorgeschlagene Haltung in Genf ab.

Es war eine verwirrende Vorstellung mit so mancher Unklarheit, die Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel in Bonn zum Thema Genfer Abrüstungsverhandlungen gab. Die Frage, ob die britischen und französischen Nuklearraketen nun eigentlich zum Mittelstrecken- oder zum strategischen Bereich zählen, blieb dabei offen. Der Eindruck, daß diese Systeme nach SPD-Meinung eventuell zweimal gezählt werden sollten, konnte erst nach der Pressekonferenz Schmidt werden. Warum Helmut Schmidt eigentlich den NATO-Doppelbeschluß herbeiführte, wenn alles so werden soll, wie es 1978 war, blieb völlig unzureichend beantwortet. Vogels großer Fehler aber besteht darin, rein militärtechnisch zu argumentieren. Würden der Sowjetunion 54 SS-20-Raketen belassen, die Vereinigten Staaten aber nicht nachrüsten dürfen, dann hieße das, daß die USA ihre Unterlegenheit in diesem Waffenbereich schriftlich festschreiben ließen. Das ist von einer Weltmacht politisch wohl doch zuviel verlangt.

KURIER

Die in Wien herausgegebene Zeitung schreibt über das amerikanische Ultimatum an die UNO:

Daß die UNO in großen Teilen der US-Bewölkerung ein unbeliebter Kind ist, gilt nicht erst seit heute. Mehr als andere haben die Amerikaner die Kluft zwischen großem Anspruch und harter Wirklichkeit der Weltorganisation beklagt. Aber es war das Verdienst aller US-Regierungen bisher, diese Enttäuschung nicht auf offiziellen Politik werden zu lassen. Denn: Wer eine gerechtere und

gewaltfreie Welt erträumt, in der die Menschenrechte über alle Systemgrenzen hinweg Geltung haben sollen, der muß gerade eine schwache UNO, stärken. Und nebenbei: Jede US-Regierung wußte im stillen auch, welche vielfältig stiller Trumpf das UNO-Hauptquartier auf amerikanischem Boden war. Das scheint nun, zumindest für den Augenblick, vorbei zu sein. Erstmals fand jenes „UNO-raus“ mancher Hitzköpfe auch bei Regierung und Kongreß der USA keinen eindeutigen Widerspruch. Erstmals kocht selbst der Präsident lüchelnd auf diesem Feuerchen der Emotionen. Um erstmals den verdutzten UNO-Mitgliedsstaaten gleich eine dramatische Kürzung des amerikanischen UNO-Budgets nachzuschicken.

Le Monde

Das Pariser Blatt befaßt sich mit dem französischen Engagement in Libanon:

Gewiß, eine Konfrontation zwischen den mit einem beeindruckenden Arsenal ausgestatteten westlichen Großmächten und einer mittleren Macht kann als ungleicher Kampf erscheinen. Aber die Spitzentechnologie, die den Israelis vor noch nicht allzu langer Zeit ermöglichte, syrische Raketenabschlußrampen und Flugzeuge zu zerstören, sollte nicht täuschen. Der amerikanische Riese ist verwundbar. Er kann sich nur wenige Verluste an Menschen erlauben, bevor er von der empörten öffentlichen Meinung gezwungen wird, sich aus dem Kampf herauszuziehen. In geringem Maße gilt das auch für Frankreich. Präsident Assad, der von einer internen Anfechtung nichts zu fürchten hat und reichlichen Waffenschub von Moskau erhält, hat die viel größere Bewegungsfreiheit.

Orang Aljeh, der Gott der Vulkane, zeigte sich gnädig

149 Vulkanologen aus aller Welt trafen sich zum Kongress in Jakarta. Doch auch hundert Jahre nach dem Ausbruch des Krakatau tappen die Wissenschaftler weitgehend im dunkeln. Nur eins ist für sie sicher: Die nächste Katastrophe kommt bestimmt. Die Insulaner setzen nicht auf Wissenschaft, sondern auf ihre alten Götter.

Von KNUT TESKE

Indonesien - Land der 1000 Vulkane, von denen 128 noch als aktiv gelten und über kurz oder lang wieder ausbrechen können. Im vergangenen Jahr hat das der Galtungung, tötete mindestens 20 Menschen, holte um ein Haar aus 10 000 Meter Höhe zwei Passagiermaschinen vom Himmel und bedrohte monatelang 200 000 Anlieger. Zur Zeit explodiert nördlich von Celebes der Colo und vernichtet die Insel Unau-na. 6000 Menschen wurden evakuiert. Als die Manifestation des indonesischen Übels gilt aber schlechterdings die Eruption des Krakatau vor 100 Jahren am 27. August 1883.

Wir leben auf einem Pulverfaß der Natur. Wann und wo es wieder hochgeht, wissen wir nicht. Wir wissen nur, daß es eines Tages wieder der Fall sein wird. Und wir können nur hoffen, daß uns die Berge verschonen, die inmitten besiedelten Gebieten liegen, sonst wehe uns. Worte von J. A. Katili auf dem Vulkanologen-Symposium in Jakarta zum 100-jährigen Gedenken des Ausbruchs, die betroffenen machten. Mit einem verschwörerisch-ironischen Zusatz versuchte der Professor, einer der profiliertesten Kenner der asiatischen Vulkane, der düsteren Prognose zwar die Spitze zu nehmen, indem er vorschlug, der Presse davon einfach nichts mitzuteilen, erreichte damit jedoch eher das Gegenteil.

Hätte nicht schon der Anlaß dieses Treffens, zu dem sich 140 Wissenschaftler aus vier Kontinenten einfanden, die Prophezeiung Katilis voll und ganz bestätigt? Sind die 36 830 Opfer des Krakatau-Ausbruchs in der kleinen Sunda-Straße nicht Beweis genug?

Dieses Ereignis, das selbst in die nützlichste Sprache der Wissenschaftler, ehrfurchtsvoll als „Big Bang“-Ereignis, ist, hat für die Küstenbewohner Sumatras und Javas heute noch nicht das Stigma des Jüngsten Gerichts verloren.

Das Krakatau-Syndrom hat sich weiter vererbt

Wenn auch die äußeren Spuren des Unheils getilgt sind, die von den Fluten verwüsteten Strände und Küstengebiete längst ihren tropischen Zauber mit Palmen und weißem Sand wiedergefunden haben, so wirkt der Schock immer noch nach. Eine spürbare Beklemmung senkte sich in den Tagen vor dem Jubiläum wie unsichtbarer Ascheregen über das Land, lähmte alle Geschäftigkeiten. Kein Handel und Feilschen mehr an den Stränden; die Boote verstaubt und die Moscheen überfüllt, wo inbrünstige Gebete die Gnade Gottes erbeten, sie vor einem neuen Ausbruch zu bewahren.

Wie eine Befreiung dagegen der Tag nach dem ominösen Datum, das ohne Katastrophe verstrichen war. Plötzlich waren die Straßen wieder belebt, war das Feilschen eine Lust, das Meer wieder voll von Booten. Orang Aljeh, der stavisische Gott der Vulkane, dessen Anbetung die islamischen Priester zur Weißglut treibt, hatte diesmal ein Einsehen gehabt...

Das Krakatau-Syndrom hat sich von Generation zu Generation weiter vererbt, vom Vater auf den Sohn, auf den Enkel. Die Geschichte von der Wildheit dieses Ausbruchs, dem ohrenbetäubenden Krach, der Finsternis, dem gühenden Ascheregen, den verdorbenen Lebensmitteln, der Hungersnot, den Tausenden von Leichen am Strand, den Seuchen, der verlorenen Heimat - diese Geschichte einer Heimsuchung wird weitergegeben, vererbt, hat bereits getanzte, ritualisierte Formen angenommen, erinnert an biblische Erzählungen gewinnt die Kraft eines Mythos.

In ihrer Panik vor dem aufgewühlten Meer waren die Menschen tief ins Landesinnere geflohen, hatten jahrzehntlang die Strände gemieden, an denen mit einem Schlag rund 300 Städte und Dörfer ausgelöscht worden waren. Hätten nicht die Holländer das Land schon vorher vermessen und kartographiert - die alten Siedlungen wären nicht einmal mehr ihrer Lage nach gefunden worden, so gleichmächterisch vernichtend hatten die Wassermassen bis 3,5 km landeinwärts gehaust, hatten den Urwald geplündert, Tiger, Affen und Schlangen in Massen ertränkt.

Das erste Dorf hieß „Ende des Wassers“

Genau bis an diese Demarkationslinie wagte sich um 1900 erst ein Dorf wieder vor, das sich den beschworenen Namen „Ende des Wassers“ zulegte. Wenn auch heute auf den alten Plätzen die größeren Städte wie Anjer, Merak, Tjaringin wieder neu entstanden sind, so ist doch die Bevölkerungsdepression dieser Gegend ganz im Gegensatz zum übrigen Java nicht mehr spürbar gestiegen.

Das unguete Gefühl ist eben geblieben. Dieses Gefühl des Ausgeliefertseins, abhängig zu sein von der Gnade oder Willkür ganz anderer Mächte, überkam auch den europäischen Besucher während eines Gedenkgottesdienstes in der Moschee von Tjaringin. Auch dieser Ort war ja total verwunden, alles Leben bis auf das einiger Kulis, die während des Untergangs Dienst auf holländischen Schiffen taten, ausgelöscht. Ein markwürdiges Gefühl, das einen beängstigt. „Dah! die Palmenreihen am Strand, immer wieder zog sie meinen Blick hin, 20 Meter hoch mochten die schlanken Bäume sein, die sich scharf gegen den Nachthimmel abhoben...“

20 Meter hoch. Doppelt so hoch, auf 40 Meter, türmten sich damals die Killerwogen, als Palmen zu Streichhölzern, Moscheen und Häuser zur Baudecke und die Menschen zum Spielball der Götter wurden. Das Gefühl der Ohnmacht, die Dinge „nicht mehr im Griff“ zu haben, nicht mehr steuern zu können, bekam plötzlich etwas Reales, Greifbares, Bedrohliches, gewann suggestive Kraft und konkretisierte sich zu einer Ahnung über das ganze unwirkliche Ausmaß dieses Infernos.

Die Moslems hingen an den Lippen des Predigers. Tee und Gebäck, das üblicherweise während der stundenlangen Zeremonien gereicht werden, blieben unberührt, als der Priester Breitsseiten seiner Suggestivfragen abschloß: „Haben wir damals Gott gefallen? Nein, sonst hätte er den Krakatau nicht explodieren lassen. Gefallen wir Gott heute? Nein, sonst hätte er nicht den Galtungung und den Colo ausbrechen lassen.“

Vulkane zur Disziplinierung der Gläubigen - Indonesien '83, 100 Jahre nach dem Jüngsten Gericht. Das Mittel scheint zu funktionieren und zwar so gut, daß der Staat, der durchaus auch auf islamischen Grundsät-

zen basiert, glaubt, Gegenplöcke einschlagen zu müssen. Nicht nur Reue und Einkerer forderten daher die vielen Redner, die vom Religionsministerium abkommandiert und den Moscheepredigern attackiert waren, sondern auch Mut und den Blick nach vorne für eine Zukunft, in der der „Neue Mensch“ geschaffen werden soll. Und dann korrigierten die staatlichen Verkünder viele orthodoxe Auffassungen der islamischen Priester, sprachen sich für Religion plus Wissenschaft aus, indem sie beispielsweise die Vulkanforscher als Stützen einer gottgefälligen Gesellschaft einstufen und nicht etwa, wie es die islamischen Vertreter taten, als Provokateure Gottes.

Eine andere Welt, dieses fernöstliche Inselreich. Kenner der Verhältnisse zweifeln sogar daran, daß Staat und Religion wirklich den allumfassenden Einfluß auf seine Menschen ausüben, den sie gerne hätten. Die freundlich lächelnde, apolitische Landbevölkerung, die 82 Prozent aller Indonesier ausmacht, entzieht sich gern staatlichem oder religiösem Machtspruch. Dieses Sich-Nicht-Erreichen-Lassen ist Ausfluß ihres Lebens mit der Gefahr. In der Stunde der Not - nur das wissen die Menschen ganz genau - versagt Hilfe von oben, ist jeder auf sich allein gestellt. Und in eben dieser Haltung fühlt man sich durch die große Katastrophe vor 100 Jahren bestätigt - eine Katastrophe, die zudem ihrer immer vorhandenen, nur knapp unter der Oberfläche zurückgedrängte Urangst vor der existenziellen Natur auf dramatische Weise neu belebt hat.

In den Legenden dieses Landes wimmelt es von bösen Göttern und Königen, deren Rachetaten zu Feuerbrunsten und Sintfluten geführt haben - mythologische Erklärungen unbegreiflicher Vorgänge.

Frühe Legenden sprechen von einer Ur-Katastrophe

Heute weiß man, daß sich auch die noch so undefinierbaren Ahnungen in ihrem Kern durchaus auf eine explosive Wahrheit zurückführen lassen. Im Pleistozän, vor rund einer halben Million Jahren, muß nämlich vom Krakatau aus schon einmal eine Explosion ausgegangen sein. Sie pulverisierte den Vulkan geradezu, reduzierte seine damalige Höhe von etwa 7000 Meter auf 900 Meter, dessen Spitze heute übrigens nach dem 1883er Großausbruch nur noch mit 794 Meter Höhe angegeben wird.

Auch wenn es unwahrscheinlich klingt, so ist es wiederum doch nicht ausgeschlossen, daß der damals schon zum aufrechten Gang fähige javanische Pithecanthropus eine verwirrte Erinnerung an diesen Weltuntergang weitergegeben hat. Jedenfalls kreisen frühe Legenden immer wieder um die eine furchtbare Ur-Katastrophe, die vielleicht sogar zur Trennung von Sumatra und Java geführt hat.

Mußte da nicht der Vehement-Ausbruch an jenem Montag, des 27. August 1883, wie eine Bestätigung der alten Legenden erscheinen und verschüttet geglaubte Urängste wieder freilegen?

So überrascht es nicht, daß heute noch, so auch in den Tagen vor dem Jubiläum, die Fischer - trotz Islamisierung - immer dann ihrem vertrauten Gott Orang Aljeh opfern, wenn ihnen die Situation einigermaßen brenzlich erscheint. Waren es auch diesmal nicht mehr wie noch vor wenigen Jahrzehnten Kleinkinder, die man in den Kessel des Bromo warf, sondern nur noch ein paar Stiere, so zeigt es doch die unausrottliche Verwurzelung mit dem Aberglauben.



Proteste gegen Marcos auch aus der katholischen Kirche: Nonnen fordern ein Ende der Unterdrückung und den Rücktritt des Präsidenten. FOTO: AP

Gelb, das heißt Trauer und Protest

Seit der Ermordung des Oppositionsführers Benigno Aquino reißt die Proteste gegen das Marcos-Regime nicht ab. Der Widerstand findet Sympathie in allen Schichten der Bevölkerung. Präsident Marcos machte gestern „Kommunisten“ und „Radikale“ für die Unruhen verantwortlich und kündigte ein hartes Vorgehen gegen die Opposition an. Schon gibt es die ersten Toten.

Von MANFRED NEUBER

Gelb ist zur Farbe des friedlichen Protestes gegen das korrupte Marcos-Regime auf den Philippinen geworden. Es symbolisiert zugleich die Trauer um den ermordeten Oppositionsführer Benigno Aquino.

Autofahrer in Manila lassen gelbe Bänder im Fahrtwind flattern. Auf gelben Plakaten geloben seine Anhänger: „Ninoy, wir vergessen Dich nicht! Wo Studenten demonstrieren, taucht tausendfach das Porträt Aquinos auf gelben T-Shirts auf.“

Gelb könnte zum Manekel für das selbstverordnete „Präsidenten-Paar“ werden. Über den Slums der Acht-Millionen-Metropole steigen gelbe Luftballons auf, und bei Umzügen mit brennenden Kerzen reflektiert der gelbe Schein die Empörung auch wohlhabender Filipinos.

Avenida Ayala, Hauptader des modernen Geschäftsviertels Makati. Hier stehen Banken neben Versicherungen, Reisebüros und Agenturen ausländischer Fluggesellschaften neben Repräsentanzen multinationaler Unternehmen. Gelber Konfetti rieselt auf die Menge herab, die skandiert: „Marcos, tritt ab!“

Büroboten, Sekretärinnen und leitende Angestellte gehen auf die Straße, Bankiers und Geschäftsführer am Wegesrande geben ihre Zustimmung kund. Als ein paar Feuerwerkskörper krachen, denkt noch keiner an Schüsse der Sicherheitskräfte oder radikaler Provokateure.

„Die Geschäftswelt wendet sich jetzt auch von Marcos ab“, sagt ein lange in Manila ansässiger ausländischer Finanzexperte. Als Ex-Senator Salvador Laurel, der nun als Sprecher von zwölf demokratischen Parteien auftritt, ausruft: „Die Opposition ist nicht mehr aufzuhalten!“, brandet starker Beifall unter den De-

monstranten und den Zuschauern an der Avenida Ayala auf.

Aus einigen Fenstern der Büro-Hochhäuser hängen Transparente mit den Aufschriften: „Ninoy lebt weiter unter uns“ und „Macht ohne Waffen“. Vereinzelt werden Plakate mit dem Bilde Marcos' und Aufrufen der Regierung zu Frieden und Einigkeit der Nation unter Jolien verbrannt.

Polizei-Streifen auf schweren Motorrädern verhalten sich auffallend zurückhaltend. Sie können dem mächtigen Bürgermeister des Stadtteils Makati, Nemesio Yabut, keine Gasse bahnen. Vergänglich versucht er, sich Gehör zu verschaffen. Bevor der Zorn der Menge sich gegen ihn richtet, bringen die Leibwächter den Bürgermeister in Sicherheit.

Zu den Zusammenstößen, bei denen die ersten Toten und Verletzten gemeldet werden, kommt es im Umkreis des Malacanang-Palastes. An mehreren Tagen hintereinander wollen militante Gruppen zum Amtssitz des Präsidenten vordringen; sie werden von der Bereitschaftspolizei zurückgehalten. Die Demonstrationen schwellen auf mehr als 500 000 Teilnehmer an.

Vom dem „Tag der nationalen Trauer“, vier Wochen nach dem Attentat auf Aquino und am Jahrestag der Verhängung des Kriegsrechts 1972, das de jure aufgehoben ist, aber per Dekret angewendet werden kann, hielt die Regierung in einer Verlautbarung - ob nur zum Schein für die Öffentlichkeit, das sei dahingestellt - Armee und Polizei zur Besonnenheit an.

Zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung abgestellte Sicherheitskräfte sollen danach keine Schlagstöcke und Schusswaffen tragen. An strategisch wichtigen Plätzen und an Orten, die als Sammelpunkte für Demonstrationen publik gemacht werden, treten jedoch schwerbewaffnete Geheimpolizisten in Zivil in Erscheinung.

General Fabian Ver, der Stabschef der philippinischen Streitkräfte, spricht von „außergewöhnlicher Toleranz“ der Regierung. Er läßt jedoch keinen Zweifel daran aufkommen, daß die Armee mit aller Härte eingreifen würde, sobald das Regime durch einen Aufstand gefährdet erscheint.

Im Dschungel der Vermutungen über mögliche Drahtzieher des Attentats auf Benigno Aquino bei dessen Rückkehr aus dem Exil in den

Vereinigten Staaten am 21. August 1983 wird von Gesprächspartnern in Manila, deren Integrität außer Frage steht, der Name Ver nicht kategorisch ausgeschlossen. General Ver ist mit der Präsidenten-Frau Imelda verwandt und könnte ihr im Falle des Todes ihres schwerkranken Mannes die Macht sichern.

Allen öffentlichen Beteuerungen der Imelda Marcos, sie werde sämtliche Ämter (mit Gouverneursposten und Ministerrang sind es insgesamt 44) niederlegen, wird in Manila kaum Glauben geschenkt. Nach einem Verzicht auf jede politische Machtausübung („im nächsten Jahr“?) so kündigt Imelda Marcos an, werde sie sich allein den Geschäften der Familie Marcos widmen.

Auf Flugblättern ruft in diesen Tagen die Bewegung „Gerechtigkeit für Ninoy, Gerechtigkeit für alle“ zu einem Boykott aller Unternehmen des Präsidenten und seiner Claque auf. Häufige Stromausfälle in Manila schüren die Angst vor Anschlüssen. Kaufhäuser registrieren sinkenden Umsatz, große Hotels verzeichnen einen starken Rückgang der Buchungen - um so höher muß das Fluchkapital aus den Philippinen veranschlagt werden.

Als sei die tropische Inselwelt noch in Ordnung, treffen sich auch an diesem Samstag morgen um acht Uhr salopp gekleidete Minister, Berater des Präsidenten, Parlamentarier und Journalisten zum zwanglosen Frühstück im Coffee Shop des Intercontinental Hotels in Makati. Hier tagt der „365-Tage-Club“, die (auch sonntägliche) Nachrichtenbörse höchsten Ranges.

Beim Ernst der Lage im Lande verliert den ausländischen Gast der frivole Ton an dieser Tafel. Über die Konsequenzen des Mordes an Aquino, die Färce der Untersuchung und die Beteuerung der Unschuld durch den Präsidenten wird mit derben Scherzen gesprochen. Ob Marcos-Anhänger oder -Gegner, man pflegt verbindlichen Umgang.

Ein Minister, der im gelben Sporthemd erscheint, muß ironische Fragen nach seinem Übertritt zur Protestbewegung über sich ergehen lassen. „Wir lachen eben, um nicht weinen zu müssen“, erklärt mir Maximino Soliven. Er studierte mit Günter Gaus bei Henry Kissinger in Harvard, gibt das Hochglanz-Magazin „Manila“ heraus - und schreibt scharfe politische Kolummen, in denen oft klassische Parabeln wohl den Horizont der

Zensoren übersteigen, in eher obskuren politischen Publikationen.

„Wenn mein Haus nicht inzwischen durchwühlt ist“, sagt er dem britischen Pressattaché, der sich Informationsmaterial von Soliven ausleihen möchte. „Wenn nicht auch auf mich eine Kugel wartet“, erwidert er auf meine Bitte nach einem weiteren Treffen. Nach der Verhängung des Kriegsrechts 1972 saß er zusammen mit Aquino in einer Zelle.

Der ermordete Oppositionsführer (Aquino vor dem Heimflug in den Tod: „Ich möchte lieber auf den Philippinen erschossen als in Boston von einem Taxi überfahren werden“) scheint allgegenwärtig zu sein - als Märtyrer überträgt seine Aura gewiß die politischen Möglichkeiten als Oppositionschef.

Trotz einseitiger Berichterstattung des Funks und Fernsehens (mit Ausnahme eines katholischen Senders, in der Überzahl regimeleale Zeitungen, ist auf den Philippinen echte Information möglich; dem Englisch ist hier Umgangssprache, und englischsprachige Publikationen aus dem Ausland sind (meistens) erhältlich. Was die einheimische Presse verschweigt, wird manchmal mit Hilfe von Kopiergeräten in Umlauf gebracht.

Ein Filipino, der aus Tokio mit einer Video-Kassette mit der Aufschrift „Playboy Lovers“ durch den Zoll in Manila kam, brachte den brennenden Filmstreifen ins Land: Aufzeichnungen amerikanischer und japanischer Fernsehleute an Bord des Flugzeuges, aus dem Aquino in „Schutzhaft“ geführt und beim Betreten seiner Heimat erschossen wurde. Diese und andere Kopien von Fernseh-Berichten aus dem Ausland haben die Glaubwürdigkeit des Marcos-Regimes auch in jenen Schichten der Bevölkerung erschüttert, denen es unter seiner autoritären Herrschaft nicht schlecht ging.

Die gelbe Schleife am Revers des Geschäftsmannes oder des salonfähigen bestickten Tropenhemd des Filipinos, nach amerikanischem Brauch als Wunsch nach einer glücklichen Heimkehr (aus dem Vietnamkrieg, der Geiselhaft in Iran), ist heute in Manila keine bloße modische Attitüde, sondern Ausdruck des Willens nach politischer Veränderung nach 18 Jahren, in den die Worte Aquinos pervertiert wurden: „Der Gerechtigkeitssinn des Menschen macht die Demokratie möglich, die Ungerechtigkeit durch die Menschen macht sie notwendig.“

Der Feinschmecker bringt Sie auf ganz neue Ideen...

Feinschmecker

Wo der Herbst am schönsten ist: Elbsaß und Steiermark

Meisterliche Rezepte: Hase und Rebhuhn, Hummer und Steinbutt

Die große Wurst-Story

Heute neu

Hier geht es um Feinschmeckerei im weitesten Sinne - um Gastlichkeit, Reisen und Speisen, kleine und große Rezepte, Gastronomie im Inland und Ausland. Hier geht es um Themen, die Männer interessieren, die aus ihrem Leben das Beste machen wollen.

Ein paar Stichworte: Restaurant-Tips fürs Elbsaß · Herbsturlaub in der Steiermark · 3 Tage Paris · Feinschmecker-Variationen · Die besten Weine des Rheingaus · Deutschlands Pfeifenmacher Nr. 1.

Gönnen Sie sich heute den FEINSCHMECKER. Überall im Zeitschriftenhandel. DM 7.50.

OH HIGH QUALITY JOURNALE

Feinschmecker · Charme · architektur & wohnen

Haftbefehl gegen Arafat aufgehoben

dpa, Venedig
Der Haftbefehl, den venezianische Justizbehörden Anfang September gegen den Chef der PLO, Yassir Arafat, erlassen hatten, ist widerrufen worden. Arafat stand unter dem Verdacht, italienischen Terroristen Waffen beschafft zu haben. Wegen des gleichen Vorwurfs wurde jetzt ein Haftbefehl gegen Salah Khalef, einen Gesandten Arafats, ausgestellt. Khalef, der heute Geheimdienstchef der Untergrundbewegung El Fatah in der PLO ist, soll sich vor Jahren in Paris mit dem italienischen Linksterroristen Mario Moretti getroffen haben, um über Waffenlieferungen der PLO an die „Roten Brigaden“ zu verhandeln.

Die Untersuchungen der venezianischen Behörden hatten ihren Ausgang genommen, als im September 1979 in der Lagune von Venedig eine Segeljacht beschlagnahmt worden war, die aus dem Nahen Osten stammende Waffen an Bord hatte. Geständige italienische Terroristen hatten anschließend angegeben, die Waffen stammten von der PLO und seien außer für die „Roten Brigaden“ auch für andere europäische Untergrundorganisationen wie die baskische ETA und die irische IRA bestimmt gewesen.

Moskauer Diplomaten hatten IRA-Kontakte

dpa, Dublin
Drei vor zwei Wochen aus der Republik Irland ausgewiesene Sowjetdiplomaten haben offenbar Kontakte zur Untergrundorganisation IRA unterhalten. Die Ausweisung war mit nicht hinnehmbaren Aktivitäten begründet worden. Bislang wurde in der Öffentlichkeit keine Spionage vermutet. Jetzt verläutete aus Kreisen der Sicherheitsbehörden, die Sowjets hätten unter anderem mit Führern der verbotenen Irisch-Republikanischen Armee (IRA) heimlich über Waffenlieferungen im Austausch gegen Informationen über britische NATO-Anlagen in Nordirland gesprochen. Die irischen und britischen Sicherheitsbehörden hätten bei der Aufdeckung der Aktivitäten eng zusammengearbeitet, hieß es weiter.

Truppenparade in Ost-Berlin

F. D. Berlin
Mit großem propagandistischem Aufwand hat die „DDR“-Führung den 30. Jahrestag der Kampfruppen begangen. Am Samstag paradierten in Ost-Berlin rund 10 000 Angehörige der paramilitärischen Betriebskampfruppen in voller Bewaffnung vor SED-Chef Erich Honecker. Die westalliierten Stadtkommandanten protestierten wie in der Vergangenheit mit „Nachdruck“ gegen eine derartige militärische Veranstaltung im „sowjetischen Sektor von Berlin“, die eine eindeutige Verletzung des entmilitarisierten Status der Stadt darstelle.

Während abkommandierte „Jungpioniere“ auf Befehl den Angehörigen der „Kampfruppen“ Blumen überreichen mußten, kam es am Alexanderplatz zu einem Zwischenfall. Ein Mann rief vor der Ehrentribüne der SED-Prominenz mehrmals: „Haltet die Schnauze!“ Er wurde sofort von „Ordnern“ des Staatssicherheitsdienstes abgeführt.

DAG unterstützt „Mahnminuten“

tr, Hamburg
Die Führungsgremien der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) haben sich in Hamburg dem DGB-Aufruf an die Arbeitnehmer angeschlossen, am 5. Oktober zwischen 11.55 und 12.00 Uhr mit einer Arbeitsniederlegung für den Frieden zu demonstrieren. Die „Mahnminuten“ seien als Appell an die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika zu verstehen, äußerste Anstrengungen für den Erhalt des Friedens zu unternehmen, erklärte ein DAG-Sprecher.

Kirche „kein Asyl für Gewalttäter“

hey, Bonn
Bei möglichen Auseinandersetzungen zwischen Nachbarn und der Polizei sollen die Kirchen für Gewalttäter nicht als Zufluchtsort zur Verfügung stehen. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Eduard Lohse, betonte gestern im Deutschlandfunk: „Es gibt keine sogenannten Asyle in unserer modernen Gesellschaft, wo irgendjemand, der sich gegenüber dem Gesetz strafbar gemacht hat, in einen Raum der Straffreiheit fliehen könnte.“

Lohse sprach sich aber gegen zusätzlich vorgenommene Schutzmaßnahmen aus. Vielmehr solle die Kirche, die in der Vergangenheit mit Besetzungen „fertig geworden“ sei, sich bemühen, Gegensätze zu verhindern und engagierten Bürgern unterschiedlicher Richtungen Gesprächsmöglichkeiten anzubieten.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S.A. is \$10.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 350 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, N.J. 07632.

Vorboten der CDU sondieren in Prag

C. G. STRÖHM, Prag

Die Reise in die Tschechoslowakei von der die CDU-Fraktion der Hamburger Bürgerschaft gerade zurückkehrte, verdient aus mehreren Gründen Beachtung weit über den Rahmen hanseatischer Landespolitik hinaus. Es handelte sich um die erste Begegnung auf breiter Front zwischen der CDU und der kommunistischen Führung in Prag. Dabei waren sich die tschechoslowakischen Gesprächspartner offenbar bewußt, daß die CDU in Hamburg zwar Oppositionspartei, im Bund aber die maßgebende Kraft der Regierungspolitik ist. Auch in Prag, wo die Uhren manchmal langsamer gehen als anderswo im Ostblock, ist man inzwischen zum Erkenntnis gelangt, daß nach menschlichem Ermessen mit den Unionsparteien in Bonn auf lange Sicht als Regierungs- und damit Entscheidungsträger zu rechnen ist.

Eine Hamburger Schwalbe macht naturgemäß keinen (Prager) Frühling – aber der Besuch von der Elbe an die Moldau könnte dazu führen, daß sich

auf der tschechoslowakischen Seite eine gelöstere Haltung gegenüber der CDU durchsetzt. Bei fast allen osteuropäischen und sowjetischen Kommunisten, bei den Tschechoslowaken aber in besonderem Maße, herrschte viele Jahre lang die irige Meinung vor, die SPD sei auf die Bonner Staatsmacht gewissermaßen abonniert – und die „Reaktionäre und Revanchisten“ in den Unionsparteien könne man getrost ignorieren. Nun hat der Regierungswechsel in Bonn zu einem langsamen, aber stetigen Umdenken geführt: Sowohl in Prag wie anderswo mußte man sich auf neue Gesprächspartner einstellen.

Die Hamburger CDU-Abgeordneten unter ihren Fraktionsvorsitzenden Hartmut Perschau präsentierten sich den offiziellen tschechischen Gesprächspartnern als aufmerksame, aufgeschlossene Leute, die keineswegs „mit dem Messer zwischen den Zähnen herumlaufen“ (wie das nicht nur in Prager Karikaturen, sondern manchmal auch in Kommentaren der kommunistischen Parteipresse noch

unlängst dargestellt wurde). Eines allerdings haben die Hamburger Abgeordneten ebenso klar zu erkennen gegeben: Es kann und soll keine Vermischung der ideologischen und politischen Positionen beider Seiten geben, wie man es bei manchem Sozialdemokraten von Bahr bis Brandt bei deren Gesprächen im Osten immer wieder erleben mußte. Daß das Regime der Tschechoslowakei nicht die Zustimmung oder gar den Beifall eines westlichen Demokraten finden kann, versteht sich von selbst. Ebenso unsinnig wäre es, von den Trägern der kommunistischen Macht in Prag Beifall oder Verständnis für westliche Demokratie, Pluralismus und Meinungsvielfalt zu erwarten.

Weil die Unionsabgeordneten unbelastet vom Zwang sind, sich – wie etwa manche Sozialdemokraten – gegenüber den Kommunisten als „gewerliche Sozialisten“ und „Anhänger des Fortschritts“ profilieren und beweisen zu müssen, konnte man in Prag schnell zur Sache kommen. Denn ob uns das tschechoslowakische Regime gefällt oder nicht – die Bundesrepu-

blik und die CSSR sind Nachbar; der Hamburger Hafen spielt für die Tschechoslowakei eine wichtige Rolle als Umschlagplatz, die Elbe mündet in der Bundesrepublik in die Nordsee – und entspringt in Böhmen. Daraus ergeben sich auf dem Gebiet der Wirtschaft, des Verkehrs, des Umweltschutzes Berührungspunkte, gemeinsame Interessen und sicher auch Konflikte, die abseits und jenseits aller Ideologie gelöst werden müssen. Hier liegt die wirkliche Aufgabe einer in ihren Methoden pragmatischen Ostpolitik, ohne daß man deswegen die eigenen grundsätzlichen Positionen über Bord gehen läßt.

Die Hamburger Gäste haben ihren Prager Gastgebern signalisiert, daß die Bundesrepublik auch unter der neuen CDU-Kanzlerschaft Gesprächsbereit und offen für die Lösung gemeinsam interessierender Fragen ist. Dieser spielt dabei in der Union auch die Überlegung eine Rolle, Osteuropa nicht allein dem Außenminister und FDP-Vorsitzenden Genscher zu überlassen.

„In der Türkei überwiegt eine ausgewogene Beurteilung der deutschen Ausländerpolitik“

Entscheidend ist für Ankara die Haltung der Bundesregierung / WELT-Interview mit Außenminister İtler Türkmén

DW, Ankara
Der Terror armenischer Gruppen, der historische Hintergrund und die Berichterstattung deutscher Medien über diesen Konflikt stehen ebenso auf der Agenda des türkischen Außenministers wie die Ausländerpolitik Bonns oder die Beziehungen zur EG und innerhalb der NATO. Mit Minister İtler Türkmén sprach Oguz Akalin.

WELT: Herr Minister, die jüngsten Attentate armenischer Terroristen auf türkische Diplomaten und Einrichtungen haben Sie dazu veranlaßt, erneut Frankreich und einige Nahostländer der Unterstützung armenischer Terrororganisationen zu bezichtigen. Darf man erfahren, worauf sich Ihr Verdacht stützt?

Türkmén: Ich habe kein Land böser Absichten beschuldigt. Ich habe von Ländern gesprochen, in denen der armenische Terror Unterstützung findet. Die Lage in Frankreich muß aus diesem Blickwinkel betrachtet werden. Frankreich ist ein Land geworden, in dem die Terror-Aktionen der Armenier am häufigsten vorkommen. In Frankreich haben die staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten Sendungen ausgestrahlt, die als eine Ermunterung für die armenischen Terroraktionen betrachtet werden können. Daher habe ich Frankreich im Zusammenhang mit terroristischen Anschlüssen auf türkische Diplomaten erwähnt.

WELT: Seit fast zehn Jahren werden türkische Diplomaten in aller Welt Ziel solcher Attacken. Doch Ankara schwieg bis vor kurzem zu diesem Problem. Würden Sie dies nicht als ein Versäumnis betrachten, wenn man bedenkt, daß die Armenier ein Gebiet von Transkaukasien bis Mersin und Iskenderun als ihre Heimat bezeichnen, zu der viele türkische Provinzen gehören?

Türkmén: Man kann nicht behaupten, daß die Türkei bisher geschwiegen habe. Die Türkei hat stets erklärt, daß die Behauptungen der Armenier und ihre Propaganda die historischen Realitäten bewußt stellt, nicht der Wahrheit entsprechen. Natürlich wurde die türkische Aufklärungskampagne um so intensiver, je häufiger die Terroraktionen wurden. Die territorialen Ansprüche der armenischen Terrororganisationen hatten und haben kein erst zu nehmendes Fundament. Die Armenier haben nicht nur heute, sondern auch in der Vergangenheit territoriale Ansprüche erhoben. Was die Gebietsforderungen anbelangt, möchte ich auf folgendes hinweisen: Die Frage wurde schon vor sechzig Jahren geklärt. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde zwischen der Türkei und der damals

unabhängigen armenischen Republik ein Abkommen unterzeichnet, wonach Armenien auf alle territorialen Ansprüche verzichtete. Im Abkommen von Gümrü haben es die Armenier 1921 gleichzeitig akzeptiert, daß nicht wir gegen die Armenier, sondern die Armenier Massenmord gegen die Türken begangen haben. Die Gebietsansprüche der Armenier wurden übrigens durch ein Abkommen mit der Sowjetunion endgültig geregelt. Wie Sie wissen, wurden die Grenzen der Türkei außerdem im Lausanner Vertrag genau festgelegt. Die Türkei hat keinen Handbreit Boden an irgend jemand zu verschenken. Wir betrachten solche Forderungen als abenteuerliche Wunschträume armenischer Terrororganisationen.

WELT: In diesem Zusammenhang werden auch deutsche Massenmedien von türkischen Zeitungen scharf kritisiert, weil die Medien in der Bundesrepublik Deutschland mit ihren Vorwürfen gegen die Türkei angeblich armenische Rachegeste zu rechtfertigen versuchen.

Türkmén: Ich möchte hier vor allem darauf hinweisen, daß die Türkei und die Bundesrepublik Deutschland in der Beurteilung des Terrorismus den gleichen Standpunkt vertreten. Bei der Bekämpfung des Terrorismus gewährt uns die Bundesregierung Unterstützung. Was die Presse in der Bundesrepublik anbelangt, so muß ich bemerken, daß die Haltung eines Teils der deutschen Medien sehr bedauerlich ist. Insbesondere manche Fernsehsendungen haben in der türkischen Öffentlichkeit einen außerordentlich negativen Eindruck hinterlassen.

WELT: Wie wird die scharfe antideutsche Kampagne der türkischen Zeitungen, in denen der ehemalige Bundeskanzler Schmidt als Nachfolger Hitlers bezeichnet wurde und die Behandlung der Türken mit der gegen die Juden im Dritten Reich verglichen wird, von der türkischen Öffentlichkeit aufgenommen?

Türkmén: Ich glaube, in der Türkei überwiegt eine ausgewogene Beurteilung der deutschen Ausländerpolitik. Es wäre falsch, die Situation nach den Publikationen in einigen Zeitungen zu bewerten. Wir beurteilen das Problem nicht nach Zeitungsberichten, sondern nach der Haltung der Bundesregierung und der deutschen Behörden.

WELT: Freizügigkeit für Türken im EG-Raum ist ein Reizwort, das die Bundesregierung immer wieder beschäftigt. Gehen Sie davon aus, daß diese seinerzeit mit der

Türkei abgeschlossene Vereinbarungen, wie ursprünglich vorgesehen, 1986 angewandt wird und Anatoliens Bauernsöhne in Massen nach Westen strömen werden?

Türkmén: Die Freizügigkeit entspricht einer gemeinsamen Verpflichtung der EG-Mitgliedsländer, das Assoziierungsabkommen mit Ankara unterzeichnet haben. Ich glaube, daß die Frage der Freizügigkeit im Rahmen der Gesamtbeziehungen der Türkei mit der EG behandelt werden muß.

WELT: Ankara hat bei verschiedenen Anlässen erklärt, die neue demokratische Regierung werde nach den Parlamentswahlen im Herbst dieses Jahres einen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EG stellen. Wie realistisch ist diese Absicht, wenn man bedenkt, daß die noch junge türkische Industrie Schwierigkeiten im Konkurrenzkampf mit den starken Industrien anderer EG-Länder haben könnte. Befürchten Sie außerdem nicht, daß der Widerstand Frankreichs und vor allem Griechenlands in den zuständigen Gremien der EG das Vorhaben der Türkei vereiteln könnte?

Türkmén: Wir haben nicht gesagt, daß die Nachfolgerregierung einen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EG stellen wird. Wir haben lediglich erklärt, daß wir als Übergangsregierung diese Option offenhalten. Einen solchen Schritt zu unternehmen obliegt wohl der nachfolgenden türkischen Regierung. Ich kann übrigens Ihre Meinung bezüglich des Konkurrenzkampfes zwischen den Industrien der EG-Länder und der Türkei nicht teilen. Für uns gilt die Tatsache, daß eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EG sowohl für die Türkei als auch für die EG wirtschaftliche Vorteile hätte. Wir vertreten außerdem den Standpunkt, daß eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EG auch einen wichtigen politischen Aspekt hat.

WELT: Wie beurteilen Sie die türkisch-griechischen Beziehungen? Türkmén: Die Türkei hat in ihren Beziehungen mit Griechenland ernsthafte Probleme. Es ist bekannt, daß wir sie auf dem Wege der Verhandlungen lösen wollen. Griechenland hat die Verhandlungsphase auf Eis gelegt. Im übrigen haben wir die griechische Regierung stets davor gewarnt, Aktionen gegen die politische Stabilität der Türkei zuzulassen.

WELT: Ist die NATO Ihrer Meinung nach noch voll funktionsfähig, wenn man bedenkt, daß innerhalb des Bündnisses Meinungsverschiedenheiten bestehen, die seit Jahren ihrer Lösung harren?

Türkmén: Es ist natürlich, daß zwischen Verbündeten Meinungsverschiedenheiten bestehen. Meiner Meinung nach existiert zwischen der Mehrheit der NATO-Länder eine feste Grundlage der Solidarität. Trotz mancher Differenzen sind wir der Meinung, daß die NATO in der Lage ist, diese Schwierigkeiten zu überwinden und die für die gemeinsame Verteidigung erforderliche Kraft aufzubringen.

WELT: Mehrere von Ihren Sicherheitsbehörden als Rechts- wie Linksradikale gesuchte türkische Staatsbürger beantragen in der Bundesrepublik Deutschland unter Vorgabe politischer Verfolgung politisches Asyl. In Deutschland sind Meinungsverschiedenheiten darüber aufgetreten, ob das Auslieferungsbegehren der Türkei in bestimmten Fällen gerechtfertigt ist. Folter ist in diesem Zusammenhang ein häufig zitierter Vorwurf. Was sagen Sie dazu?

Türkmén: Hier müssen wir zwei Aspekte unterscheiden. 1. Wir haben mit der Bundesregierung eine Vereinbarung getroffen, wonach die Bundesrepublik diejenigen türkischen Staatsbürger ausliefert, die sich in der Türkei eines Verbrechens schuldig gemacht haben. Eine Ausnahme bilden die Delikte, die in der Türkei mit der Todesstrafe geahndet werden. 2. Was die Vorwürfe bezüglich der angeblichen Folter anbelangt, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, daß die Folter bei uns durch Gesetz strengstens verboten ist. Diesbezüglichen Vorwürfen wird nachgegangen. Falls festgestellt wird, daß Beamte sich der unmenschlichen Behandlung schuldig gemacht haben, werden sie vor Gericht gestellt und bestraft.

WELT: Dank guter Handelsbeziehungen mit den arabischen Ländern konnte die Türkei ihre Ausfuhr mehr als verdoppeln. Auch politisch zeigt ihr Verhältnis zu den islamisch-arabischen Ländern ein verändertes Gesamtbild. Bedeutet dies eine Abkehr vom Westen?

Türkmén: Auf gar keinen Fall. Wir sind nicht das einzige Land in der Welt, das seine Handelsbeziehungen zu den Ländern des Mittleren und Nahen Ostens ausgeweitet hat. Auch europäische Länder haben ihre Ausfuhr in diese Region der Welt erweitert. Der Grund dafür ist, daß die erdölproduzierenden Länder einen großen Markt darstellen. Dies bedeutet jedoch nicht, daß sich an den partnerschaftlichen Banden der Türkei mit dem Westen etwas geändert hätte.

ASALA – Neuer Kopf in der Hydra des Terrors

Parallelen mit der PLO / Ziele auch in Europa

ROLF TOPHOVEN, Bonn
Bei dem Kitzel ASALA (Armenian Secret Army for the Liberation of Armenia) für „Geheimarmee zur Befreiung Armeniens“ und der Frage nach ihrer künftigen Rolle im internationalen Terrorismus ruzeln selbst abgebrühte israelische Nachrichtendienstler die Stirn. Denn dieser geheimen und gut organisierten armenischen Terror-Gruppe wird wachsende Bedeutung im Szenario politisch motivierter Gewalt zugesprochen. Der Anschlag auf das französische Generalkonsulat in Berlin war die jüngste blutige Spur armenischer Terror-Kader. Erst am 15. Juli dieses Jahres hatte die ASALA auf dem Flughafen Orly bei Paris eine Bombe gezündet. Es gab sieben Tote und 55 Verletzte. Kurz darauf, am 27. Juli, stürmte ein armenischer Terror-Kommando die Türkische Botschaft in Lissabon – acht Tote. Taktisch neu bei diesem Anschlag: die Terroristen sprengten sich beim Sturm der portugiesischen Polizei selbst in die Luft. Die Öffentlichkeit erlebte durch ASALA eine neue Dimension des Terrors.

Bei alldem sind Parallelen des armenischen Terrors zum Ursprung palästinensischer Gewaltanwendung erkennbar. Die Wurzeln zur Rechtfertigung dieses Terrors aus der Sicht der ASALA reichen bis ins Jahr 1915. Damals seien 1,5 Millionen Armenier von den Türken niedergemacht worden, sagen sie.

Seit Mitte der 70er Jahre sind zwei armenische Gruppen mit terroristischer Ausrichtung aufgetaucht: Die sogenannte JCAG (Justice Commandos of the Armenian Genocide), das „Justizkommando des armenischen Genozids“ und die ASALA. Während die erste Formation weitgehend westlich und anti-kommunistisch orientiert ist, geht die entschieden größere Gefahr im Kontext des internationalen Terrorismus von der marxistisch orientierten ASALA aus. Deren Terror-Kader haben den wissenschaftlichen Sozialismus auf ihre Fahnen geschrieben. Ihr Terror ist Teil der internationalen revolutionären Bewegung.

Kampf gegen „Zionismus und Imperialismus“

Der Kampf zielt nicht mehr nur, so besagen jüngste Erklärungen, auf türkische Institutionen und Personen, sondern gegen „Imperialismus und Zionismus“ überall in der westlichen Welt. Vor diesem ideologischen Hintergrund muß auch der enge Kontakt der ASALA zur PLO, und zwar zu deren marxistischen Gruppierungen PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästinas) unter George Habbasch und der DPFLP (Demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas) unter Nayef Hawatmeh gesehen werden. In der Vergangenheit erhielten die Kommandos der ASALA (die Gruppe zählt zirka 1200 aktive Mitglieder) in Beirut und in PLO-Camps im Libanon Ausbildung und logistische Unterstützung.

Abu Firas, PLO-Vertreter in der Türkei, gab denn auch offen zu: „In

unseren Lagern trainieren wir sie für den Kampf gegen Israel; wenn sie in anderen Ländern Terror-Anschläge verüben, können wir dafür nicht verantwortlich gemacht werden.“ Unter den Armeniern, die im Libanon leben, beschränkt besonders junge intellektuelle unter dem Schutz der PLO seit 1975 den Pfad des Terrors, ähnlich der palästinensischen Befreiungsorganisation, um international auf sich aufmerksam zu machen und politisch diplomatische Anerkennung zu erfahren.

Tote und Verwundete interessieren nicht mehr

Bis vor kurzem waren Bombenanschläge mit exakt eingestellten Zeitzählern die taktisch bevorzugte Methode der armenischen „Geheimarmee“. Menschenleben sollten gespart, die Ausmaße der Sachschäden hingegen sollten möglichst groß sein. Bei dem dabei verwandten Sprengstoff handelte es sich fast stets um ein in der Tschechoslowakei hergestelltes Material, das sogenannte „Semtex-E“. Doch diese Methoden haben sich geändert. Tote und Verwundete werden in letzter Zeit immer mehr in Kauf genommen. Trotz der Zerschlagung der militärischen Infrastruktur der PLO in West-Berlin und im Südbanon, gehen hochrangige israelische Geheimdienstkreise im Bündnis der ASALA mit den Palästinensern auch künftig die größte Gefahr aus den Reihen des internationalen Terrorismus. Denn während zwar PLO-Chef Arafat in den eigenen Reihen um Prestige und Profil kämpfen muß, sind die vom Regime in Damaskus unterstützten radikalen „Volksfronten für die Befreiung Palästinas“ von Habbasch und Hawatmeh die eigentlichen „Zielväter“ der ASALA-Terroristen, noch weitgehend funktionsfähig. Von Syrien unterstützt wird aber auch der ehemalige Fatah-Mann Abu Nidal mit seiner Organisation „Schwarze Juni“. Abu Nidal gilt, so Israels Experten, als Speerspitze eines nach Europa zielenden Terrors, hinter dem die Syer stehen. Die Kommandos des von Arafat abgefallenen Abu Nidal pflegten ja schon in der Vergangenheit eine blutige Spur. Nach Erkenntnissen der israelischen Terrorismusabwehr liegt die größte terroristische Bedrohung nicht nur für Israels Institutionen, sondern weltweit, in einem Zusammenspiel der ASALA mit der Gruppe um Abu Nidal.

Daß die Ziele der ASALA nicht mehr nur türkische sein werden, kristallisiert sich immer mehr heraus. Vor allem Frankreich gilt als primäres Angriffsobjekt: einmal lebt dort eine große armenische Bevölkerungsgruppe, zum anderen lockt die geostrategische Lage im Zentrum Europas terroristische Kader verschiedenster Couleur geradezu magnetisch an. Paris gilt immer noch als wichtigste Drehscheibe für die „Kontakthilfe“ unter terroristischen Gruppen im Herzen Europas. Frühere Anschläge der ASALA auf französische Boden belegen diese These. Der Hydra des internationalen Terrorismus ist ein extrem gefährlicher Kopf nachgewachsen.

„Reden von Hitler und Reagan verglichen“

Anregung der GEW / Aktuelle Stunde in München

PETER SCHMALZ, München
Mit der Forderung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), den Unterricht – dem DGB-Aufruf an die Arbeitnehmer folgend – am 5. Oktober für fünf Minuten zu unterbrechen und am 20. Oktober einen „Friedenstag“ an den Schulen zu veranstalten, muß sich der bayerische Landtag auf seiner nächsten Plenarsitzung befassen. Die CSU-Fraktion hat ihren „entschiedenen Widerstand“ gegen Gewerkschaftsversuche angekündigt. Bayerns Schulen „als Basis für politische Agitation“ zu mißbrauchen, und beantragte eine aktuelle Stunde unter dem Thema: „Störung des Schulunterrichts durch Aufrufe der GEW zur Agitation in den bayerischen Schulen in Zusammenhang mit sogenannten Friedensaktionen.“ CSU-Fraktionschef Gerold Tandler gegenüber der WELT: „Es kann nicht Aufgabe einer Berufsorganisation sein, zu politischen Fragen von außen in die Schulen hineinzuwirken und unterrichtsbestimmende Maßnahmen zu treffen.“

Die Gewerkschaft arbeitet seit Schulbeginn konsequent auf den 20. Oktober hin, an dem im gesamten Bundesgebiet gegen die Nachrüstung durch Pershing-II-Raketen demonstriert werden soll.

Nachdem das bayerische Kultusministerium sich geweigert hatte, am Demonstrationstag schulfrei zu geben, rät die Gewerkschaft den Lehrern zu „biegsamem“ Verhalten: „Alle interessierten Kollegen gestalten dann ihren Unterricht an diesem Tag, am Tag davor und danach so, daß sich möglichst alle Schüler in möglichst vielen Fächern mit diesem The-

ma auseinanderzusetzen müssen.“ Daß es der Gewerkschaft dabei nicht um die Rüstung allgemein und damit um Waffen in Ost und West gleichermaßen geht, sondern einzig und allein um eine Schülerbeeinflussung gegen die westlichen Waffensysteme, wird in einem weiteren Satz dieser „Friedens-Anleitung“ offen zugegeben. „Damit“, so heißt es in der GEW-Zeitschrift, „stellt sich nun die Frage, welche Aktionen, Methoden, Themen eignen sich am besten, Schülern das Thema Frieden, eingengt auf die den Frieden bedrohende Aufstellung von 564 Raketen in Westeuropa, nahezubringen.“

Nach den Gewerkschaftsfunktionären fiel dazu einiges ein: Friedenslieder lernen; „Reden von Hitler und Reagan vergleichen“; die Schule zur atomwaffenfreien Zone erklären; aufzuziehen, „wie vollgepumpt mit Waffen, Kasernen, Soldaten und Rüstungsbetrieben Bayern, besonders dessen Süden ist.“

Bayerns GEW-Vorsitzender, der SPD-Landtagsabgeordnete Peter Kurz, rechtfertigt die Aufforderung zur pädagogischen Agitation mit dem Hinweis, die Lehrer hätten „die historische Aufgabe, Halt zu sagen“. Kultusminister Hans Maier dagegen forderte die SPD auf, sich von ihrem Genossen Kurz zu distanzieren und meint über den GEW-Appell an die Lehrer: „Aufrufe dieser Art dienen nicht dem Frieden, sondern bauen Feindbilder auf und provozieren Unfrieden.“ Dahinter stecke der „plumpere und demagogische Versuch, Lehrer und Schüler für eine einseitige Agitation gegen die Verteidigungspolitik der früheren und der gegenwärtigen Bundesregierung zu mißbrauchen“.

Marshall-Plan soll Mittelamerika voranbringen

Vorschlag der amerikanischen UNO-Botschafterin / Auch Costa Rica setzt sich dafür ein / Zahlreiche Gegenargumente

G. FRIEDLÄNDER, Miami
Die Kissinger-Kommission für Mittelamerika wird in absehbarer Zukunft ihre Empfehlungen für oder gegen einen mittelamerikanischen Marshall-Plan abgeben müssen. Der Kommission gehören Mitglieder beider Parteien, der Republikaner und Demokraten an, und sie sollen Präsident Reagan bei der Aufgabe beraten, eine kohärente, langfristige Politik in Mittelamerika zu entwickeln.

Der Vorschlag eines Marshall-Plans kam in den USA von der UNO-Botschafterin Jeane Kirkpatrick. In Mittelamerika wurde er bereits vor vier Jahren von dem angesehenen costaricanischen Wirtschaftspolitiker Rodrigo Madrigal Nieto angeregt. Er inspiriert sich am Wiederaufbauplan Europas nach dem Zweiten Weltkrieg, als die USA von 1947 bis 1951 zwölf Milliarden Dollar in 16 europäische Länder pumpen, um die Kriegsfolgen überwinden zu helfen. Über diesen Denkanstoß hinaus zeichnet sich jedoch noch nicht Kon-

krete ab, nicht zuletzt, weil der Plan in den USA von Regierungsbeamten torpediert wird, die ihre Bedenken gegen den Journalisten unter der Bedingung mitteilen, daß ihre Namen ungenannt bleiben. Sie führen folgende Argumente ins Feld:

- Mittelamerika ist mit seinen 22,3 Millionen Einwohnern so klein, daß man seine Probleme nicht mit denen des Nachkriegseuropas vergleichen kann.
- Europa war ein vorwiegend demokratisches Kontinent mit Verwaltungstradition: Finanzielle Hilfe erreichte diejenigen, für die sie bestimmt war, während sie in Mittelamerika im allgemeinen gestohlen wurde.
- Europa war ein industrialisierter Erdteil, der im Krieg seine Fabriken verloren hatte, in die nach ihrem Wiederaufbau erfahrene Arbeiter einzuweisen, die in ihnen zu arbeiten wußten.
- Der Marshall-Plan für Europa wurde von gleichberechtigten Partnern

auf beiden Seiten des Ozeans verwaltet, während Mittelamerika aus politischen Gründen keine gemeinsame Verwaltung akzeptieren wird.

Der Marshall-Plan wurde 1947 gestartet. Maßgeblich war die Sorge, daß Armut und wirtschaftliche Unordnung dem Kommunismus in die Hände spielen, weil freie Institutionen nur in geordneten Verhältnissen überleben können. Daß Mittelamerika eine relativ kleine Bevölkerung hat, würde die Aufgabe eher erleichtern. Der Hilfeplan wäre auch billiger, was seine Annahme im Kongreß erleichtert. Allerdings scheinen die Berechnungen des US-Botschafters in Guatemala, Frederic Chapin, zu niedrig zu sein. Er geht davon aus, daß der Plan während fünf Jahren nur 700 Millionen Dollar kosten würde.

Die Annahme, daß hier zum ersten Mal die Erfahrungen des Marshall-Plans auf Lateinamerika übertragen werden würden, ist nicht korrekt.

Das geschah bereits 1949 im Rahmen des weltweiten „Point 4“-Hilfeprogramms Trumans, um Entwicklungsländern technische und wirtschaftliche Hilfe zu bringen.

Costa Rica wird zwei Hauptziele des Plans nennen: Die Entwicklung der Landwirtschaft, um den Geist fortschrittlichen Unternehmertums in die Bauernschaft zu tragen, und die Entwicklung der Industrie durch Transfer neuer Technologie. Begreiflicherweise geht Costa Rica von der Voraussetzung aus, daß der Plan sich auf bilaterale Abkommen stützen soll, da es selbst bereits alle Voraussetzungen bietet und nicht warten will, bis diese auch in den eigenen und fremde Bürgerkriege verstrickten Nachbarländern gegeben sind. Madrigal Nieto sieht darin sogar einen Vorteil für das Gelingen des Plans: Wenn die Nachbarn die Vorteile in Costa Rica beobachten, werden sie versuchen, ihre bewährten Konflikte beizulegen, um ebenfalls davon zu profitieren. (SAD)

Am 20. September 1983 entschlief mein lieber Mann, unser guter Vater und Schwiegervater, der

Zeitungsverleger und Chefredakteur

Dr. jur. Fritz Blume

Inhaber des Bundesverdienstkreuzes,
des Niedersächsischen Verdienstordens,
des Eisernen Kreuzes
und anderer Auszeichnungen

im Alter von 82 Jahren.

In tiefer Trauer
Elisabeth Blume geb. Wenckebach
Dr. jur. Fritz Blume
und Frau Elfi geb. Meyer

Jever, Hohnholzstraße 14

Die Trauerfeier findet am 29. September 1983 um 14 Uhr in der Stadtkirche zu Jever statt. Die Beisetzung erfolgt später im engsten Familienkreis. Von Beileidsbesuchen bitten wir absehen zu wollen.

Mit tiefer Trauer nehmen die deutschen Zeitungsverleger Abschied von ihrem Kollegen

Dr. Fritz Blume

geb. 14. 8. 1901 gest. 20. 9. 1983

Ehrenmitglied des Präsidiums
des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger

Dr. Fritz Blume hat sich um Auf- und Ausbau des Pressewesens in der Bundesrepublik in besonderer Weise verdient gemacht.

Sein Leben wurde durch großes publizistisches Verantwortungsbewusstsein und Engagement für die gemeinsamen Anliegen seines Berufsstandes geprägt. Zur Gründung des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger im Jahre 1954, dessen Präsidium er mehr als ein volles Jahrzehnt angehörte, haben seine Initiativen entscheidend beigetragen.

Wir verlieren mit Fritz Blume einen Freund und eine profilierte Persönlichkeit. Wir trauern um ihn.

Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Alfred Neven DuMont
Präsident

Bonn, den 22. September 1983

Karl Schlotmann

* Hannover, 22. Dezember 1901
† Unna, 24. September 1983

In Liebe und Dankbarkeit

Emeli Schlotmann geb. Möller
Herbert und Marie-Luise Götz geb. Schlotmann
Andreas Götz
Rüdiger und Anne-Dore Roos geb. Schlotmann
Ulrich, Klaus und Christian Roos

4750 Unna, Jägerweg 13

Die Beisetzung ist im engsten Familienkreis.

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 30. September 1983, um 14.00 Uhr auf dem Gelände der Maschinenfabrik STROMAG GMBH in 4750 Unna, Hansastraße 120, statt.

Anstelle von Kranz- und Blumenspenden bitten wir um eine Spende an den Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, Essen, Kto. Deutsche Bank Essen (BLZ 360 700 50) Nr. 2 471 902.

Der Generalbevollmächtigte unseres Unternehmens und Chefredakteur unserer beiden Tageszeitungen, der

Zeitungsverleger

Dr. jur. Fritz Blume

ist im Alter von 82 Jahren verschieden.

Er hat sofort nach dem Tode von Herrn Enno Mettcker im Jahre 1946 die Leitung unserer Firma übernommen und ihr zu neuer Blüte verholfen. Dafür und für sein fürsorgliches Verhalten uns allen gegenüber danken wir ihm sehr herzlich.

C. L. Mettcker & Söhne GmbH
Buchdruckereien und Zeitungsverlage

Jever Wittmund Esens Wiesmoor

Hajo Allmers

Dr. jur. Fritz Blume jun.

Für den Gesamtbetriebsrat
Georg Doden

Kurz vor Vollendung seines 82. Lebensjahres verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit am 24. September 1983 der Mitgründer unseres Unternehmens

Dipl.-Ing. Karl Schlotmann

Träger des Bundesverdienstkreuzes
Träger der Verdienstmedaille des VDMA

Sein unternehmerischer Weitblick und seine Tatkraft haben unser Unternehmen zu dem gemacht, das es heute darstellt.

Bis in seine letzten Tage hat sich Herr Schlotmann als Aufsichtsratsvorsitzender für die Belange der Firmengruppe und das Wohlergehen der Belegschaft eingesetzt.

Wir verlieren mit ihm eine Persönlichkeit, von der wir voller Dankbarkeit Abschied nehmen. Sein Vorbild ist uns stete Verpflichtung.

Gesellschafter, Geschäftsführung,
Betriebsrat und Belegschaft
der

Maschinenfabrik STROMAG GMBH
PINTSCH BAMAG Antriebs- und Verkehrstechnik GmbH
sowie aller übrigen Firmen der STROMAG-Gruppe
im In- und Ausland

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 30. September 1983, um 14.00 Uhr auf dem Gelände der Maschinenfabrik STROMAG GMBH in 4750 Unna, Hansastraße 120, statt. Die Beisetzung ist im engsten Familienkreis.

Anstelle von Kranz- und Blumenspenden bitten wir um eine Spende an den Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, Essen, Kto. Deutsche Bank Essen (BLZ 360 700 50) Nr. 2 471 902

Am 24. September 1983 verstarb unser Mitgesellschafter

Dipl.-Ing. Karl Schlotmann

Träger des Bundesverdienstkreuzes
Träger der Verdienstmedaille des VDMA

Als Geschäftsführer hat er den Beginn unseres Unternehmens mitgestaltet. Sein ausgewogenes Urteil und sein unternehmerischer Mut begleiteten uns bis zu seinem Lebensende.

In Dankbarkeit nehmen wir Abschied. Sein Wirken ist uns Vorbild und Verpflichtung.

Gesellschafter, Geschäftsführung,
Betriebsrat und Belegschaft
der

FRÖMAG
Fröndenberger Maschinen- und Apparatebau GmbH
5738 Fröndenberg, Am Klingelbach 2

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 30. September 1983, um 14.00 Uhr auf dem Gelände der Maschinenfabrik STROMAG GMBH in 4750 Unna, Hansastraße 120, statt. Die Beisetzung ist im engsten Familienkreis.

Anstelle von Kranz- und Blumenspenden bitten wir um eine Spende an den Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, Essen, Kto. Deutsche Bank Essen (BLZ 360 700 50) Nr. 2 471 902

Unsere liebe, fürsorgliche Mutter und Großmutter

Elisabeth Brinkmann

geb. Deiters
* 1. 3. 1898 † 22. 9. 1983

ist friedlich eingeschlafen.

Marianne Seib, geb. Brinkmann
Dr. Thomas Brinkmann
Erna Brinkmann, geb. Fuhrmann
Anne und Katrin
Joachim Claus Brinkmann
Dr. Karl-Erich Brinkmann
Kirsten Brinkmann, geb. Ebsen

Hamburg 52
Henningsstedter Weg 139

Die Trauerfeier findet statt am Donnerstag, dem 29. September 1983, um 14 Uhr in der Kapelle des Groß-Florbeker Friedhofes, Stille-Weg.

Am 17. September 1983 ist

Paul Wienbeck

Präsident des Amtsgerichts a. D.

im 77. Lebensjahr verstorben.

Menschlichkeit und Gerechtigkeitsinn haben das Bild dieses hervorragenden Richters geprägt.

Seine vorbildliche Amtsführung als Präsident des Amtsgerichts Hamburg in den Jahren 1965 bis 1975 ebenso wie seine Verdienste um die Jugendgerichtsbarkeit haben ihm weit über die Grenzen seines Gerichts hinaus Anerkennung eingetragen.

Die hamburgische Justiz wird sein Andenken mit Dankbarkeit bewahren.

Der Präses der Justizbehörde
Eva Leithäuser
Senatorin

Ankündigung einer internationalen Ausschreibung
Die Direktion des Post- und Fernmeldewesens des Senegal ruft zur Teilnahme an einer Ausschreibung auf, deren Gegenstand das Telefonnetz von KADLACK ist.

Dieses Projekt wird von der Westafrikanischen Bank für Entwicklung (BOAD) finanziert. Zur Teilnahme an der Ausschreibung sind Unternehmen aller Nationalitäten eingeladen.

Die Ausschreibungsunterlagen stehen ab 1. Oktober 1983 gegen Schickung in Höhe von 25 000 F CFA zur Verfügung. Dieser ist im Namen des Agent Comptable Particulier de l'Office des Postes et Télécommunications du Sénégal auszustellen (Postcheckkonto No. 64-57) und zu senden an: Direction Générale de l'Office des Postes et Télécommunications DAKAR SENEGAL.

Die Öffnung der Offerten erfolgt in Dakar bei der Direction Générale de l'Office am 30. November 1983 um 10 Uhr Ortszeit vor der mit der Durchsicht betrauten Kommission (Commission de Dépouillement).

Liebe ist ...
wenn Sie
ein Kind vor dem
Verhungern retten.

Wir vermitteln Ihnen die persönliche Patenschaft mit einem hungrigen Kind. Das kostet Sie nur ein wenig Liebe und DM 45,- im Monat (steuerlich absetzbar).

CCF Kinderhilfswerk Deutscher Patenkreis e.V.
Postfach 1105, 7440 Nürtingen, Postcheckkonto 1710-702 PSA
Stuttgart. CCF ist eines der größten überkonfessionellen Kinderhilfswerke der Welt und betreut schon über 200 000 Kinder.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Arel Springer, Maxilian Walden
Berlin
Tel. (030) 281 20 41, Telex 9 83 714

Redaktionsdirektor: Wilfried Berta-Eichmann
Dr. Dr. Herbert Krom
Stellv. Chefredakteur: Peter Güll, Bruno Wulter, Dr. Günter Zeum
Berliner der Chefredaktion: Helmut Barth
Hamburg-Ausgabe: Dietrich Goss
Chef vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Frieda, W. Heering, Helmut Knap-Lohke, Jens-Martin Lohse (WELT-Report), Bonn, Hans Kötter, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Frenzel (Deutschland), Norbert Knoch, Rüdiger v. Wulffowicz (weltweit), Internationale Politik: Manfred Neubert (Ausland), Jürgen Lohse, Maria Tiedt (Weltweit), Seite 2: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Rüssel (Weltweit), Meinungen: Ewald von Loewenstern (versteht), Hans Sten, Bundeswehr: Rüdiger Montag, Bundespräsident: Rüdiger Montag, Europa: Dr. Carl Gustaf Ströhm, Zeitungsredaktion: Walter Grottel, Wirtschaft: Dr. Brüggemann, Industriepolitik: Hans Baummann, Geld und Kredit: Claus Dertinger, Freilagen: Dr. Peter Dittmar, Reichardt, Beuth (weltweit), Geologie: Welt/WELT des Bundes, Alfred Stiermann, Peter Böhm (weltweit), Dr. Helmut Jösch (weltweit), Festschreiben: Dr. Brigitte Heffer, Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Hübner, Sport: Frank Quadt, Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Kunst: Thilo Franz, Theater: WELT und Auto-WELT, Rüdiger Montag, Birgit Creutz-Schulzmann (weltweit), Rüdiger Montag, WELT-Report, Heinz-Rudolf Scholze (weltweit), Auslandskorrespondent: Hans-Horbert Holmann, Leutert, Fleck, Ossenberger, Dokumentation: Reinhard Berger, Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jensch, Werner Kahl, Walter H. Bach, Leona Schmitz, Michaela Schmitz, Fotoreaktion: Bettina Rahlke, Schreiber: Armin Reck

Romane: Korrespondent-Redaktion, Manfred Rehl (Leiter), Helmut Rehl (Leiter), Günter Rehl, Stefan G. Heyck, Hans-Jürgen Müller, Dr. Eberhard Kuschke, Peter Philipp, Greta Bruns

Diplomatischer Korrespondent: Hans Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwald

Deutschland-Korrespondenten: Berlin: Hans-Rüdiger Karmatz, Klaus Gertel, Peter Weitz, Düsseldorf: Dr. Wilfried Barth, Joachim Gehloff, Harald Pösch, Frankfurt: Dr. Dorothea Grottel, Hamburg: Korrespondent für Südamerika/Argentinien, Inge Adami, Joachim Weber, Hamburg: Herbert Schmitz, Jan Brech, Mike Wernicke MA, Hannover/Göttingen: Christoph Graf Schwerdt von Schwannfeld (Politik), Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft), München: Peter Schmidt, Düsseldorf: Stefan Stügem, Köln: Hans Kötter, Berlin: Joachim Reuter

Auslandskorrespondenten: Brüssel: Wilhelm Heider, London: Fritz Wirtz, Wilhelm Fritze, Moskau: Friedrich P. Neumann, Paris: August Graf Knappe, Joachim Schuch, Rom: Friedrich Heider, Stockholm: Rainer Götter, Washington: Thomas L. Klinger, New-Alexander-Straße

Auslandskorrespondenten: WELT/AD: Athen: E. A. Anisimov, Beirut: Peter M. Runkel, Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer, Brüssel: Guy Graf v. Bruchard, Ablefeld, Bonn: Rüdiger, Jerusalem: Ephraim Lohse, Hans Schwab, London: Rüdiger Montag, Christian Frenzel, Claus Grottel, Siegfried Helm, Peter Kuschke, Joachim Kuschke, Los Angeles: Karl-Friedrich Kuschke, Madrid: Rüdiger Montag, Dr. Günter Dörsch, Dr. Monika von Zitzewitz-Lohse, New York: Chryse, New York: Thomas, New York: Alfred von Krumpholtz, Gita Bauer, Ernst Heider, Hans-Jürgen Schick, Wolfgang Wirtz, Paris: Hans Wernicke, Constantin Karmatz, Joachim Leibel, Bonn: Anna Treier, Tokio: Dr. Fred de la Torre, Edwin Karmatz, Washington: Dietrich Schulz, Zürich: Pierre Rothschalk

Zentralredaktion: 1200 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (0228) 281 20 41, Telex 9 83 714

1000 Berlin 41, Hochstraße 50, Redaktion: Tel. (030) 281 11, Telex 1 84 611, Auslagen: Tel. (030) 25 51 20 31/52, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 34, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (040) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb: 2 170 018, Auslagen: Tel. (040) 34 71 53, Telex 2 170 017

4300 Essen 18, Im Teichbruch 100, Tel. (020 54) 10 11, Auslagen: Tel. (020 54) 10 15 53, Telex 1 79 100

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (0511) 1 79 11, Telex 1 79 111, Auslagen: Tel. (0511) 1 79 11 11, Telex 1 79 111

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (0211) 37 30 43/44, Auslagen: Tel. (0211) 37 30 45, Telex 1 87 104

6000 Frankfurt/Main, Weidenstraße 8, Tel. (069) 11 71 13 11, Telex 1 12 448, Auslagen: Tel. (069) 11 71 13 11, Telex 1 12 448

7000 Stuttgart, Rottentupelstraße 20a, Tel. (0711) 22 15 53, Telex 1 23 866, Auslagen: Tel. (0711) 22 15 53

8000 München 40, Scheideggstraße 22-23, Tel. (089) 2 35 13 61, Telex 1 23 812, Auslagen: Tel. (089) 2 35 13 61, Telex 1 23 812

Monatsabonnement: bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,50 einschließlich 7% Mehrwertsteuer. Ausland: Abonnement DM 85,- einschließlich Porto. Der Preis des Laufzeitabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen.

Bei Nichtbezahlung ohne Vorwissen des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens besteht keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementbestellungen können nur zum Monatsende ausgeschrieben werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Ausgabepreise für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationsauftrag DIE WELT/WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49

Amaliches Publikationsorgan der Berliner Borse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinischen Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niederösterreichischen Börse zu Wien, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverrichtete eingereichte Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsschulung WELT-REPORT

Verlag: Arel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 34, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Vertriebsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck: in 4300 Essen 18, Im Teichbruch 100, 2000 Hamburg 34, Kaiser-Wilhelm-Straße 6

hör:
**„Freiwillig
gehe
ich nicht!“**

	22. 9. 82	16. 9. 83
Kupfer (t/Unze)	1036,5	1023
Blei (t/t)	282,2	285,754
Zink (t/t)	557,5	541
Zinn (t/t)	637,5	6430
Gold (\$/Unze)	413,125	406,125
Silber (\$/Unze)	796,25	792,625
Kaffee 1 (t/t)	148,5	151,5
Kaffee 2 (t/t)	175,5	172,95
Zucker (t/t)	143	145
Kautschuk (p/kg)	76,25	74,5
Wolle (p/kg)	400	400
Baumwolle 1 (cts/lb)	87,70	88,10

1) Abladung Dezember; 2) Abladung November;
3) A-Index-Preis Liverpool

SCHWEDEN / Finanzskandal um Stahlhersteller

Von der Kursliste gestrichen

R. GATERMANN, Stockholm
Das Präsidium der Stockholmer Fondsbörse faßte Freitagabend einen in der 120jährigen Geschichte des Hauses einmaligen Beschluß: Es strich zwei Gesellschaften, den weltweit bekannten Spezialstahlhersteller Fagersta und die Holdinggesellschaft Kinnevik, von der Börsenliste. Dieser Schritt, mit dem ein privater Macht-

bei umgerechnet rund 300 Millionen Mark. Hinter dieser Transaktion stand ein Streit innerhalb der Finanzfamilie Stenbeck: Bruder Jan will mit Hilfe von Mutter Märtha seine Schwestern Elisabeth und Margaret ausmanövrieren. Als nach und nach bekannt wurde, daß bei diesem Versuch mehrfach gegen die Börsenregeln verstoßen wurde, indem geheime Optionen vereinbart wurden, den zweitgrößten Kinnevik-Aktionären unterschiedliche Offerten gemacht worden waren und es allgemein mit einer genauen Information haptete, beschloß das Börsenpräsidium zu Beginn dieses Monats, die Notierung für Fagersta und Kinnevik so lange einzustellen, bis ein neuer Emissionsprospekt herausgegeben wird. Bei Fagersta weigerte man sich vor allem mit der Begründung, man verfüge bereits über mehr als 50 Prozent des Kinnevik-Kapitals, ein Prospekt mit neuen Konditionen sei juristisch nicht möglich.

Die Affäre droht jedoch noch einen weiteren bedeutenden Spezialstahlhersteller mit in den Strudel zu ziehen: Sandvik. Es besteht bereits eine enge Kapitalverknüpfung zwischen Stenbeck, Kinnevik und Fagersta. Bei der Neuverteilung würde jedoch auch Sandvik eine Fagersta-Tochter werden, während die beiden bisher Geschwister sind. Die Aufsichtsräte der drei Gesellschaften sind ebenfalls weitgehend identisch. Um Sandvik zu retten, griff das größte Bauunternehmen Schwedens, die Skanska Cementgjuteriet (SCG), die zu Beginn dieses Jahres mit elf Prozent an Sandvik beteiligt war, gegenüber etwa 25 Prozent der Stenbeck-Gruppe kürzlich aktiv ein. Es stockte seinen Anteil auf über 20 Prozent auf, sammelte andere Interessenten um sich und forderte die Einberufung einer außerordentlichen Hauptversammlung mit dem Ziel, das gesamte bisherige Aufsichtsgremium abzulösen.

Neben dem Besitzstreit ist jetzt allerdings von besonderem Interesse, ob und inwieweit Fagersta in den jetzt konkret anlaufenden Spezialstahlsanierungsprozeß, der eine Produktumstellung und andere Rationalisierungsmaßnahmen zwischen den vier schwedischen Unternehmen dieser Branche (neben Sandvik und Fagersta sind dies Avesta und Nyby-Uddeholm) vorsieht, einbezogen wird. Industrieminister Tage Pettersson ließ inzwischen bekanntgeben, daß angesichts des derzeitigen Gangs der Kapitalleihen mit staatlicher Finanzhilfe nicht zu rechnen sei.

USA / Reagan appelliert an Kongreß, Mittel für IWF-Quotenerhöhung freizugeben

Chancen für Bewilligung stehen schlecht

H.A. SIEBERT, Washington
Morgen wird Präsident Reagan als Gastgeber in Washington die 38. Jahresversammlung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) eröffnen und noch einmal an den Kongreß appellieren, den amerikanischen Anteil an der Quotenerhöhung und der erweiterten Kreditvereinbarungen – insgesamt 8,5 Milliarden Dollar – freizugeben. Zu befrachten ist jedoch, daß sich nichts bewegen wird: Die US-Legislative hat sich in die Idee verannt, die Privatbanken, weil viele Jahre zu generös, seien die Haupturheber der Verschuldungskrise und müßten bestraft werden. Deshalb blockiert sie durch Gesetzeszusätze die Bewilligung.

Die Administration, die wirklich alle Register zieht, um das Capitol von der Notwendigkeit einer raschen IWF-Hilfe zu überzeugen, ist den Senatoren und Abgeordneten hilflos ausgeliefert. Wie es das Schicksal will, gehören zu den Gegnern viele Mitglieder der eigenen Republikanischen Partei. Für Europäer ist die brisante Situation nur schwer zu verstehen: aber in den USA wird nicht nach dem parlamentarischen, sondern nach dem Präzedenzsystem mit strenger Gewaltenteilung regiert. Über alles, was mit Geld zu tun hat, entscheidet der Kongreß, der eine geradezu diktatorische Macht in diesem Bereich besitzt.

Es ist also der Kongreß, der den Ausgang der für die Weltwirtschaft ungemein wichtigen Währungstaugung in tiefes Dunkel taucht. Konfe-

renzort und Capitol liegen nur vier Kilometer Luftlinie auseinander, aber wie US-Finanzminister Regan im Gespräch mit ausländischen Journalisten sagte, wird die Administration, was die Finanzierung des IWF betrifft, sehr vorsichtig taktieren und sich hüten, neue Verpflichtungen einzugehen. Mit Zusagen des Weißen Hauses hinsichtlich des erweiterten Zugangs der Mitglieder zu den Kreditlinien, der Zuteilung von Sonderziehungsrechten („Papiergold“), Überbrückungsdarlehen und Kreditaufnahmen auf Privatmärkten ist also nicht zu rechnen.

Anders ausgedrückt: Klärende Entscheidungen werden hinausgeschoben, und die Finanzkrise erhält so auch nach Regans Eingeständnis eine gefährliche Dimension. Das alles, weil der Kongreß auf einen regulativen Flankenschutz zu Lasten der Geschäftsbanken besteht, der aber nur zum Teil Sinn macht. Dazu gehören die strengere Prüfung der Länderrisiken, zusätzliche Berichtsaufgaben, Sonderrückstellungen für Problemkredite, höheres Eigenkapital, realistischere Kreditgebühren sowie eine engere Kooperation zwischen nationaler Bankenaufsicht und IWF.

Für die Administration nicht akzeptabel sind indes mit Recht Vorschriften, die sich kontraproduktiv auswirken. Die Überschreitung der Ausleihlimits darf zum Beispiel nicht mit dem Einfrieren von Reserven bestraft werden, weil dann die Banken die Kreditvergabe stoppen. Ein Verbot von Umschuldungsgebühren verhindert zeitgerechte Umschuldungs-

verhandlungen, und die geforderten Zinsrestriktionen für internationale Kredite würden dazu führen, daß amerikanische Bankkunden ausländische Kreditnehmer subventionieren. Spezialauflagen für Darlehen an fremde Bergbaugesellschaften verstoßen wiederum gegen den freien Investitionsfluß und schaden der US-Wirtschaft.

Sowohl der Senat als auch das Repräsentantenhaus haben diese Eingriffe bereits verabschiedet; die Administration hofft auf eine Modifizierung im Vermittlungsausschuß. Auf dem Capitol machen jedoch auch Vorschläge die Runde, die auf eine generelle Umschuldung der den Entwicklungsländern gewährten Bankkredite oder eine Abschreibung der Schulden in großem Stil zielen.

Hier übersieht der Kongreß, daß eine umfangreiche Umschuldung schon stattgefunden hat und viele Länder darauf gar nicht angewiesen sind. Zum anderen würde den Banken jeder Anreiz genommen, sich mit neuem Geld zu engagieren. Bei verordneten Abschreibungen würden sich die Institute völlig aus der Dritten Welt zurückziehen; in den USA käme es zu einer Kreditverknappung mit scharf steigenden Zinsen und einem Aufschwungstopp.

Auch Regan meint, daß sich im Verhalten des Kongresses eine zunehmende ökonomische Isolierung Amerikas – siehe Rekordhaushaltsdefizit, stark überbewerteter Dollar – ausdrückt. Die Bombe tickt. Sie muß schnell entschärft werden.

RENTENMARKT / Kurssteigerungen in Grenzen überwogen

Hoffnung auf eine Zinssenkung in USA

Nach einer freundlichen Zwischenphase haben sich die Rentenmarktkurse zum Wochenende gut behauptet. Kurssteigerungen überwogen. In erster Linie hatten leichte Rückgänge des Dollarkurses und Hoffnungen auf eine baldige US-Zinssenkung das Marktgeschehen belebt. Damit würde ein wesentlicher Belastungsfaktor für den deutschen Rentenmarkt entfallen. Über eine stärkere Beachtung der binnenwirtschaftlichen Bestimmung des Kapitalmarktzinses würde sich eine anhaltend freundlichere Stimmung durchsetzen. (Fy.)

Konsumindex	23.9.83	16.9.83	30.12.82	30.12.81	30.12.80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,93	7,96	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,85	7,88	7,04	10,55	9,88
Sonderanleihen	8,09	8,10	7,61	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	8,27	8,22	8,34	11,52	9,35
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,92	7,92	7,65	10,12	9,37
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Titel bis 4 Jahre rechnerische	7,82	7,81	7,43	10,50	9,70
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Titel über 4 Jahre rechnerische	8,52	8,52	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	8,08	8,08	7,53	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,33	8,37	8,45	10,52	9,22

FRANKREICH / Reiseveranstalter unzufrieden

Umsatz stark zurückgegangen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
So katastrophal, wie nach Verkündung der Sparmaßnahmen der Regierung von Ende März befürchtet worden war, ist die französische Reisebranche zwar nicht verfallen, aber schlecht war sie doch, stellt der Verband der Reiseveranstalter in einer ersten Zwischenbilanz fest. Für das Gesamtjahr rechnet er gegenüber 1982 mit einem Umsatzrückgang von 5 bis 10 Prozent.

Unter Berücksichtigung des Preisanstiegs für Pauschalreisen von etwa 10 Prozent würde sich das Minus auf real 15 bis 20 Prozent belaufen. Bei einem auf 10 bis 15 Prozent veranschlagten Rückgang der Kundenzahl hätten danach auch die Durchschnittsausgaben der Reisenden (real) nachgelassen.

Dieses Ergebnis ist nach Angaben des Verbands deshalb besonders enttäuschend, weil bis zu den Sparmaßnahmen die Buchungen um real 5 Prozent über denen der gleichen Vorjahressaison lagen. Ohne diesen Vorstoß hätten inzwischen zahlreiche Reiseveranstalter Konkurs anmelden müssen. Etwa zehn weisen mehr oder weniger hohe Verluste aus.

Besonders stark schrumpften die Auslandsreisen, für die rigorose Devisenbeschränkungen eingeführt wurden. Aber auch im Lande selbst sind die Franzosen weniger verreist und geben weniger Geld aus. Dieses Manko wurde von den verstärkten nach Frankreich gekommenen ausländischen Touristen bei weitem nicht ausgeglichen. So zeigt eine von den Reiseveranstaltern und vom Verband des französischen Hotel- und Gaststättengewerbes durchgeführte Befragung, daß der Besuch der Restaurants um 9 Prozent, der Hotels um 8,7 Prozent und der Hotelrestaurants um 10,9 Prozent geschrumpft ist. Allgemein wird mit einer eher noch schlechteren Nachsaison gerechnet.

Große Unsicherheit lastet über dem Weihnachts- und dem Wintergeschäft. Zwar hat Wirtschaftsminister Delors inzwischen erklärt, daß die Devisenbeschränkungen für Auslandsreisen spätestens zum Jahresende gelockert werden. Ab wann und in welchem Umfang weiß man aber noch nicht.

ITALIEN

Arbeitsplätze werden abgebaut

GÜNTHER DEPAS, Mailand
Stahl, Chemie und Werften werden im staatlichen Bereich der italienischen Wirtschaft in den nächsten drei bis vier Jahren insgesamt fast 50 000 Arbeitsplätze verlieren. Der neue, Anfang dieser Woche von der Staatsholding Iri vorgelegte Sanierungs- und Umstrukturierungsplan für die von der Iri-Bereichsholding Finisider kontrollierten Stahlunternehmen sieht die Aufgabe von 25 000 Arbeitsplätzen vor, etwa ein Viertel der Gesamtbeschäftigten.

Scharfe Eingriffe sind ebenfalls bei der Iri-Bereichsholding für die Werftindustrie, Fincantieri, vorgesehen. In diesem Fall sollen 7000 von jetzt 28 000 Arbeitsplätzen aufgegeben werden. In ihren Chemiewerken will die staatliche Energieholding Eni 6000 Stellen kürzen, ein Viertel der heute in diesem Konzernbereich Beschäftigten.

In allen drei Fällen vollziehen die staatlichen italienischen Industrieunternehmen mit zum Teil jahrelanger Verspätung, was von ihnen die privaten inländischen und die ausländischen Konkurrenzfirmen schon durchgeführt hatten. Erschwerend wurde und wird der Personalabbau vor allem durch die Tatsache, daß einerseits ein großer Teil der Stahlanlagen und fast alle Chemiekapazitäten in Südtalien liegen, wo kaum Ersatzarbeitsplätze zur Verfügung stehen und andererseits die von der Umstrukturierung tangierten norditalienischen Werke fast alle eine einzige Region, Ligurien, betreffen, auch in anderen Bereichen (Hafen Genua) vor Krisenproblemen steht.

Um die sozialen Folgen zu mildern, haben sich die Staatsholdings verpflichtet, auf Entlassungen zu verzichten. Die Arbeitsplatzverminderungen sollen nur durch vorzeitige Pensionierungen, Nichterstattung natürlicher Abgänge und verstärkter Flexibilität erreicht werden.

SCHLECHTWETTERGELD

Zimmererhandwerk kritisiert Pläne

Mit großer Sorge beobachtet das Zimmererhandwerk Überlegungen der Bundesregierung, die sogenannte Schlechtwetter-Regelung zu ändern. Auf dem gestern zu Ende gegangenen Niedersächsischen Holzbaukongress in Cuxhaven wurde darauf hingewiesen, daß dadurch dem Baugewerbe beträchtliche Mehrbelastungen erwachsen.

Wenn die Bundesregierung an ihrem Vorhaben festhalte, würden die Baubetriebe gezwungen sein, ihre Mitarbeiter vor Beginn der Schlechtwetterperiode in großem Umfang zu entlassen. Die Folge wäre, daß die Einsparungen beim Schlechtwettergeld wesentlich höhere Ausgaben für das Arbeitslosengeld gegenüberstünden.

Bereits heute, so erklärten die Zimmermeister, würden die Baubetriebe über Gebühr zur Finanzierung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft herangezogen. Dies müsse berücksichtigt werden, wenn die Bundesregierung nicht wolle, daß die Schraube überhand und der Winterbau kaputtgemacht wird.

Hintergrund des Protestes sind Pläne der Regierung, die Unternehmen mit den Kosten des Schlechtwettergeldes für den jeweils ersten Tag eines Monats zu belasten und darüber hinaus die Winterbaulagen anzuhängen. Nach den Berechnungen des Baugewerbe-Verbandes würde sich dadurch die „Interessensquote“, also die Belastung aus dem Schlechtwettergeld, auf über 10 Prozent der Jahresbruttolohnsumme einpendeln.

Auf dem Holzbaukongress erinnerten die Zimmermeister an die Beschlüsse der Regierung zur Behebung der Baustillstände.

Die vorgeschlagene Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes, die zu einer spürbaren Verteuerung des Bauens führe, konterkarieren die früheren Maßnahmen.

NAMEN

Hubertus von Grünberg (41), Alfred Teves GmbH, wird zum 1. Januar 1984 den Vorsitz der Geschäftsführung übernehmen. Er ist Nachfolger von Hans Eberhard Wally (61), der in den Ruhestand tritt.

Arthur Jungmans, Allensbach, von 1931 bis 1965 Vorstandsmitglied der Uhrenfabrik Gebr. Jungmans AG, Schramberg, wird heute 80 Jahre.

Apotheker Peter Bömmelburg, Pächter der Adler-Apothek, Cönnfeld, wurde in den Vorstand der Noweda eG Nordwestdeutsche Apothekergesellschaft, Essen, berufen.

Karl Mühl wird als Nachfolger des zum 31. Mai 1984 ausscheidenden Gerhard Mers (63) in die Geschäftsführung der Dr. Bernhard Beyschlag Apparatebau GmbH berufen.

FRANKREICH / Automobilindustrie ist mit der IAA zufrieden

Verlorenes Terrain zurückerobert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Die französische Automobilindustrie bezeichnet ihr Geschäftsergebnis von der Internationalen Automobil-Ausstellung in Frankfurt als zufriedenstellend. Die Bestellungen hätten den Erwartungen entsprochen, heißt es in Paris. Zahlen werden allerdings noch nicht genannt. Bei Peugeot spricht man von einem durchschnittlichen Erfolg des „205“. Dieses neue Modell habe auf dem deutschen Markt gute Chancen, meint auch die Konkurrenz.

Der Staatskonzern Renault hat indes keine Neuheiten vorzuweisen; er stützt sich immer noch stark auf den inzwischen etwas veralteten R 5, der einst das am meisten verkaufte Pkw-Modell in Europa war. Jedoch ist es nicht ausgeschlossen, daß die Firma den gleichen Fehler wiederholt, den VW mit dem Käfer gemacht hatte. Die Franzosen hatten ihre große Zeit im Automobilbau bzw. -geschäft nach dem ersten Ölpreisschock. Damals waren sie die einzigen, die ein breites Angebot ausgereifter Kleinwagen mit sehr niedrigem Benzinverbrauch vorweisen konnten. Heute bauen auch die anderen Sparsautos, und das in jeder Klasse bis hinauf zu Großhubraumwagen.

Seit etwa zwei Jahren fällt die französische Automobilindustrie im internationalen Vergleich ab. Der überbewertete Franc und zahlreiche soziale Konflikte schwächen ihre Wettbewerbsfähigkeit. Vor allem auf dem deutschen Markt schrumpfen Absatz und Marktanteile, während auf dem Inlandsmarkt die ausländischen Wagen immer stärker vordringen.

Dank der letzten Franc-Abwertung und D-Mark-Aufwertung von Ende

März konnte ein Teil des verlorenen Terrains zurückerobert werden. Dies auch deshalb, weil im Unterschied zu den vorangegangenen Paritätsbereinigungen der Preisvorteil an den ausländischen, insbesondere deutschen Kunden voll weitergegeben wurde. Nach der deutschen Exportstatistik schrumpften die Zulassungen französischer Pkw in der Bundesrepublik im 1. Halbjahr 1983 gegenüber der gleichen Vorjahreszeit aber immer noch um 3,5 Prozent auf 103 067 Stück. Die französische Exportstatistik weist jedoch eine Steigerung um 11,1 Prozent auf 94 088 Pkw aus. Der französische Gesamtexport war um 8,4 Prozent auf 832 474 Pkw gestiegen, was der Hälfte der nationalen Produktion entsprach.

Allerdings sind zu diesen Exporten (und zur Produktion) alle im Ausland gefertigten Fahrzeuge hinzurechnen worden, die mehr als 15 Prozent ihrer Wertschöpfung aus Frankreich beziehen. Ohne diese statistische Aufblähung, die allerdings nicht für die Ausfuhr in die Bundesrepublik gilt, hätten sich die Exporte im 1. Halbjahr 1983 um 5,4 Prozent vermindert.

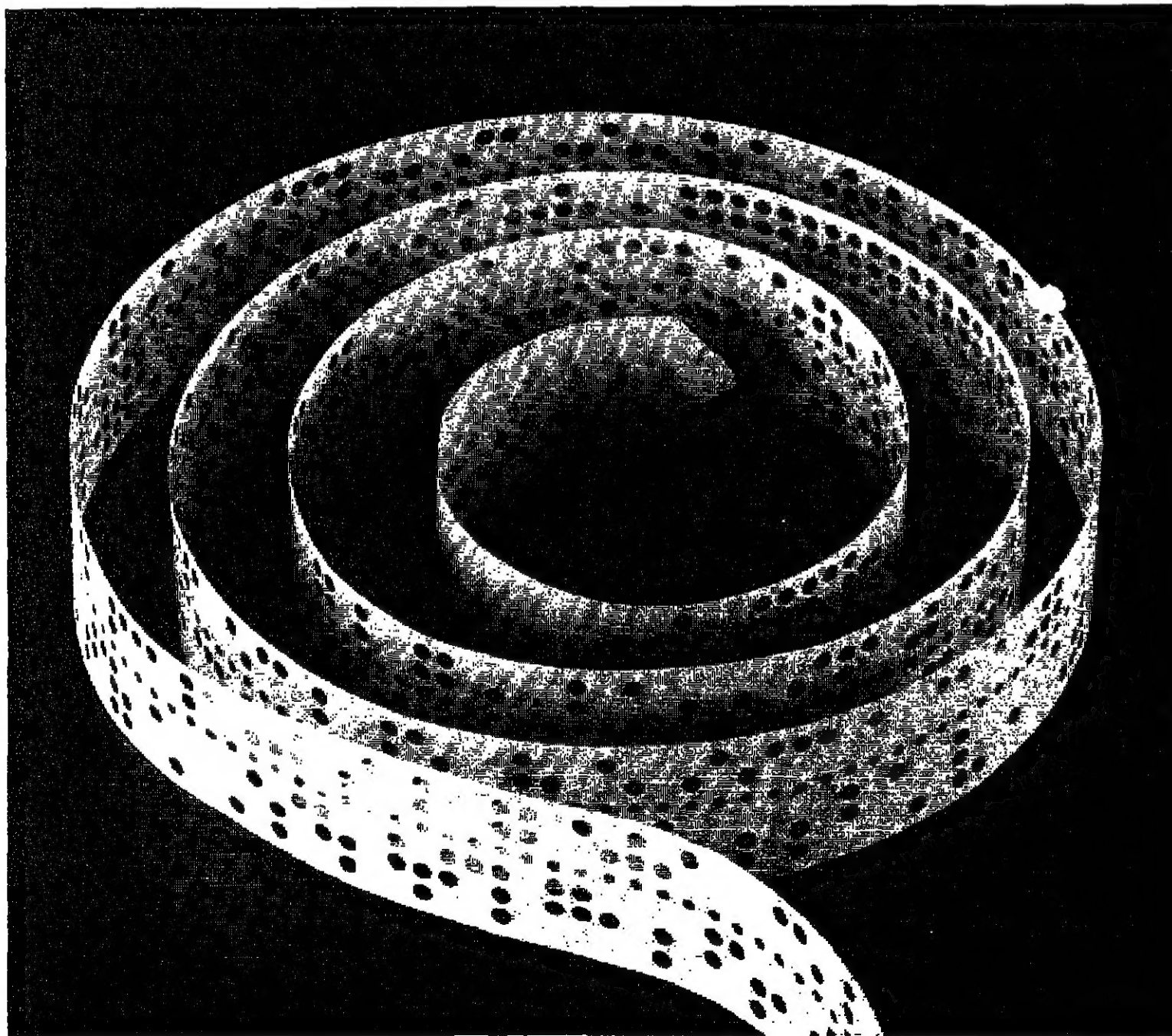
Demgegenüber stagnierten die Inlandszulassungen bei 1 060 202 (plus 0,3 Prozent) Pkw. Davon stellten die „Ausländer“ 31,94 Prozent gegenüber 28,58 Prozent im 1. Halbjahr 1982. In den beiden Ferienmonaten Juli und August hat sich der Ausländeranteil weiter auf 37 Prozent erhöht, und in den ersten Septemberhälfte erreichte er nach vorläufigen Angaben sogar 38,4 Prozent. Diese spektakuläre Entwicklung wird damit erklärt, daß die französischen Fir-

men wegen der Forcierung ihrer Exporte – nicht zuletzt im Hinblick auf die IAA – den Inlandsmarkt stark vernachlässigten. Sie waren wohl von der Überzeugung ausgegangen, daß die Franzosen wegen ihrer zusätzlichen Steuerzahlungen aus dem letzten Sparplan weniger Autos kaufen würden.

Tatsächlich aber belebte sich die Nachfrage auch während der Ferienzeit. Ob es sich dabei um ein Strohfeuer handelt, oder ob der französische Automarkt anderen Gesetzen folgt als die inzwischen deutlich rezessive allgemeine Konjunktur, läßt sich heute noch nicht beurteilen. Der französische Automobilverband selbst rechnet für das letzte Quartal dieses Jahres mit einem Zulassungsrückgang von bis zu fünf Prozent im Jahresvergleich.

Die weitere Entwicklung der französischen Automobilindustrie hängt jetzt wohl noch stärker als bisher von ihren Exporten ab. Dabei kommt ihr die Wiederbelebung der internationalen Autokonjunktur, vor allem in der Bundesrepublik, zugute – jedenfalls solange der Franc (leicht) unterbewertet bleibt. Früher oder später wird sich aber der Kosten- und Preisvorteil wieder vermindern. Dann treten die strukturellen Schwächen voll zutage.

Sowohl der Renault als auch der Peugeot-Konzern stecken tief in den roten Zahlen. Für 1982 wurden Verluste von 1,3 und 1,8 Milliarden Franc ausgewiesen. Ob es zu der von Peugeot-Talbot beschlossenen Strukturereinigung kommt, der 7371 Mitarbeiter oder fast zehn Prozent der Belegschaft zum Opfer fallen sollen, bleibt noch abzuwarten.



Das Rundschreiben.

Rundschreiben per Telex. Das heißt, einmal eingetragene Texte automatisch an bis zu 30 Partner gleichzeitig übermitteln. Berichte, Bestellungen, Anfragen oder Angebote – immer wenn Information sicher übermittelt werden muß und ein Zeitvorsprung entscheidend sein kann. Rund 150 000 Teilnehmer bei uns und mehr als 1,4 Millionen Teilnehmer in aller Welt nutzen das Telexnetz. Untersuchungen besagen, daß bereits bei 3 abgehenden Fernschreibern pro Tag Kostenvorteile erreicht werden können. Moderne Fernschreiber sind so einfach zu bedienen wie Schreibmaschinen. Sie arbeiten genauso leise und sollten für eine optimale Nutzung so nah

Ihr 1-Minuten-Telex im Selbstwähldienst kostet rechnerisch:

in unserem Netz	
zum Tarif von 12-8 Uhr	73,33 Pf
tagsüber von 8-18 Uhr	im Zentralvermittlungsbereich .. 40 Pf
im Fernverkehrsbereich ..	60 Pf
zu den angrenzenden Ländern ..	80 Pf
zu den übrigen europäischen Ländern und Nordafrika ..	0,90 bis 1,00 DM
nach USA, Kanada, Australien ..	3,30 DM
zu anderen überseeischen Ländern ..	6,60 und 7,80 DM

wie möglich an den Arbeitsplatz herangeführt werden. Und auch das ist gut zu wissen: Wer am Telexdienst teilnimmt, hat auch Zugang zum neuen Telexdienst. Über die zusätzlichen Leistungsmerkmale von Telex wie Kurzwahl, Direktwahl, Rundschreiben, Gebührenzuschüssen usw. berät Sie gern der Technische Vertriebsberater Ihres Fernmeldedienstes. Die Rufnummer finden Sie im Telefonbuch unter Post.

Post – Partner für Telekommunikation



MITARBEITERBETEILIGUNG / Viele Modelle passen nicht zum neuen Gesetz

Umstellung bereitet noch Probleme

HEINZ STÜWE, Bonn
Über 1000 verschiedene Modelle der Mitarbeiterbeteiligung werden derzeit in deutschen Unternehmen praktiziert. Beteiligt sind die Beschäftigten am Gewinn ihres Unternehmens, am Kapital oder an beiden. Sie haben darüber hinaus zum Teil vertraglich vereinbarte Mitwirkungs- und Mitentscheidungsrechte.

In diesen Unternehmen blickt man in den nächsten Wochen mit einiger Erwartung nach Bonn, wenn das neue Vermögensbeteiligungsgesetz der Bundesregierung die parlamentarischen Hürden nehmen muß. Geht es doch für Geschäftsleitung und Mitarbeiter darum, ob ihr Beteiligungsmodell von den Bestimmungen des Gesetzes auch erfaßt wird.

Für den Arbeitnehmer stellt sich beispielsweise die Frage, ob er in den Genuß der Lohnsteuervergünstigung kommt, die der neue Paragraph 19a des Einkommensteuergesetzes sieht. Erhält der Mitarbeiter eine unentgeltliche oder verbilligte Kapitalbeteiligung, so ist der Vorteil daraus dann steuerfrei, wenn er nicht größer als der halbe Wert der Beteiligung ist und 300 Mark im Jahr nicht übersteigt. Von dieser Steuerbefreiung sind allerdings Arbeitnehmer ausgeschlossen, die ihre Anteile nicht direkt erhalten, sondern denen ihr Unternehmen einen Zuschuß zum Erwerb von Beteiligungsrechten zahlt.

Dazu gehören beispielsweise die rund 1000 Mitarbeiter der Accumulatorenwerke Hoppecke in Brilon. Sie können sich mittelbar an ihrem Unternehmen beteiligen, indem sie stille Gesellschafter einer Mitarbeiter-Beteiligungs-GmbH werden, die ihrerseits am Unternehmen still beteiligt

ist. Macht die Firma Gewinn, erhält der Mitarbeiter eine Erfolgsbeteiligung, die seinem Einlagenkonto gutgeschrieben und damit 7 Jahre festgelegt wird. In Höhe seiner Einlage trägt der Arbeitnehmer allerdings auch das Verlustrisiko.

Wenn den rund 550 stillen Gesellschaftern des Batterienherstellers sowie Arbeitnehmern in vergleichbaren Unternehmen die geplante Lohnsteuerliche Vergünstigung nicht entgegen soll, müßte sie für eine Übergangszeit auch für Modelle gewährt werden, die den speziellen gesetzlichen Anforderungen nicht genügen. Das zumindest fordert die Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft (AGP), zu der sich 350 Firmen mit Mitarbeiterbeteiligung zusammengeschlossen haben. Der Bundesrat hat sich diesem Ersuchen inzwischen angeschlossen und die Bundesregierung aufgefordert, hier einen Weg zu finden, um die Anpassung der betrieblichen Modelle an das neue Gesetz zu erleichtern.

Doch gerade das ist in zahlreichen Fällen schwierig bis unmöglich. Beispielsweise bei dem äußerst komplizierten Hoppecke-Modell. In Brilon wird deshalb längst über eine grundsätzlich neue Lösung nachgedacht.

Den 65 Mitarbeitern der Risse & Co GmbH in Warstein, einem Spritzgießwerk für Maschinenelemente aus Kunststoff, würde auch eine mögliche Übergangsregelung nichts nützen. Denn ihre sozusagen exotische Form der Kapitalbeteiligung paßt überhaupt nicht in das neue Gesetz. Die Beschäftigten erhalten über eine zwischengeschaltete Mitarbeiter-Gesellschaft Anteile an der GmbH. Ihre

Einlagen werden dabei aus einer Gewinnbeteiligung so lange aufgestockt, bis die Mitarbeiter zusammen ein Drittel des Stammkapitals von 900 000 DM halten.

GmbH-Anteile sind allerdings – und das liegt das Problem – nicht in dem Katalog förderungswürdiger Anlageformen enthalten. Eine Umstellung des Modells wäre möglich, zum Beispiel in Form einer zusätzlichen stillen Beteiligung. Doch müßten die Arbeitnehmer dann auf Mitwirkungsrechte verzichten. Heute dagegen haben sie einen gewissen Einfluß auf die Geschäftspolitik, da sie über die beiden Geschäftsführer der Mitarbeiter-Gesellschaft in der Gesellschafterversammlung vertreten sind.

Auf mehr Mitsprache, das wird im Gespräch mit Betriebsräten beider Unternehmen deutlich, legen die Beschäftigten besonderen Wert. Ein Beirat mit beratender Funktion, in den die Mitarbeiter Delegierte entsenden, ist bei Hoppecke der Anfang. Die Arbeitnehmer möchten darüber hinaus noch stärker an Investitionsentscheidungen mitwirken. Auch die materielle Beteiligung würden sie gern ausbauen. Dazu wären sie bereit, ihre Anteile aus eigenen Mitteln weiter aufzustocken, versichern die Betriebsräte.

Bessere Eigenkapital-Ausstattung, eine höhere Motivation der Mitarbeiter – abzulesen an einem niedrigen Krankenstand und Produktivitätssteigerungen – darin sehen die Geschäftsführungen die wesentlichen Vorteile der Mitarbeiterbeteiligung. Für beide Unternehmen Grund genug, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzugehen.

SIEMENS

Elektronik im Auto zur leichteren Orientierung in der Großstadt

Frankfurt, September 1983. Auf der 50. Internationalen Automobil-Ausstellung wurde der neue Navigationsrechner von Siemens erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt.

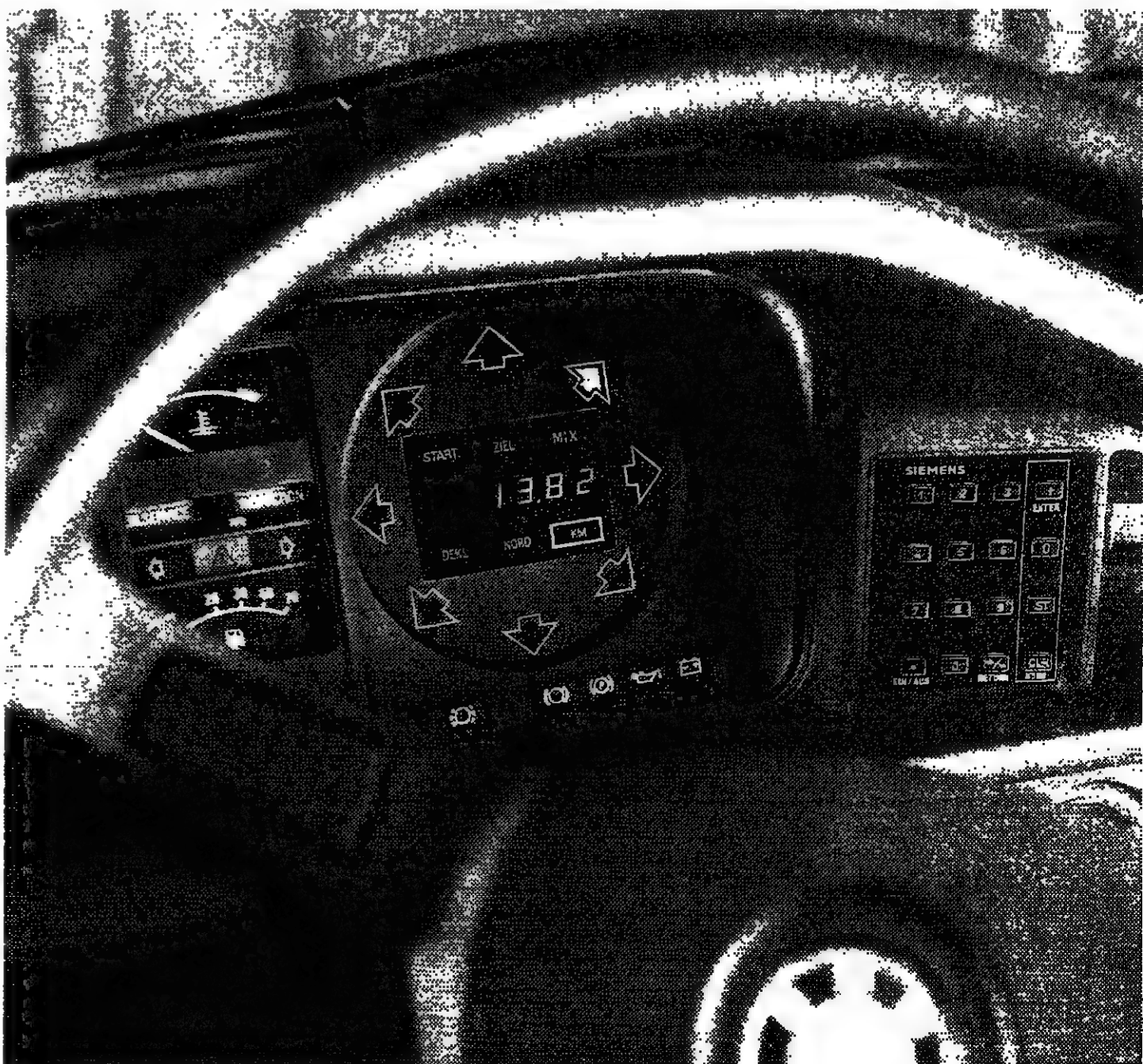
Dieses neue Navigationssystem führt den Autofahrer sicher zu seinem Ziel, z.B. in einer fremden Stadt. Richtung und Entfernung zum gewünschten Ziel werden berechnet und angezeigt, sobald der Fahrer die Koordinaten seines Ausgangs- und Zielpunktes in den Pilot-Rechner eingegeben hat. Diese Koordinaten können in Zukunft mit einem elektronischen Lesestift aus entsprechenden Stadtplänen abgenommen werden.

Während der Fahrt erfaßt ein Magnetfeldsensor die eingeschlagene Richtung, ein Radsensor registriert die zurückgelegte Wegstrecke. Beide Daten werden fortlaufend vom Rechner verarbeitet. Von einer digitalen Anzeige kann der Fahrer seine augenblickliche Entfernung vom Zielpunkt ablesen.

Die Pfeile einer Windrose zeigen ihm an, in welche Richtung er weiterfahren soll.

Der Pilot-Rechner benötigt keine zusätzlichen Signale, etwa von einem Sender außerhalb des Fahrzeuges, und stellt so ein autarkes Navigationssystem dar. Prototypen werden derzeit von namhaften deutschen Automobilherstellern erprobt. Der Serieneinsatz dieses Systems ist ab 1986 geplant.

Der neue Navigationsrechner ist eines der Ergebnisse der umfangreichen Forschungs- und Entwicklungsarbeit bei Siemens. Über 3 Mrd. DM jährlich wendet das Unternehmen für die Verbesserung vorhandener und die Entwicklung neuer Produkte und Systeme auf. So macht Siemens über 50% seines Umsatzes mit Produkten, die erst in den letzten 5 Jahren entwickelt wurden.



Neue Technik bringt uns voran.
Siemens.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Wie schreibt man einen Bestseller? Keinen Simmel oder Konflikt, sondern ein dickleibiges Werk (zwei Bände) mit zigtausend Stichworten über eine so sprichwörtlich „spröde“ Materie wie die Wirtschaft. Dem Gabler-Verlag ist dies mit seinem Wirtschaftswörterbuch gelungen, das jetzt pünktlich zur Frankfurter Buchmesse in einer Auflage erschienen ist. Mit über einer Viertel Million Exemplaren ist es zugleich der Bestseller des Verlags.

Die Idee, ein „Kaufmanns-Lexikon“ neuartigen Stils zu schaffen, wurde 1984 geboren. Geleitet von der Devise, daß man drei Dinge braucht, um ein gutes Lexikon zu machen – ein gutes Konzept, gute Autoren und eine gute Redaktion –, fingen die Verleger Sellien bei der Redaktion an und gewannen Frau Gisela Joswig-Kühl als Leiterin der Lexikon-Redaktion.

Das schon vorhandene Konzept wanderte erst einmal in den Papierkorb. Begründung: Unzureichende Qualität. Das neugeschaffene Team machte sich daran, mit tatkräftiger Unterstützung aus der Wissenschaft ein eigenes Konzept zu entwickeln. Seither „steht“ die Disposition mit fünf Hauptgebieten: Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre, Recht, Steuern und Wirtschaftskunde, wiederum untergliedert in rund 200 Fachgebiete, die dem Benutzer das rasche Auffinden des gesuchten Begriffs erleichtern sollen.

Darüber hinaus gibt es zu wichtigen zentralen Begriffen Namensartikel von renommierten Wissenschaftlern unter anderem Erich Gutenberg, Köln, Erich Kosiol, Berlin, Oskar Issing, Würzburg, Karl Schwantag, Mainz, und Werner Glastetter, Bielefeld.

Die eigentliche Lexikonarbeit besteht in der redaktionellen Bearbei-

tung der Stichwortmanuskripte. Lexikontexte stammen aus vielen Köpfen mit ganz unterschiedlichen Denkweisen und entsprechend unterschiedlichem Stil. Die stilistische Überarbeitung auf den „Lexikon-Duktus“ bleibt damit wichtige Aufgabe der Redaktion. Lexikontexte sollte weder Handwörterbuch noch Telegrammstil sein. Schon allein aus Platzgründen sollte aber auch mit jedem Wort geizt werden: Wiederholungen, Umschreibungen, Formulierungskunststücke sind unzulässig. Sprachschwächen (Substantive statt Verben) müßten nicht zu vermeiden.

Für die erste Auflage taufte jedes Stichwort umgeschrieben werden. Dabei entwickelte sich der „Wirtschafts-Lexikon-Stil“ mit dem besonderen Kennzeichen der systematischen Gliederung längerer Texte sowie der deutlichen Kennzeichnung „zusammengesetzter Texte“, in denen zu einem Begriff Erläuterungen aus verschiedenen Gebieten gegeben werden.

Nur mit Hilfe von rund 60 000 Querverweisen auf andere Stichwörter war es möglich, die gewaltige Stofffülle in nur zwei – dicken – Bänden unterzubringen. Damit werden zwei Ziele verfolgt: Der Benutzer soll vom Stichwort zum „nächst höheren“ Begriff ebenso geführt werden wie zu Untergliederungen. Als Ideal ist also ein begrifflicher Stammbaum anzusehen. Wie das mit Idealen so ist – sie gelingen nicht immer. Neuerdings – seit der elften Auflage – kommt auch hier der Computer zu Hilfe.

Was das Geheimnis des Erfolgs ist, läßt sich bei Teamarbeit nicht immer genau sagen. Soviel ist allerdings sicher: Das Sprichwort, daß der Erfolg viele Väter hat, gilt zumindest mit der Einschränkung, daß die Redaktionsleiterin seit der ersten Stunde, Gisela Joswig-Kühl, als Mutter hinzukommt. (Hf.)

Zanussi und Zanker kooperieren

dpa/VWD, Tübingen
Der Waschgerätehersteller Zanussi GmbH, Tübingen, und der größte italienische Hersteller von elektrischen Haushaltsgeräten, die Industrie Zanussi S.p.A., Pordenone, haben einen Kooperationsvertrag abgeschlossen. Danach wird die ehemalige AEG-Tochter Zanussi, die nach dem Konkursantrag vom Oktober 1982 durch einen jetzt abgeschlossenen Zwangsvergleich wieder saniert worden ist, von Zanussi technisches Know-how sowie Bauteile beziehen. Ferner ist ein Austausch von Produkten beabsichtigt.

Wie der Stuttgarter Konkursverwalter Hans Ringwald weiter mitteilte, ist darüber hinaus eine Beteiligung von Zanussi an Zanker in Höhe von 50 Prozent in zwei Stufen vorgesehen. Zanussi werde zunächst im Frühjahr/Sommer 1984 eine Beteiligung von 25 Prozent und den Rest zu einem späteren Zeitpunkt übernehmen.

Die Zusammenarbeit mit Zanussi ermöglicht, wie Ringwald sagte, vor allem die Aufnahme der Produktion von Vollwaschautomaten in Tübingen schon im Frühjahr 1984. Diese Geräte hatten bisher einen Anteil von 50 Prozent des Zanker-Umsatzes, mußten aber zugekauft werden. Wie Ringwald mitteilte, wird durch die neue Fertigung von Vollwaschautomaten zwar kein voller Ausgleich für auslaufende Auftragsfertigungen erzielt, jedoch könne man damit die Zahl der kurz- und mittelfristig noch zu kündigenden Mitarbeiter auf etwa 135 begrenzen. Die Produktionsgesellschaft Zanker GmbH und die Zanker Haushaltsgeräte-Vertriebs GmbH, werden Mitte 1984 noch insgesamt etwa 630 Mitarbeiter beschäftigen.

Zanker wird, so Ringwald, 1983 wohl einen Umsatz von über 170 Mill. DM erzielen. Die Eigenleistungen der Auslandsbeteiligungen eingeschlossen, liege der Umsatz deutlich über 200 Mill. DM. Zu den Zukunftsplänen des Unternehmens gehöre auch der Aufbau einer eigenen Entwicklungsabteilung.

BOGNER / Nicht „berauschender“, aber noch auskömmlicher Gewinn

Auf unerwartet tiefer Talfahrt

DANKWARD SEITZ, München
Konsequente Markenpolitik und Exklusivität bewahren die Willy Bogner GmbH & Co. KG, München, vor der schnellen Talfahrt, die die deutsche Textilindustrie in den vergangenen Jahren mitmachen mußte. Doch 1982 konnte sich auch der größte bayerische Bekleidungshersteller diesem Trend nicht mehr entziehen, wie jetzt Firmenchef Willy Bogner vor der Presse in München eingestehen mußte. Nachdem er in den Vorjahren immer von überdurchschnittlichen und zweistelligen Wachstumsraten berichten konnte, sank der konsolidierte Umsatz (ohne Einzelhandel) im vergangenen Geschäftsjahr unerwartet stark um 13 Prozent auf 155 Mill. DM.

Mit Kurzarbeit für die über 1300 Mitarbeiter und einer Reduzierung von Fremdkapazitäten gelang es dennoch, einen „nicht berauschenden, aber noch auskömmlichen Gewinn“ von rund 5 (16) Mill. DM zu erwirtschaften. Eine Trendwende hat nach Angaben von Bogner das Jahr 1983 gebracht. Die deutlich bessere Stimmung im Handel sorgte für eine gute Abverkaufsquote der gesamten Kollektion, von der die Damenoberbe-

kleidung mit einem Umsatzanteil von 65 Prozent die tragende Säule ist. Herren- und Sportbekleidung stiegen um 15 und 20 Prozent zum Umsatz bei.

Das äußerst lebhaft nachorderge-schäft und der Verkauf für die Frühling-Sommersaison 1984 mit zweistelligen Zuwachsraten in der Stückzahl und auch im Auftragswert lassen Bogner für 1983 einen Umsatz von 160 Mill. DM und für 1984 sogar einen Anstieg auf rund 190 Mill. DM erwarten. Die Produktionskapazitäten sind bis Anfang Mai vollkommen ausgelastet.

Vor allem im Vertriebssektor soll sich in der nächsten Zeit „etwas tun“. Im Vordergrund steht die Eröffnung eines Bogner-Hauses in New York Mitte Oktober, das entgegen der bisher üblichen Praxis als erstes Einzelhandelsunternehmen unter der Leitung der Münchner Zentrale betrieben wird. Wenn sich dieses Engagement zur Erschließung des amerikanischen Marktes für Damen- und Herrenmode als richtig erweisen sollte, sollen weitere Geschäfte in anderen Städten der USA eröffnet werden. Für das erste Jahr erwartet Bog-

ner in New York einen Umsatz von 1,3 Mill. Dollar. Bisher ist Bogner in den USA mit der Tochter Bogner of America, Newport, vertreten, die ausschließlich Sportbekleidung vertreibt und mit rund 6,5 Mill. Dollar zum Gruppenumsatz beiträgt.

Im Fernen Osten wird Bogner noch in diesem Jahr ein Geschäft in Hongkong eröffnen und Anfang 1984 in Tokio. Diese Regionen haben sich in den vergangenen Jahren zu einem Weltmarkt für hochklassige europäische Marken entwickelt. Als weiterer Schritt ist dann die Erschließung des australischen Marktes geplant. Die Exportquote, die derzeit noch bei 25 Prozent vom Gruppenumsatz liegt, wird sich nach Ansicht von Bogner trotz dieser Expansion kurzfristig nicht steigern lassen.

In wesentlich kleineren Schritten will man das Inlandsgeschäft ausbauen. Neben den bereits bestehenden sechs Bogner-Häusern sind lediglich zwei weitere Neueröffnungen in Frankfurt und Dortmund für die nächste Zeit geplant. Als weitere Diversifikationsmöglichkeit schließt Bogner den Einstieg in die Kosmetikbranche nicht aus.

ZWEITE LIGA / Rot-Weiß Essens Talfahrt

In der Stunde der Not meldet sich Janosz Bedl

Der Profi-Fußball in Essen, der mit 650 000 Einwohnern fünftgrößten deutschen Stadt, droht in der Versenkung zu verschwinden. Rot-Weiß Essen, 1955 Deutscher Meister, wird von einer neuen Krise geschüttelt. Sportlich (Letzter in der zweiten Liga) und finanziell (rund eine Million Mark Verbindlichkeiten) am Rande des Abgrundes, drohende Steuernachzahlung, Rücktritt des Vorsitzenden im Verwaltungsrat, keine Finanzspritzen von der Industrie: RWE steht vor dem Kollaps.

Nach der 2:4-Heimniederlage gegen Alemannia Aachen steht Trainer Rolf Bock vor der Entlassung. Der glücklose Trainer hatte bei der Verpflichtung von neuen Spielern keinen guten Griff getan. Die ehemaligen Dortmunder Wagner und Freund sind ebenso Fehleinkäufe wie der aus dem französischen Lille gehobte Stürmer Delamer.

Da die Erfolge ausbleiben, kommen immer weniger Zuschauer. Bei nur 4000 Besuchern muß der leid geplagte Vereinskassierer schon vor jedem Spiel ein Minus von weiteren rund 40 000 Mark registrieren. Der

Vorsitzende Rolf Neuhaus will zurücktreten: „Es macht keinen Spaß mehr“, sagt er.

Vor dem Disziplinar-Finanzgericht streitet man noch um eine Steuernachzahlung von rund 120 000 Mark, die noch als Steuer aus der fünftlichen Abfindung des früheren Essener Trainers Horst Witzler von der Finanzbehörde eingeklagt werden.

In der Stunde der größten Not will nun der 54-jährige Trainer und Manager Janosz Bedl helfen. Der gebürtige Ungar, der in Essen wohnt und mit dem Klub in der Saison 1972/73 30 Spiele lang unbesiegt war, will zum Multitask arbeiten. Bedls Vorstellung: „Wenn RWE mit mir wirklich absteigen sollte, habe ich eben monatelang umsonst gearbeitet. Aber wenn die Mannschaft in der zweiten Liga bleibt, sollte der Verein mir eine Erfolgsprämie zahlen.“ Sein Konzept: Er will den mit einer sechsstelligen Summe auf der Gehaltsliste stehenden Herbert Demange ins Ausland verkaufen und vom eingesparten Geld sowie der Ablosumme zwei zusätzliche Stürmer verpflichten.

DIE ERGEBNISSE

Oberhausen - Duisburg	0:2 (0:0)
Littrichhausen - Freiburg	1:0 (1:0)
Charlottenburg - Wattenscheid	2:1 (0:1)
Köln - Darmstadt	5:1 (2:0)
Kassel - Hertha	2:2 (0:1)
Saarbrücken - Hannover	2:1 (1:0)
Ulm - Solingen	1:3 (1:0)
Essen - Aachen	2:4 (0:1)
Schalke - Osnabrück	3:1 (0:1)
Stuttgart - Karlsruhe	2:3 (1:2)

DIE TABELLE

1. Karlsruhe	9	6	3	0	24:9	15:3
2. Hess. Kassel	10	6	2	2	27:13	14:6
3. Schalke	9	5	3	1	16:8	13:5
4. Duisburg	10	5	3	2	18:8	13:5
5. Aachen	10	4	5	1	13:8	13:7
6. Freiburg	10	5	3	2	13:10	13:7
7. Hertha BSC	10	4	2	4	20:15	12:8
8. Solingen	10	4	2	4	17:14	12:8
9. Köln	10	4	2	4	22:20	10:10
10. Saarbrücken	10	4	2	4	11:16	10:10
11. Darmstadt	10	3	4	3	14:22	8:11
12. Osnabrück	9	3	2	4	8:14	8:10
13. Ulm	10	3	2	5	17:20	8:12
14. Hannover	10	1	5	4	10:16	7:13
15. Wattenscheid	10	1	5	4	8:14	7:13
16. SCC Berlin	10	3	1	6	8:16	7:13
17. Littrichhausen	10	2	3	5	8:16	7:13
18. Stuttg. Kick.	9	1	4	4	10:16	8:12
19. Oberhausen	10	2	2	6	13:17	8:14
20. Essen	10	2	2	6	11:19	6:14

DIE VORSCHAU

Freitag, 30.9., 19.30 Uhr: Wattenscheid - Stuttgart; 20.00 Uhr: Duisburg - Saarbrücken; Osnabrück - Ulm; Hannover - Kassel; Samstag, 1.10., 15.30 Uhr: Köln - Essen; Karlsruhe - Littrichhausen; Freiburg - Oberhausen; Sonntag, 2.10., 15.00 Uhr: Hertha - Schalke; Aachen - SCC Berlin; Darmstadt - Solingen.

Zwei Männer im Blickpunkt: Der Ringer Markus Scherer und der Box-Weltmeister Gerrie Coetzee

WM-Silber als olympische Qualifikation



Markus Scherer - in dreieinhalb Jahren zur Weltspitze.

Vor dreieinhalb Jahren sagte sein Trainer Walter Gehring über ihn: „Noch fehlt die Substanz. Doch das wird sich ändern. In vier Jahren ist er ein absoluter Spitzenmann.“ Markus Scherer (21) aus Böhl-Ingelheim brauchte nicht so lange. Am Wochenende gewann er bei den Ringer-Weltmeisterschaften im griechisch-römischen Stil in Kiew im Papiergewicht die Silbermedaille. Mit 3:6 Punkten verlor Scherer, der Junioren-Europameister, das Finale gegen den Bulgaren Bratan Tsenow, den er im vorigen Jahr noch besiegt hatte.

Scherer, der neue Vize-Weltmeister, gehört einer Ringer-Familie an und startet dabei für den Bundesligaklub VfK Schifferstadt. Dabei hätten die Brüder Freddy, Bernd und Markus Scherer wohl auch als Kunstturner ihren Weg gemacht. Weil aber ihr Großvater Karl Scherer einst pflanzlicher Spitzenringer war und ihr Vater ebenfalls als Ringer Meriten erwarb, wurden dessen drei Söhne nicht in einem Turnverein angemeldet, sondern gingen vor dreizehn Jahren beim KSV Oggersheim in Walter Gehrings Ringerschule.

Nachfolger für Ingemar Johansson



Nach drei Anläufen Weltmeister der Südafrikaner Coetzee. FOTO: AP

Zum ersten Mal seit 23 Jahren ist wieder ein weißer Boxer Profi-Weltmeister im Schwergewicht. Beim dritten Versuch, den Titel nach der Version der World Boxing Association (WBA) zu gewinnen, schlug der Südafrikaner Gerrie Coetzee (28) vor 20 000 Zuschauern im Coliseum von Richfield den farbigen Amerikaner Michael Dokes in der zehnten Runde k.o. Als letzter Weißer war der Schwede Ingemar Johansson von 1959 bis 1960 Weltmeister gewesen, allerdings als alleiniger Titelträger, weil es noch keine konkurrierenden Weltverbände gab.

Bereits zweimal hatte Coetzee um den WBA-Titel gebokst, aber in seiner südafrikanischen Heimat zunächst gegen John Tate und dann gegen Mike Weaver verloren. „Bei den ersten beiden Malen wußte ich nicht, was der Weltmeistertitel für eine Bedeutung hatte“, sagte der Südafrikaner nach seinem Sieg, der ihm 250 000 Dollar und die Chance einbrachte, gegen den Weltmeister des World Boxing Council (WBC), Larry Holmes (USA), anzutreten. Bisher hat es Larry Holmes aus politischen Gründen abgelehnt, gegen den Süd-

afrikaner zu kämpfen. Doch auch dieses Problem könnte gelöst werden. Coetzee's Frau wird in den USA demnächst ihr drittes Kind zur Welt bringen. Das gibt dem neuen Weltmeister automatisch das Recht, die amerikanische Staatsbürgerschaft zu erwerben.

Coetzee, der sich Anfang des Jahres zum siebten Mal die linke Schlaghand brach, bestritt mit 19 Jahren in Johannesburg seinen ersten Profikampf. 1975 besiegte er in Johannesburg mit dem Berliner Hartmut Sasse auch einen deutschen Boxer.

Wegen meiner Nationalität war es mir nicht vergönnt, einmal um eine olympische Goldmedaille kämpfen zu können“, sagt Coetzee. Nun ist er Profi-Weltmeister.

MARATHON / Rekord - 300 000 Zuschauer in Berlin

Ein Sieg der Taktik für den Belgier Karel Lismont

Ein Steuerbeamter setzte sich durch. Der 34 Jahre alte Favorit Karel Lismont aus Belgien, Europameister 1971, Silbermedallengewinner der Olympischen Spiele in München 1972, Bronzemedallengewinner in Montreal 1976 und Neunter der ersten Weltmeisterschaften in Helsinki 1983, gewann in 2:13,37 Stunden das Berlin-Marathon. Er blieb damit auch unter der Streckenrekordzeit des Kolumbianers Tibaduiza (2:14,46) aus dem Vorjahr.

Bei Sonnenschein und Temperaturen um 20 Grad Celsius war es ein Sieg der besseren Taktik. Hinter dem sehr schnell angehenden Schweizer Werner Meyer hielt sich Lismont in der ersten Verfolgergruppe stets in Lauerposition. Diese Gruppe umfaßte zunächst zwölf Läufer, darunter auch der überraschend starke Franz Hornberger aus Bielheim.

Als diese Gruppe ab Kilometer 30 mehr und mehr auseinanderfiel, übernahmen Lismont und der Eng-

länder Ashworth die Initiative. Bei Kilometer 36,5 in Dahlem war es dann soweit: Angefeuert von den Zuschauern - insgesamt rund 300 000 - passierten Ashworth und Lismont den von Beinkrämpfen geplagten Meyer und zogen davon. 3000 Meter vor dem Ziel schüttelte Lismont auch Ashworth ab und bog als Erster auf den Kurfürstendamm ein. Am Ziel lag er fast eine halbe Minute vor dem Engländer. Der lange Zeit führende Meyer rettete sich noch als Dritter ins Ziel, 21 Sekunden vor dem besten deutschen Läufer, Franz Hornberger aus Bielheim.

Beste Frau war die Engländerin Karen Goldhawk in 2:40,20 Stunden. Die deutsche Favoritin Susi Riermeier aus Fürth hatte nach 22 Kilometern erschöpft aufgegeben.

Insgesamt waren über 6200 Läufer am Start am Reichstag auf die 42,195 Kilometer lange Strecke gegangen. Das ist ein neuer Teilnehmerrekord bei Marathonläufen in Deutschland.



Den Ford Sierra können Sie jetzt so gründlich testen wie Sie wollen.

Nichts überzeugt mehr als die eigene Erfahrung. Starten Sie deshalb zur Testfahrt im Ford Sierra. Der Schlüssel steckt.

Bei Ihrem Ford-Händler.



SPORT-NACHRICHTEN

Kessler gewann Kunstfahren

Moers (dpa) - Mit einem Sieg von Jürgen Kessler (AC Weinheim) im Einer-Kunstfahren endeten die Deutschen Hallen-Radsportmeisterschaften in Moers. Die Radball-Weltmeister Thomas und Andreas Steinmeier aus Lerne bei Lemgo wurden zum zweiten Mal deutsche Meister.

Comeback Akli-Buas?

Kampala (sid) - John Akli-Bua (Uganda), 1972 in München Olympia-Sieger über 400 m Hürden, will nach dreijähriger Wettkampfpause ein Comeback versuchen.

Lillak: Weiter Wurf

Saloniki (sid) - Finnlands Weltmeisterin Tina Lillak warf den Speer in Saloniki 73,80 m weit. Das sind nur 96 cm unter ihrer Weltrekord-Leistung.

Echtermann gewann

Stuttgart (dpa) - Der Wiesbadener Jörg Echtermann gewann das letzte Rennen um das „Grüne Band“ der Radamateure eines Einzelzeitfahrens auf der Stuttgarter Solitude. Damit wurde er auch Erster der Gesamtwertung.

Braun siegte in Stuttgart

Stuttgart (sid) - Der Neustädter Radprofi Gregor Braun gewann bei der Stuttgarter Nacht mit seinem niederländischen Partner René Pijnen ein Zweier-Mannschaftsrennen über 75 Kilometer.

Tour d'Europe: Bohne vorn

Bad Pyrmont (dpa) - Mit einem Start-Ziel-Sieg des Mercedes-Fahrers Holger Bohne (Löhne) und seines Co-Piloten Reinhold Fricker (Ulm) endete in Bad Pyrmont die 26. Internationale ADAC-Rallye Tour d'Europe.

Langer führt

Moor Park (sid) - Der Augsburger Bernhard Langer führt nach drei Durchgängen beim internationalen Golf-Turnier in Moor Park (England) mit 201 Schlägen vor Johnstone (Zimbabwe) und Canizares (Spanien), die zwei Schläge mehr benötigen.

Milser: Drei Rekorde

Roding (sid) - Drei deutsche Rekorde erreichte der Duisburger Rolf Mil-

ser. Beim Kampf um den dritten Platz der deutschen Gewichtheber-Meisterschaft zwischen dem TB Roding und VfL Duisburg-Süd steigerte er im Reißen den Rekord auf 170,5 kg, im Stoßen auf 213 kg und seinen Zweikampf-Rekord auf 382,5 kg. Karl-Heinz Radschinsky (Berlin) schaffte im Reißen des Leicht-Schwergewichts mit 156,0 kg ebenfalls Rekord.

Geher-Weltcup an China

Bergen/Norwegen (dpa) - Die Chinesinnen, die erstmals am Start waren, gewannen in Bergen den Weltcup im Gehen der Frauen mit 133 Punkten vor Titelverteidiger UdSSR (130) und Australien (130). Den Weltcup der Männer gewann Josef Pribilinec (CSSR).

Maradona verletzt

Barcelona (sid) - Beim spanischen Fußball-Meisterschaftsspiel des FC Barcelona gegen Athletic Bilbao (4:0) erlitt Diego Maradona durch ein Fouls von Goicoechea einen Bruch und einen Bänderriß im linken Knie. Goicoechea hatte im letzten Jahr auch Bernd Schuster so schwer verletzt, daß er nicht an der WM teilnehmen konnte.

Trump trat zurück

Düsseldorf (sid) - Peter Trump (32), 213maliger Hockey-Nationalspieler von der TG Frankenthal, gab seinen Rücktritt aus der Nationalmannschaft bekannt.

Reutlingen trat nicht an

Altena (sid) - Entweder hatten sie sich im Terminplan geirrt oder tatsächlich verschlafen - jedenfalls trat Tischtennis-Europacupsieger Reutlingen am Freitag in Altena nicht an. Nun soll das ausgefallene Spiel mit 9:0 für Altena gewertet werden.

Sieben Wunderlich-Tore

Barcelona (sid) - Im Abschiedsspiel für Erhard Wunderlich gab es zwischen den deutschen Handballmeister VfL Gummersbach und dem FC Barcelona ein 19:19 (10:12) Unentschieden. Wunderlich, inzwischen bei Barcelona unter Vertrag, erzielte gegen Gummersbach sieben Tore.

Tennis: Neuss Meister

Amberg (sid) - Deutscher Mannschaftsmeister im Tennis wurde Blau-Weiß Neuss. Die Neusser bezwangen im Finale Rot-Weiß Berlin.

Pankraz, F. Nietzsche und die Lutherfeiern

Bevor die gesamtdeutschen Lutherfeiern ihren Höhepunkt erreichen, bevor also die große Lutherparade in der Lutherstadt Eisleben stattfindet, möchte Pankraz schnell noch eine Prise Salz hineinschmeißen, indem er an das vernichtende Urteil erinnert, das Friedrich Nietzsche dem Reformator zuteil werden ließ. Nietzsche, ein Mann von eminenter Geschmackssicherheit, nannte die Lutherische Bibelübersetzung zwar „das beste deutsche Buch“, aber ihr Autor war ihm ein „gräßlich hochmütiger, gallig-neidischer Schimpfgeist, dem gar nicht wohl wurde, wenn er nicht vor Wut auf jemanden speien konnte“.

In seiner letzten Zeit entwickelte der Philosoph geradezu einen Uhaß auf den Kirchenmann. Luther war es, der die Renaissance kaltschmiedete. Bis dahin war alles bestens gelaufen in Rom. Das Christentum verströmte in Prunk und äußerer Prachtentfaltung, die Prägen wurden zu geistreichen Zykeln, kein Mensch von Rang glaubte mehr an eine Welt jenseits der „einzigen Wirklichkeit“. Nun endlich konnte mit dem Hammer philosophiert werden, aber ausgerechnet das fiel es einem kimmerischen Mönch im grauen Norden ein, lautstark auf seinem bierlichen Kinderlauben zu beharren, seine bodenlose Innerlichkeit hervorzuheben und in ihrem Namen all jene christlichen Gegenwärtigen zu restituieren, die man schon stiegeln überwinden glaubte. Welcher Teufel ritt diesen Mann zur Unzeit?

Für den späten Nietzsche gehörte Luther in eine Reihe mit Savonarola, Rousseau, Robespierre, den „Ungeheuern aus Ehrpusselheit“, die der Welt der Farben und der Sinne ein graues Jammertal des Söllens und der Idealität entgegenstellten und eben dadurch auch die wirkliche Welt in ein solches Jammertal verwandelten. Außerdem war er „typisch deutsch“, ein Rißpel, den die gute Etikette der Kirche verdrößte, eine Ehrfurchtskette des hieratischen Geschmacks, welche nur die Geweihten und Schweigenden in das Allerheiligste einließ und es gegen die Rißpel zuschloß. Diese sollten ein für allemal nicht das Wort haben – aber Luther, der Bauer, wollte es schlechterdings anders, so war es ihm nicht „deutsch“ genug: er wollte vor allem direkt reden, selber reden, „ungetrübte mit seinem Götze reden... nun, er hat's getan“.

Vielen Lutheranern mag Nietzsches Kritik nicht nur antiprotestantisch, sondern überhaupt antichristlich vorkommen, und sie mögen sich damit über sie hinwegsetzen. Tatsächlich hat Nietzsche ja die furchtbarsten Anlagen gegen das Christentum im ganzen gerichtet, diese Religion der „Tschandala-Apostel“ und des „Krankenglaubens“, in der alle natürlichen Werte verborgen wurden, damit sich die im Leben zu kurz gekommenen unter ihrem Dach sammeln könnten. Pankraz ist weit davon entfernt, ein Nietzscheaner zu sein. Er mißt nur das Pathos der „einen Welt“ und des „Willens zur Macht“, er findet darin nicht jene von Nietzsche beschworene „Klarheit des südlichen Herbstes“, sondern nur ein finst-

Pankraz

Wien: „Cats“ deutsch

Ein Hoffest für Tom und Jerry

Seine „Feuertaufe“ als Theaterdirektor hat der bekannte Film-, Fernseh- und Bühnenschauspieler Peter Weck in Wien glänzend bestanden. Ein Haufen streuender, mißleitender Katzen hat ihm Glück gebracht und dem verwöhnten Theaterpublikum eine Sensation beschert. Mit der deutschsprachigen Erstaufführung des englischen Musicals „Cats“ hatte sich Peter Weck auf eine „Himmelfahrt unternommen“ eingelassen, das ihn leicht Kopf und Kragen hätte kosten können. Doch die von ihm in ganz Europa „zusammengefangenen“ Katzen und Kater mieteten auf dem Abfallhaufen des vollmondbeschenen Hinterhofes auf der ehrwürdigen Bühne des „Theaters an der Wien“ auf deutsch ebenso perfekt wie ihre englisch-miäuenden Artgenossen während ihrer triumphalen Aufführungsserien am Broadway und in London.

Diese deutschsprachige Version von „Cats“ könnte europäische Theatergeschichte machen. Jedenfalls riß sie die Besucher der Wiener Galapremiere regelrecht von den Stühlen, und der von manchen Experten vorausgesagte „Katzenjammer“ für den frisch gebackenen Theaterdirektor Peter Weck verwandelte sich in einen Triumph. Einen „Kater“ holte sich das „Cats“-Ensemble erst bei der feucht-fröhlichen Premierfeier, während der bereits deutsche und Schweizer Bühnen sich um die Rechte für eine deutschsprachige „Cats“-Version bewarben.

KURT POLLACK



Erfolgreicher Einsatz als Theaterdirektor: Peter Weck. FOTO: KÖRBER

Dabei hatte Peter Weck sich von Anfang an weise zurückgehalten. Er verpflichtete einfach das Regieteam der englischsprachigen Erfolgsaufführung. Und dieses Team zauberte zu der originellen rockenden und swingenden „Katzenmusik“ des Komponisten Andrew Lloyd Webber, der schon „Jesus Christ Superstar“ und „Evita“ komponierte, eine Orgie aus himelstürzender Choreographie, unvergesslichen Lichteffekten und putzigen Katzenkostümen auf die Bühne. Zahlreiche Grotesk-Szenen in Tom- und Jerry-Trickfilm-Manier – nur Micky Mouse hätte sich angesichts der Katzenübermacht, auf die Bühne zu kommen – sorgen für Lachstürme und beinahe ununterbrochenen Szenenapplaus.

Eine geharnischte Beschwerde ist allerdings vom Wiener Tierschutzverein zu erwarten, weil die Gefahr besteht, daß die an sich überaus katzenfreundlichen Wiener in nächster Zeit ihre vierbeinigen Hausgenossen zugunsten der fröhlich-lärmenden „Cats“-Konkurrenz sträflich vernachlässigen werden.

Leerlauf im Größenwahn – Zadeks Revuefilm „Die wilden Fünfziger“ nach Simmel ist angelaufen

Mißgeburt auf dem sinkenden Schiff

Simmel-Romane waren doch sonst. Scharf herausgestellt, immerhin gutes Kino. Die Filme waren dann gewiß nicht jedesmal nach dem anspruchsvollen Geschmack. Aber satt machten sie doch. Simmel schreibt seine Erfolgsromane schon von vornherein nach Drehbuchmanier. Dies sollte, mußte man denken, nicht so schrecklich schiefgehen können, wie es jetzt ging.

Eigentlich hatte Rainer Werner Fassbinder Regie führen sollen. Der gab das Projekt, aus dem Roman „Hurra, wir leben noch“ ein herberztes Kinostück zu machen, zurück. Daraufhin wählte man für das 7-Millionen-Mark-Unternehmen Peter Zadek als Realisator. Der hat es nun, wie man am letzten Wochenende überall mit Schauder und Schrecken gewahrwerden konnte, total auf Sand gesetzt. Fast wirkt es wie Hohn, daß dies verkorkte Kinostück nun auch im Vorspann nach Fassbinder gewidmet wird. Eine Vernichtung mit gebrochenem Rückgrat.

Der Autor Simmel zog seinen Namen zurück. Den Titel des Romans darf der unselige Streifen nun nicht mehr tragen. Es muß nach Simmels Einspruch jetzt heißen: „Die wilden Fünfziger“ sehr frei nach Motiven eines Romans von Johannes Mario Simmel. Der eigentliche Drehbuchautor, Robert Müller, ging, als er Zadeks Mißgeburt inne wurde, ebenfalls in die verschämte Defensive. Im Vorspann heißt Müller nun Wolfgang Bornheim. Die Buchwörter verließen das sinkende Schiff. Jetzt ist nur noch Zadek für den Totalschaden verantwortlich.

Der kritische Betrachter, jetzt diese Kino-Mißgeburt vor Augen, kann's nicht glauben. Zadek ist doch so ungeübt, so erfahrunglos, kan doch inszenatorisch so veranlagt nicht sein. Er hat für die Bühne immer (wenn er nicht gerade einen Shakespeare verhackstückte) Bewunderndes geleistet, zuletzt in München noch eine wahrhafte Meisterinszenierung von Ibsens „Baumeister Solness“. Er hat mit Müller und Wolff Menge vor Jahren einen heftig-verrückten Kinofilm aus dem lustigen Boden ge-



„Hurra, wie leben nicht mehr! Boy Gobert als Udo von Herresheim in Zadeks Film „Die wilden Fünfziger“ FOTO: DIE WELT

stampft. „Ich bin ein Elefant, Madame“. Sein Hamsun-Film „Eiszeit“ hatte doch auch Qualitäten, genaue Schlagordnung, war doch immer ehrenhaft.

Und nun diese cineastische Mißgeburt – das eine Ungeschick! Simmels Vorlage wird immer nur verhackstückt. Die Geschichte von einem nutzlosen Aufsteiger und fidelem Nutznießer der sogenannten Wirtschaftswunderjahre läuft dem unbeholfenen Regisseur ständig aus dem Ruder. Man wohnt zwei der trübseligsten und unfreiwillig traurigsten Stunden bei, die man seit Jahren in Ansicht eines bundesdeutschen Films verbracht. Kein Humor. Nur hilfloses Gestampel. Keine Satire. Nur immer trübselige Vergackerei. Der Plumpsack geht um. Man faßt sich an den Kopf.

Alles flattert zusammenhanglos umher. Die Handlung, ehe sie sich noch formieren kann, läuft dem Inszenator immer nur weg. Die Späße, nach denen er ständig so verkrampt

trachtet, zünden nicht oder nur ganz selten. Er fällt immer wieder in dramaturgische Lächer. Nichts paßt zum anderen. Ein Totalverlust ist wahrlich zu beklagen.

Dabei hat Zadek gleich ganze Kohorten von großen (oder doch mächtig populären) Namen aufgetrieben. Ziemlich alles, das (wenn nicht gut) sicher doch aber teuer ist, ist aufgetrieben: der arme Boy Gobert. Der hier unselige Millowitsch. Der arme Paul Esser in einer Brüllpartie als Am. Ilja Richter, Alisa Richter, Brigitte Mira, Charles Regnier, Burghard Driest, die Milva singt, Guido Baumann, der Ratzfuchs, und natürlich Ulrich Wildgrube, Freddy Quinn, Margit Carstensen. Sogar der tschechische Wunderschauspieler Juray Kultura, der für die Hauptrolle gewonnen wurde, kann sich hier nur immer schämen. Der Film läuft leer. Er ist gar nicht da.

Was Zadek im Sinne hatte, kann man immer nur ahnen. Der Inszenator wohl eine Art perfider Großgroteske auf die im Grunde armseligen Wirt-

schaftswunderjahre veranstalten. Er wollte bissig sein und eine satirische Vernichtung in Szene setzen. Er wollte sich, an Hand eines Zeitthemas, dem Stil der superverrückten amerikanischen Groteskfilme annähern und eine satirische Vernichtungsschlacht anrichten.

Alles verkorkt! Alles im Eimer! Keine einzige Szene ist getroffen, nicht eine hat Biß, Komik oder Schärfe, wenn man von einer Reihe dilettantischer Gags schon einmal absehen will. Der Film mutet an wie ein ständiger Leerlauf in Größenwahn. Der Zuschauer ist am Ende, weil ständig geschmacklich beleidigt und deutlich verachtet, verärgert und von so viel künstlerischer Impotenz böse ernervt. Mein Gott, was hätte sich aus diesem Thema machen lassen! Zadek hat's verbumfiedelt und in Zadek-Größenwahn immer nur veralbert und verhöhnt. „Die wilden Fünfziger“ hat er trübselig auf Sand gesetzt. Schnell weg mit Schaden!

FRIEDRICH LUFT

Die Wiener Philharmoniker gegen den Strich gebürstet – Ausklang des 31. Beethovenfestes in Bonn

Daniel Barenboim kam zum Nachmittag des Fauns

Natürlich stand das Programm längst, als ein noch immer nicht gefasster Pyromane sechs Wochen vorher Feuer in der Bonner Beethovenhalle legte und jedenfalls für dieses 31. Beethovenfest das Attribut „zündend“ für des Meisters Musik einbringen in Mißkredit brachte. So konnte denn auch niemand in Versuchung kommen, mit der Ouvertüre „Die Weihe des Hauses“ etwa das rettende Zeitprovisorium vor der Beethovenhalle zu eröffnen, oder die der offenbar immer weiter hinausrückenden Wiederherstellung der Halle vorzubehalten. Es wird ja mindestens Weihnachtszeit mit der Sechsmillionen-Mark-Reparatur, und auch das nur dank Prinz Karneval, der dann vor der Tür steht und die Arbeiter in Doppelschichten malochen läßt.

Die Ouvertüre blieb also dort, wo man sie mit gutem Grund plazieren kann, nämlich am Anfang der „Großen musikalischen Akademie“, die Beethoven am 7. Mai 1824 im k. k. Hoftheater in Wien gegeben hatte. Deren Rekonstruktion hatten das Bonner Orchester und sein neuer GMD Gustav Kuhn an den Schluß der Musikfeier für Bonn's großen Sohn gesetzt, freilich auch da noch von den Geschehnissen Mähten eingeholt. Gleich zwei Vokalisten mußten kurzfristig ersetzt werden. Schlüssigkeit und Konzeption war dem Programm ja nicht abzusprechen, dem das Genie selbst die Linien eingezeichnet hatte. Von dem großen, würdigen, ja Händelschen Schreien der Ouvertüre hin zu den drei Stücken aus der „Missa solem-

nis“, von ihrem freien, symphonischen Atem zur Krönung mit der „Neunten“. Nicht zu übersehen ist freilich auch Kuhns Hang zu Mammut-Programmen: Die Messe soll es machen.

Muß es offenbar auch noch. Was nach einjährigem Interregnum an der Orchesterspitze kaum überraschen konnte und auch sein Konzert mit den beiden ersten Beethoven-Sinfonien (und G-Dur-Klavierkonzert und Medek-Uraufführung) erfahren ließ, das signalisierte auch die 4-Moll-Sinfonie: Kuhn und sein Orchester müssen sich noch strecken im Konzert der Großen. Im Kopfsatz und im Adagio gab es Spannungseinbrüche, und was dem Scherzo an Tempo fehlte, konnte auch das Freud-Finale nicht mehr einholen. Kuhn liebt offenbar nicht nur große Programme, sondern auch schon mal zu statische Tempel, etwa in der Friedensbitte „Doni nobis pacem“ am Ende der „Missa“. Beteiligt waren neben dem respektablen Solistenquartett (Faye Robinson, Marjana Lipovsek, Kenneth Riegel, John Bröcheler) noch Philharmonischer Chor und Theaterchor, nicht ohne Bernsteins blaues Friedensband.

Nun wäre es gewiß auch unbillig, von Kuhn schon jetzt das zu erwarten, wofür man ihn nach Bonn holt, zumal die Welchen in der gelobt und souverän musizierten D-Dur-Sinfonie nicht schlecht gestellt schienen für das Zusammengehen von Dirigent und Orchester. Auch die Uraufführung war geschickt besorgt worden: In seinen „Eisenblättern“ für Orchester mit Orgel betreibt der von

Ost nach West gewanderte Tilo Medek ganz unbehelligt von irgendwelchen Ismen und assoziationsreich seine ganz persönliche „musikalische Geschichtsaufbereitung“. Was so im Wort „Eisen“ alles mitschwingt, mal mehr, mal weniger bedeutungsschwanger, Medek breitet das in sieben, ein interessantes Klangspektrum mobilisierenden Sätzen aus, nirgends langweilig.

Die Bonner Jubelfeier hat Beethoven auf den Prüfstand gestellt. Seine Aktualität sollte sich erweisen im fremden Kontext. Nun kann man sich darüber streiten, ob in einem Beethovenfest, das per definitionem Beethovens Musik gilt, solche ja auch nicht neue Prozedur sinnvoll ist, wo so etwas ja von jedem schlichten Sinfonieorchester mit einem Beethoven-Werk auch besorgt wird. Nur die Bonner lassen sich damit immer drei Jahre Zeit. Natürlich gibt es Gründe für solch Kontrastprogramm. Auseinandersetzung kann stattfinden und ausgetragen werden und öffnet das Museum, hinter dessen imaginären Mauern Beethovens Musik mangels Reibung verkümmern könnte. Andererseits gerät die exemplarische Beethoven-Interpretation, auf die man ja auch rechnet, zu schnell als Nebengleis.

Nicht, daß dieser September-Zyklus nicht alle Voraussetzungen getroffen hätte. Nachdem beim Beethovenfesten Kammermusikfest im Frühjahr das Publikum das Verweigerungsritual der leeren Stühle praktiziert hatte, hielt hier ein illustres Orchesterdefilee das Kassenrisiko

klein. Lorin Maazel zeigte mit einer heftig aufs Finale zusteuernden „Eroica“, wie man die Wiener Philharmoniker gegen den Strich bürsten kann, bot aber mit Gerhard Helzel und Bartoks zweitem Violinkonzert die vielleicht größere Attraktion auf. Bernhard Haitink dirigierte sein Concertgebouw-Orchester mit dem ihm so eindrucksvoll zugewachsenen Sinn für Brucknersche Einfachheit (Sinfonie Nr. 9) und mit aggressivem Klangsinns bei Schostakowitschs Achter. Mit Alfred Brendel hatte er für zwei Konzerte (C-Dur, e-Moll) den interessantesten, „denkerischsten“ Beethovenpianisten seiner Generation dabei. Daniel Barenboim schließlich imponierte weniger bei Beethovens etwas trocken geratener B-Dur-Sinfonie, brillierte dafür mit Debussys „Prélude à l'après-midi d'un faune“ und Skrjabin's „Poème de l'extase“ – da ist sein Orchestre de Paris zu Hause.

Barenboim hatte schon zuvor in einem Sonderkonzert mit Riccardo Chailly und dem RSO Berlin das E-Dur-Klavierkonzert gespielt, Radu Lupu noch, ersterbend in lyrischer Schönheit, das in G-Dur. Beethoven komplett gab es nur bei den Cello-Sonaten mit Lynn Harrell und Michel Béroff, Klaviermusik noch von Jorge Bolet und Grigorij Sokolow, die freilich auch abseits von Beethoven glänzten. Soweit man das im Zeitüberhaupt konnte. Aber wo wenig zu hören war, durfte man wenigstens staunen: Die Amsterdamer und die Pariser wollen es sich auch ausleihen. Sogar freiwillig.

DIETER SCHÜREN

Hexenmeister mit grellen Tönen – Pogorelics Frankfurter Benefizkonzert

„Ich mußte mich selbst überwältigen“

Die b-Moll-Akkorde, mit denen der Pianist Ivo Pogorelic in Tschalkowskys Klavierkonzert einsteigt, klingen so riesenhaft, als wolle ein Junger gar einem Horowitz zeigen, was ein Sound ist. Pogorelic spielt nicht einfach laut, sondern mit einer schmerzhaften Kraft, die so bedrückend wie beeindruckend ist. Das also kann er auch, der Sensibillismus und Exzentriker unter den jungen Pianisten von Welttrag.

Pogorelic demonstrierte es in der Frankfurter Alten Oper bei einem Benefizkonzert zugunsten der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft unter der Schirmherrschaft von Veronica Carstens, und das sogar ohne Gage. Auf die verzichtete, was auch zu solchem Anlaß längst nicht mehr die Regel ist, auch das Juilliard Symphony Orchestra aus New York unter seinem Dirigenten Jorge Mester, die zur Zeit eine Europa-Tournee absolvieren – eine jener fabelhaften amerikanischen Hochscholorchester, die

es an instrumentalem Können, an Glanz des Tons mit so manchem Profi-Ensemble von Rang aufnehmen können, wie sie im ersten Teil des Konzerts, Tschalkowskys 5. Symphonie, zeigten. Was ihnen freilich fehlt, der verschworene musikalische Geist, die Homogenität der Empfindung. Der inspirierende Dialog mit dem Solisten, die gegenseitige Überwältigung mit Gefühl blieben denn im Klavierkonzert leider aus. Pogorelic: „Ich mußte mich selbst überwältigen.“

Auf die titanische Gebärde der Intrada freilich hatte man sich nun wenigstens bei Pogorelic gespitzt. Das können andere auch. Was die Neugier auf dieses Debüt weckte – und Pogorelic tritt ja selten genug mit Orchester auf, den Tschalkowskij hatte er nie zuvor in Deutschland gespielt – war doch vielmehr die Frage, was er mit den gleichsam meditierenden Solopassagen dieses Konzerts

anfangen würde. Er liest sie auf ganz neue Art. Er gestattet sich eine Variabilität des Tempos, die man als Rubato kaum mehr bezeichnen kann.

Den geradezu hexenmeisterlichen Geschwindpassagen, die ihn wahrhaft als späten Sproß der Liszt-Silotti-Schule ausweisen, stehen Momente der tiefsten und besinnlichen Versenkung gegenüber. Was sonst so nichtsagend dahinplätschert, erhält Bedeutung – und zuweilen zuviel davon. Pogorelic findet Grotesken, die sich zuspitzen lassen wie ein Prokofjew oder Schostakowitsch, er webt Klanggespinste, die auf Debussy und Ravel verweisen. Pogorelic phantasiert das abgeschmackte Werk auf faszinierend andere Art in jedem Takt. Und leistete sich dabei auch ein paar so grell falsche Töne, als wolle er sogar damit beweisen, daß er fürwahr die Wiedergeburt des romantischen Virtuosen darstellt.

REINHARD BEUTH



Rückkehr des romantischen Virtuosen: Ivo Pogorelic. FOTO: M. CROWTHERS

JOURNAL

Autorenpreis des Deutschen Literaturfonds

dpa, Darmstadt
Der Deutsche Literaturfonds in Darmstadt hat erstmals den mit 10 000 Mark dotierten Autorenpreis des „Kranichs mit dem Stein“ vergeben. Unter den 21 Schriftstellern, die sich in drei öffentlichen Lesungen um den Preis beworben hatten, ist der in München lebende 29-jährige Autor Rainald Goetz von einer Fachjury als Gewinner ermittelt worden. Mit dem Geldpreis erhielt Goetz eine Bronzeplastik, den Kranich mit dem Stein.

Die Teilnehmer des erstmals veranstalteten Autorenwettbewerbs „Kranichsteiner Literaturtage“ auf dem Schloß Kranichstein in Darmstadt sind in den Jahren 1981 oder 1982 vom Literaturfonds mit einem Stipendium finanziell gefördert worden. Zwei der 23 eingeladenen Teilnehmer, die von einem Vorleser unter insgesamt 45 ehemaligen Stipendiaten ausgewählt worden waren, hatten kurzfristig abgesagt. Der 1980 in Bonn gegründete, aus Bundesmitteln finanzierte Deutsche Literaturfonds vergibt jährlich maximal 25 auf ein Jahr befristete Stipendien in Höhe bis zu 2500 Mark im Monat. Damit sollen qualifizierte deutschsprachige Autoren gefördert werden, die noch nicht arriert sind.

Hagelstange wird Vorsitzender des BDA

DW, Hamburg
Der Schriftsteller Rudolf Hagelstange ist zum Vorsitzenden des Bundesverbandes Deutscher Autoren gewählt worden. Der im Odenwald lebende 71 Jahre alte Autor ist erkrankt und konnte daher nicht an der Bundestagung in Hamburg teilnehmen, aber in einem Brief an den Vorstand seine Bereitschaft erklärt, den Vorsitz zu übernehmen. Er war einziger Kandidat. Der bisherige Vorsitzende Oswald von Notzitz (München) kandidierte nicht wieder.

Der Bundesverband Deutscher Autoren wurde 1977 gegründet und zählt nach eigenen Angaben 2000 Mitglieder. Er möchte sich neben dem VS in der IG Druck und Papier und dem Verband Freier Deutscher Autoren (FDA) als dritter überregionaler deutscher Schriftstellerverband etablieren und, nach den Worten seines Vizevorsitzenden Siegfried Heinrichs, eine mittlere Position zwischen VS und FDA einnehmen.

Karajan dirigierte Beethovens 9. Sinfonie

gl. Berlin
Vor den Kameras seiner monogamischen „Tele-Mondial“-Fernsehräume und vor dem hingerissenen Publikum der Berliner Philharmonie dirigierte Herbert von Karajan seine Philharmoniker in einer exemplarischen Festwochen-Aufführung von Beethovens 9. Sinfonie. Geladen dazu war der Wiener Singverein und ein hochkarätiges Solistenquartett, aus dem ausstehende der Sopran von Janet Perry hervorleuchtete, der einer jüngeren Sängerin, die mit dieser Aufführung ihre große Karriere erst richtig begonnen hat. Auch ihr Kollege Vinson Cole sang den heiligen Tenorpart mit Leichtigkeit und Autorität. Agnes Baltes und José van Dam standen in den tieferen Lagen ihren jungen Partnern hinreißend bei. Der Wiener Singverein, eigens eingeflogen nach Berlin für die große musikalische Viertelstunde, zeichnete sich nach Gebühr aus. Was die Aufführung jedoch unvergleichlich und unvergleichlich machte, war das Spiel der Philharmoniker unter ihrem Chef. Kein anderer Dirigent an der Spitze dieses Elite-Orchesters kommt einstweilen Karajan, dem Unersetzlichen, gleich.

Die Filmpreise von San Sebastian

AP, San Sebastian
Der französische Film „Coup de Foudre“ ist bei den 31. Internationalen Filmfestspielen von San Sebastian mit dem ersten Preis ausgezeichnet worden. 27 der 58 Preisträger hatten sich für das Werk der Regisseurin Diane Kurys ausgesprochen. Der zweite Preis entfiel mit zehn Stimmen auf den Film „Die Eroberung Albaniens“ des spanischen Regisseurs Alfonso Ungría, dicht gefolgt von dem Film „Truñas“ des ebenfalls spanischen Regisseurs Miguel Hermoso. Dieser Beitrag erhielt neun Stimmen. Auf den vierten Platz wurde der deutsche Beitrag „Die flambierte Frau“ von Robert van Ackeren mit fünf Stimmen gewählt. Im Wettbewerb waren 18 Filme aus zehn Ländern.

Prix de l'Essai für Lars Gustafsson

dpa, Lausanne
Der europäische „Prix de l'Essai“ der Charles-Veillon-Stiftung ist in Lausanne dem schwedischen Schriftsteller Lars Gustafsson für sein essayistisches Werk zuerkannt worden. Gustafsson soll den mit 15 000 Schweizer Franken dotierten Preis am 9. Dezember in Zürich entgegennehmen. Der Preis wird in diesem Jahr zum achten Mal verliehen. Die Stiftung wurde von dem Lausanner Großkaufmann und Mäzen Charles Veillon ins Leben gerufen.

Chopper - ein Geist weht durch das Gericht von Regensburg

PETER SCHMALZ, München
Die Öffentlichkeit bleibt strikt ausgeschlossen - und so lauschen auf den Zuhörerbänken des Regensburger Gerichtssaals nur unsichtbare Geister, wenn der Staatsanwalt heute vormittag unter dem Aktenzeichen „21 Js 11392/83 jug.“ 20 Seiten einer Anklageschrift verliest, durch die erstmals seit Ende der Hexenprozesse in der deutschen Rechtsgeschichte wieder ein Geist auf der Anklagebank sitzt. Dieser ist allerdings insofern leibhaftig, als er sich mittels Geburtsurkunde und Personaldokumenten zweifelsfrei als Claudia Judemann, 1966 geboren, Zahnärztin, aus Regensburg ausweisen kann. Als „Chopper“ war der Geist in die Schlagzeilen gepöbelt und hatte in den Faschingswochen 1982 Post- und Polizeibehörden wochenlang genarrt und ein Millionenpublikum amüsiert. Noch bevor der außerirdische Weltmann-Wichtel E.T. volle Kinoleinwände und die Kassen füllte, jagte Chopper aus dem kleinen Städtchen Neutraubling bei Regensburg überirdische Schauer durch die Massenmedien. Des Geistes Stimme klangte

aus Radio und Fernseher, textgetreu wurden die Worte nachgedruckt, für Exklusivrechte wechselten Schecks die Besitzer. Und jeder hatte seinen Spaß: Die Geistergläubigen fühlten sich wohl in ihrem Grusel angesichts des Unfaßbaren, die Realisten schmunzelten über die vergeblichen Mühen der Techniker, den Geist dingfest zu machen. Nur die Geisterjäger mußten den Spott ertragen, nachdem alle ihre feinen Meßinstru-



Als erste auf der Anklagebank: Claudia Judemann

mente versagt hatten und 60 000 Mark als Unkosten „Geist“ abgebucht werden mußten. Und eigentlich könnte der ganze Spuk noch heute ein seriöses Thema für Parapsychologen sein, wäre Chopper der plötzliche Ruhm nicht zu sehr zu Kopf gestiegen, daß er selbst kein Ende mehr finden konnte und schließlich in seinem Übermut über tridische Stricke stolperte, die ein paar clevere Kriminalbeamte ausgelegt hatten.

Begonnen hatten die Geisterstunden in der Zahnarztpraxis, als sich Claudia von einem Nebenapparat mit verstörter Stimme in Gespräche einmischte: „Hört auf zu quatschen, ihr Idioten.“ So glaubt jedenfalls der Staatsanwalt Claudia dagegen sagt, sie habe während eines Telefonats mit einer Patientin plötzlich gehört: „Du Rindvieh.“ Sie habe gelacht und gefragt: „Ja, wer bist du denn?“ Daraufhin habe es aus der Mäuschele gekracht: „Ich bin der Chopper.“

Mag des Geistes Geburtstunde zwischen Aussagen im Nebel verborgen bleiben, so sind seine weiteren Taten auf vielen Tonbändern festge-

halten, darunter auf 17, die der Zahnarzt selbst aufgenommen hatte und die in den vergangenen Monaten von Kriminalern in 600 Arbeitsstunden analysiert wurden. Und die Worte, die da festgehalten sind, zeigen zumindest, daß er nicht von großem Geist war, der Chopper. Eine verschreckte Patientin mußte aus der Toilette die klirrenden Worte hören: „Nimm doch deinen Hintern weg.“

Aber auch Schmeichele drang aus Waschecken und Telefonhörm. „Claudia, ich liebe dich“, gurgelte die Stimme und zeigte Wohlgefallen, wenn der fische Lehnung den Wasserhahn streichelte. Als jedoch der Freiburger Geisterjäger Professor Hans Bender gleiches an diesem Wasserhahn versuchte, wurde er barsch zurechtgewiesen: „Hau ab, ich bin nicht schwul!“

Die Post wechselte die Telefonanlage samt Leitung aus, Fangschaltungen aller Art wurden gelegt, selbst die Kanäle unter dem Haus wurden durchsucht. Vergeblich.

Kriminalbeamte, die als Patienten getarnt in die Praxis kamen, konnten das Rätsel schließlich lösen: „Chop-

per“ wurde von Claudia und ihrem Lehrern, dem Zahnarzt, produziert. Auch der Münchner Phoniker, Professor Hans Tillmann, konnte aus einem Chopper-Band Claudias Stimme unzweifelhaft herausfiltern. Damit hätte der Spuk eigentlich sein Ende nehmen können, wären da nicht einige juristische Komplikationen. So fühlten sich einige Patienten beleidigt und erstatteten Strafanzeige. Zudem hatten Claudia, ihr Chef



Im Bild: Claudia Judemann, die als Patientin getarnt in die Praxis kam, konnten das Rätsel schließlich lösen: „Chop-

und dessen Frau bei der Polizeispektion Regensburg selbst Anzeige erstattet wegen telefonischer Belästigung. So sitzt Claudia nun wegen Verleumdung einer Straftat, wegen Beleidigung und wegen Bedrohung auf der Anklagebank. Drei Dutzend Zeugen sind zu dem streng abgeklärten Verfahren geladen. Sie werden eine völlig veränderte Claudia erleben: Aus dem einst lebenslustigen Mädchen ist eine stille, verschleierte junge Frau geworden. Die einst offenen kastanienbraunen Haare hat sie in kurze blonde Locken geändert. Zum Lachen ist ihr nicht mehr zumute.

Der Zahnarzt hat seine Praxis geschlossen und sich mit seiner Frau in ein Haus in der Oberpfalz zurückgezogen. Gegen das Ehepaar wird am 26. Oktober verhandelt. Danach kann der Chopper für das Geistertrio noch teuer werden, denn die Post will ihre Ausgaben über eine Zivilklage zurückfordern. Da könnte Claudia die 20 000 Mark gut brauchen, die sie für ihr Geister-Liedchen „Dreh dich nicht um, der Chopper geht rum“ kassiert hatte.

Haftstrafen im Prozeß um die Dioxin-Katastrophe von Seveso

Gericht sah Fahrlässigkeit als erwiesen an / Verteidigung legte sofort Berufung ein

dpa, Monza
Mehr als sieben Jahre nach dem Dioxin-Unglück in der norditalienischen Gemeinde Seveso und nach 20 Verhandlungstagen ist der Strafprozeß gegen die Verantwortlichen in erster Instanz mit der Verurteilung der fünf Angeklagten zu Haftstrafen bis zu fünf Jahren zu Ende gegangen. Das Landgericht der norditalienischen Stadt Monza verurteilte die beiden Deutschen Jörg Sembech und Herwig von Zuehl, die technischen Direktoren der miteinander verflochtenen Firmen Icmesa und Givaudan, wegen „vorsätzlich unterlassener Sicherheitsvorkehrungen“ und „fahrlässiger Auslösung einer Katastrophe“ zu je fünf Jahren Haft. Die Schweizer Guy Waldvogel, ehemaliger Icmesa-Präsident, und Fritz Moeri, Givaudan-Projektleiter, erhielten wegen derselben Vorwürfe vier Jahre Gefängnis. Für den italienischen technischen Icmesa-Direktor Giovanni Radice lautete das Strafmaß wegen „fahrlässiger Katastrophen-Auslösung“ zweieinhalb Jahre Haft. Wegen inzwischen eingetretener Amnestiebestimmungen erließ das Gericht den Angeklagten jeweils drei

Jahre der Haftstrafe. Alle Verurteilten bleiben jedoch auf freiem Fuß, da die Verteidigung sofort Berufung eingelegt hat. Die Unglücksfirma Icmesa, aus der nach einem Defekt die hochgiftige Dioxinwolke ausgetreten war, gehört durch die Muttergesellschaft Givaudan zum schweizerischen Pharma-Konzern Hoffmann-La Roche.

Das Gericht fällt dieses erste Urteil in Italien zu einer Umweltkatastrophe nach 29 Stunden interner Beratung. Es blieb mit den Urteilen unter den Strafanträgen der Staatsanwaltschaft, die bis zu sechseinhalb Jahren Haft verlangt hatte. Die Richter unter Vorsitz von Cesare de Nunzio übernahmen aber die Argumentation der Anklage, daß die Katastrophe vorhersehbar gewesen sei. Die Verteidigung hatte dagegen auf Freispruch plädiert, da nach ihrer Ansicht der Reaktor-Unfall nicht vorhergesehen werden konnte.

In einer ersten Stellungnahme erklärte ein Sprecher des La-Roche-Konzerns, man nehme das Urteil zur Kenntnis. Der Prozeß habe aber keine ausreichenden Beweise dafür gebracht, daß der Unfall von Seveso voraussehbar gewesen sei.

Der Präsident der Region Lombard, Giuseppe Guzzetti, kommentierte das Urteil - dessen Begründung durch das Gericht im einzelnen später veröffentlicht werden wird - mit dem Hinweis, daß die Verantwortung der ausländischen Gesellschaften für in Italien operierende Firmen festgeschrieben worden sei. Es gebe nunmehr keinen Zweifel mehr, daß jeder für die Umwelt-Risiken Verantwortung trage, die durch seine Produktion entstehen.

Bei der Urteilsverkündung waren die Angeklagten nicht anwesend. Das Gericht akzeptierte auch Forderungen von etwa 20 der 62 Nebenkläger. Die Schadensersatzhöhe in diesen Fällen muß im einzelnen noch festgelegt werden. Der La-Roche-Konzern hatte im Verlauf des Prozesses weit mehr als 100 Nebenkläger durch Geldzahlungen entschädigt. Insgesamt soll der Konzern wegen des Seveso-Unglücks bis zu 200 Milliarden Lire (330 Millionen Mark) unter anderem an die Stadt, die Region Lombard und an die Gemeinde Seveso für Entschädigungen gezahlt haben.

LEUTE HEUTE

Säure-Attentat

Der Fotograf und frühere Ehemann der englischen Prinzessin Margaret, Lord Snowdon, ist in der vergangenen Woche in seinem Wagen beim Halt vor einer Ampel in London mit einer ätzenden Flüssigkeit übergossen worden. Das bestätigte Scotland Yard erst am Wochenende. Danach spritzten vier Männer dem Lord durch ein geöffnetes Autofenster die Flüssigkeit ins Gesicht. Sie entkamen unerkannt. Lord Snowdon konnte vorübergehend nicht mehr sehen, wurde aber nicht ernsthaft verletzt, ließ es.

Schmerzfrei

Der französische Filmregisseur François Truffaut (49) unterzog sich, wie er jetzt bekannt wurde, im „Amerikanischen Krankenhaus“ von Paris einer dringenden Koptoperation.



Truffaut litt seit Monaten an ständigen, heftigen Kopfschmerzen. Röntgenaufnahmen ergaben, daß er eine Blutgeschwulst am Hirn hatte, die zu einem tödlichen Gehirnschlag hätte führen können. In einer zweistündigen Operation wurde er von Hämatomen und Kopfschmerzen befreit.

Gescheitert

Der Versuch eines Briten, die Streik zwischen dem Torbogen Marble Arch am Londoner Hyde Park und dem Arc de Triomphe in Paris in einer neuen Rekordzeit zurückzulegen, ist am Wochenende knapp gescheitert. Tim Ridgway (42) startete auf dem Motorrad-Rucksack eines Stuntmans von Marble Arch zu einer Wiese im Hyde Park. Dort sprang er in den Hubschrauber eines befreundeten Piloten und ließ sich in 14 Minuten zu einem wartenden Privat-Jet bringen, den ein Geschäftsmann nach knapp 29 Minuten in Le Bourget aufsetzte. Doch ein französischer Hubschrauber, der Schlusspunkt mit einem Motorrad vom Hubschrauberflugplatz zum Arc de Triomphe und die Endzeit von 40 Minuten und 44 Sekunden waren nicht schnell genug, um den seit 24 Jahren bestehenden Rekord des Luftwaffenoffiziers Charles Maugan zu übertreffen. Es fehlte eine Minute und 48 Sekunden.

Eine Stadt will sauber werden

Zürichs Kampf gegen das Geschäft mit dem Sex

HEINZ SEILER, Zürich
Zürich, von Kritikern als Schweizer Sündenpflanz bezeichnet, soll (noch) sauberer werden. Anfang des Jahres schlug dem sogenannten „Stützli-Sex“ (Peep-Shows) die letzte Stunde, jetzt mußten die sieben Pornokinos ihr Programm radikal umstellen oder schließen. Die Polizei machte sich nach den strengen Weisungen des Stadtrates prompt an die Arbeit, besuchte die Vorstellungen und beschlagnahmte bei Verstößen gegen die neuen Bestimmungen Projektoren, Filme und Tageseinnahmen.

Vermutlich wäre es den Behörden am liebsten, wenn jeder Bürger schon beim Frühstück ein potenzielles Schwächlings- und libidohemmendes Mittelchen einnehmen würde, denn nur so könnte letztlich die Sexualität ausgerottet werden, schrieb ein erbotener Leser der größten Zeitung der Stadt. „Denn erst dann wäre wohl das gesamte Sexgewerbe überflüssig, angefangen bei Magazinen und Filmen über Massagesalons bis hin zur Prostitution.“

Die 400 000-Einwohner-Stadt des Reformators Ulrich Zwingli, die den ersten Blick puritanisch wirken mag, hat weit mehr als hundert Sex-Shops und Sex-Salons, mehr als 1000 registrierte und kontrollierte Prostituierte verdienen hier ihr Brot. Man schätzt die Zahl ihrer Kunden aus der ganzen Welt auf 4000 pro Tag und den jährlichen Umsatz auf rund 200 Millionen Mark.

Angesichts dieser Tatsachen erhoben Kritiker schon vor Jahren wachsende Stimmen gegen das „Überhandnehmen von Auswüchsen im Sexgeschäft“. 1973 wurde nach der Film-Hit „Schulmädchen-Report“ beschlagnahmt, 1981 aber erlitt das Lager jener, die für eine „saubere Schweiz“ eintreten, einen Rückschlag: Eine Expertenkommission legte einen Entwurf für die Liberalisierung des Schweizer Sexualstrafrechts vor, der vor allem vorsah, „die bisherige kleinliche Handhabung der Behandlung von Pornographie“ abzuschaffen.

Der Aufbruch der Anhänger „unbegrenzter Freiheit auf allen Gebieten“ mobilisierte schließlich das Bürgertum der Stadt. Ein „Feindzug gegen Schmutz und Unmoral“ wurde gestartet. Zu Beginn flogen wiederholt Brandzettel gegen Sex-Shops und andere Einrichtungen der „Progressiven“, dann bemächtigte sich die Politik des Themas. Der Sieg der bürgerlichen Parteien bei den Stadtratswahlen im vergangenen Jahr

markierte den endgültigen Umschwung. Gesetze gegen das Sexgewerbe wurden vorbereitet und verabschiedet, insbesondere ging man daran, die einschlägigen Einrichtungen aus der Umgebung von Wohnvierteln und Schulen zu vertreiben.

Vor allem der neue liberale Stadtpresident von Zürich, Thomas Wagner, engagierte sich im Ringen um eine „saubere Stadt“. Er stellte sich voll und ganz hinter die Maßnahmen von Behörden und Polizei und kündigte an, daß mit allen Mitteln gegen jene vorgegangen würde, die bestehendes Recht mißachteten. Wagner ließ sich vor Ort sehen und der Öffentlichkeit mitteilen, nach einem Besuch der berüchtigten Langstrasse sei er schockiert gewesen.

Der Druck auf Metten, die Verdrängung von Bürgern und der Verlust von Wohnraum sind nach Ansicht von Stadt- und Gemeinderat jedoch nicht die schlimmsten Auswirkungen des wuchernden Gewerbes. Die Stadtväter sehen vor allem Sitten und Moral sowie das optische Erscheinungsbild ihrer Stadt in Gefahr.

Die Bekämpfung von Auswüchsen auf dem Gebiet des Sexgewerbes und die dabei gezeigte Konsequenz wird von den Zürcher Bürgern fast ausnahmslos begrüßt, von den Pornokino-Besitzern natürlich laut beschimpft. Sie können ihre finanziellen Einbußen auf Franken und Rappen errechnen: Im vergangenen Jahr zahlte eine dreiviertel Million Kinobesucher rund zehn Millionen Mark in ihre Kassen. Jetzt müssen sie mit den Preisen runter. Zahlen ihre Kunden für Pornofilme ohne zu murren zwischen 12 und 15 Mark Eintritt, so nehmen sie für harmlose Filmen jetzt höchstens noch die Hälfte an Eintritt. Trotzdem herrscht in den Sälen gähnende Leere. Ein Kinobesitzer: „Ich habe den Eingriff der Behörden für eine Entmündigung der Kinobesucher.“

Die Hände aber reiben sich die Besitzer von Geschäften mit Videofilmverleih und -verkauf. Eine Zürcher Wochenzeitung prophezeite ihnen denn auch glänzende Geschäfte. „Denn nur noch im trauten Heim wird man künftig konsumieren können, was die Polizei in Rückbesinnung auf puritanische Werte mit Bann belegt hat“, schrieb sie.

Im Stadthaus von Zürich aber ist auch dieses Ziel bereits anvisiert. Auch den Geschäftsmännern mit Pornofilmen für das Heimkino soll schon bald die Suppe versetzt werden und das Handwerk gelegt werden.

Sabotage bei Absturz in Abu Dhabi doch ausgeschlossen

dpa, Abu Dhabi
Nach der Bergung des Flugschreibers der am Freitag abgestürzten Passagiermaschine der „Gulf Air“ hat gestern ein Sprecher der Gesellschaft in Bahrain Sabotage als Ursache für das Unglück ausgeschlossen. Zunächst war eine Expertenkommission nach Karatschi entsandt worden, um dort, am Ausgangspunkt des Fluges, diesem Verdacht nachzugehen. Bei dem Absturz der Boeing 737 rund 20 Minuten vor der Landung in Abu Dhabi, der Hauptstadt der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), waren alle 111 Menschen an Bord ums Leben gekommen. An Bord waren 97 Pakistanner, neun britische Staatsbürger, zwei Bahrainer, ein Amerikaner, ein Omaner - der Pilot - und ein Iraner. Unter den Toten sind 18 Kinder, davon drei Säuglinge. Fast alle Leichen wiesen Brandwunden auf. Experten sind sich allerdings nicht darüber einig, ob das Flugzeug schon in der Luft in Brand geriet oder erst beim Aufprall explodierte. Die Nachrichtenagentur der Vereinigten Arabischen Emirate zitierte einen Augenzeugen, der kurz vor dem Absturz ein Feuer im Cockpit der Boeing 737 gesehen haben will. Der Rundfunk von Dubai (VAE) berichtete, daß der Pilot den Kontrollturm unmittelbar vor dem Unglück mitgeteilt habe, eines der Triebwerke seiner Maschine funktioniere nicht richtig.

Massenprügelei

dpa, Wuppertal
Mit einer blutigen Massenprügelei endete in der Nacht zum Sonntag ein Straßenfest in Wuppertal. Zu vorgerückter Stunde gerieten sich rund 60, überwiegend angetrunkene Nachbarn, im Stadtviertel Vohwinkel „in die Walle“. Erst eine halbe Hundertschaft Polizeibeamte konnte die Kontrahenten mit Tränengas, Schlagstöcken und „Chemischen Keulen“ auseinanderbringen.

Unfall auf der Wies'n

AP, München
Ein 38-jähriger Münchner ist auf dem Oktoberfest tödlich verunglückt. An einem der Fahrgeschäfte rutschte er aus, wurde von einem Zug erfasst und 40 Meter mitgeschleift.

Anschlag bei Miß-Wahl

AFP, Davos
Mindestens 20 Menschen kamen gestern bei einem Handgranatenanschlag auf die Besucher eines Schönheitswettbewerbs in der philippinischen Stadt Davos ums Leben. Unter den 300 zum Teil Schwerverletzten befinden sich auch zwei Miß-Bewerberinnen. Die Polizei hat keinerlei Hinweis auf die Täter.

Trockenlegung

AP, Khartoum
In der sudanesischen Hauptstadt Khartoum sind bei einer offiziellen Zeremonie alle verfügbaren Mengen an Spirituosen vernichtet worden. Präsident Gaafar el Numeiri hatte vor kurzem angekündigt, in Sudan solle islamisches Recht gelten, wonach Verkauf und der Genuß alkoholischer Getränke verboten sind.

4 Tote auf Bahnübergang

AP, Treuchtlingen
Vier junge Männer sind in der Nacht zum Samstag beim Zusammenstoß ihres Autos mit einem Intercity im bayerischen Treuchtlingen getötet worden. Nach Angaben der Polizei war der Bahnübergang mit einer automatischen Halbschranke gesichert.

„Wasen“-Rekord

dpa, Stuttgart
Mit dem traditionellen Faßstich und drei kräftigen Böllerschüssen hat am Samstag der „Cannstatter Wasen“ in Stuttgart begonnen. Mit einem Rekordpreis von 630 Mark für die Maß Bier liegen die Stuttgarter deutlich über dem Münchner Wies'n-Preis von 5,80 bis 5,90 Mark.

Familie ausgelöscht

dpa, Koblenz
Unter dem Verdacht, seine 41-jährige Ehefrau und die beiden elf und drei Jahre alten Töchter in Neuwied erstochen zu haben, ist am Wochenende der 45 Jahre alte Inhaber einer Pizzeria in Bonn festgenommen worden.

Sonnige Parade

dpa, New York
Die deutsch-amerikanischen Vereine von New York und New Jersey veranstalteten am Samstag bei kühlem, aber sonnigem Herbstwetter ihre 26. Steuben-Parade. Die Bundesrepublik Deutschland war durch zwei Ehrengäste vertreten: den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Uwe Barschel und den Vorstandsvorsitzenden der Lufthansa, Heinz Rudau.

ZU GUTER LETZT

Kurdirektor Horst Weick betonte, daß auch in diesem Jahr alle Wanderer die Gewähr dafür böten, daß keine Störung des Wildes eintreffe, daß niemand von der genehmigten Wanderstrecke abweiche und vielleicht im Naturschutzgebiet Waldbären suche und daß auch von der Schlußmannschaft wie bisher jeder Unrat auf der Wanderwege, auch der schon vorhanden gewesene, beseitigt wird. (Aus einer Mitteilung über die 11. Harzüberquerung.)

Die Krebsgefahr lauert im täglichen Brot

RPL/DW, Washington
Nahezu ketzerische Thesen zur Ursachenforschung beim Krebs trug jetzt der Amerikaner Bruce N. Ames, einer der führenden Krebspezialisten und Dekan der Biochemischen Fakultät der Berkeley University von Kalifornien, vor. Er behauptet, daß in der menschlichen Nahrung etwa 10 000 mal sovielen natürlichen Krebsverursacher (Krebsverursachende Stoffe) vorkommen, als sie etwa durch Düngung oder Pflanzenschutzmittel aufnimmt.

Bei den Studien der amerikanischen Wissenschaftler stellte sich heraus, daß die menschliche Nahrung eine Reihe von Karzinogenen, aber auch viele Anti-Karzinogene, also Substanzen, die vor Krebs schützen, enthält. Würden erst die Krebsverursacher und die Krebsverhinderer eindeutig identifiziert, sei die Zeit, so Ames, nicht mehr weit, in der man durch die richtige Ernährung einige der Hauptursachen für Krebs ausschalten könne.

Für Professor Ames ist heute das Rauchen Krebsrisiko Nummer eins. In den USA rechnet man ihm 30 Prozent der jährlich rund 350 000 Krebstoten zu. Aber schon an zweiter Stelle stehen für Ames jene Krebs-

auslöser, die der Mensch mit der täglichen Nahrung zu sich nimmt. Diese These sieht er auch dadurch gestützt, daß bei der unterschiedlichen Ernährung in verschiedenen Ländern auch die Krebsrate und die Art der Erkrankungen stark differieren.

Der wissenschaftlich exakte Beweis müde allerdings heute noch eine Sisypus-Arbeit an. Bei der Untersuchung von natürlichen und gekochter Nahrung stellte sich heraus, daß es wahrscheinlich eine unglaubliche Menge von Mutagenen, den Stoffen, die eine Veränderung der menschlichen Zellen verursachen, sowie von möglichen Karzinogenen und Anti-Karzinogenen gibt, dampft Ames allzu optimistische Hoffnungen.

Aber auch wenn diese Arbeiten noch am Anfang stehen, gelang es den Wissenschaftlern doch, einige „Freunde“ und „Feinde“ dingfest zu machen. Als problematisch wurden so etwa tierische Fette erkannt, weil sie den komplizierten Aufbau des Zellorganismus durch die Bildung von sogenannten „freien Radikalen“ durchdringen können. Eine Reihe von Pflanzen enthalten, was Ames „natürliche Pestizide“ nennt - Stoffe, mit denen sie sich gegen Para-

siten, Pilze und Tiere schützen. Zu diesen bisher bekannten Pflanzen gehören Grundnahrungsmittel wie Kartoffel ebenso wie Sellerie, Rhabarber, Pilze und Kakao. Längst bekannt als krebsauslösend sind auch gebrüllte und geräuchernde Speisen. Selbst eine Scheibe Toast enthält DNA-schädigende Substanzen, die wahrscheinlich auch Krebs auslösen, erklärt Ames. Die Desoxyribonukleinsäure (DNS) transportiert genetische Informationen zu entstehenden Zellen. So wie im Urin eines starken Rauchers nach einer Mahlzeit mit Schinken oder Speck eine Vielzahl von Mutagenen nachweisen.

Substanzen, von denen man glaubt, daß sie einen Anti-Krebsseffekt haben, fand man in den Vitaminen C und E. In dem seltenen Mineral Selenium und im Beta-Karotin, das in Möhren und den meisten grünen Gemüsen vorkommt.

Bei allem wolle er, so Ames, die Gefahren durch Menschenhand hergestellten Chemikalien nicht verniedlichen. Man müsse sich für eine effektive Krebsbekämpfung aber darüber im klaren sein, daß die Gefahren, die von der Natur drohen, um ein Vielfaches größer seien.

Der vierte Gangster Jacques Gouttenoire, von dem von Anfang an feststand, daß er an der Schießerei im „Sofitel“ beteiligt war, wurde am Tag nach dem Überfall von sechs Kugeln durchschossen in einem Kanal bei Avignon gefunden. Noch geklärt werden muß, wer von den Komplizen den wegen einer Beinverletzung lästig gewordenen Gouttenoire umbrachte.

Drahtzieher des Raubüberfalls ist vermutlich Jean Roussel (60), Vater des wenige Minuten nach dem Blutbad geflüchten Jean Roussel jr. (39). Seit Freitagabend wird der „Patriarch“ einer Gangsterfamilie aus Südost-Frankreich in Avignon ver-

War das Massaker von Avignon ein Racheakt?

Nach dritter Verhaftung glaubt die Polizei, daß das Blutbad im „Sofitel“ französischen Generalkonsul treffen sollte

hört. Schon zweimal war er im August vernommen worden, doch mangels Beweisen mußten er, sowie seine Frau Marcelle, seine Tochter Mireille und deren Verlobter Vincent Picone, wieder freigelassen werden. Auch jetzt schweigt Roussel senior eisern. Von den drei verhafteten Gang-

stern behauptet Jean Roussel junior, er sei lediglich im Hotel „Sofitel“ gewesen, um die Schließfächer zu knacken. Doch habe er nicht einen Schuß abgegeben. Gerard Rolland (33), der am vergangenen Donnerstag in einem Versteck bei Valreus (Süd-Frankreich) festgenommen wurde,

behauptet, „er sei weiß wie Schnee“ und habe mit der Schießerei im „Sofitel“ nichts zu tun. Bei der Ermordung von Gouttenoire sei er als einziger Zeuge zugegen gewesen. François Arpino (40), seit Freitag in Avignon inhaftiert und der Mittäter, angeklagt, erweist sich der Polizei gegenüber als „kooperativ“. Er gestand, daß Vater Roussel im Überdreh habe, bei dem Hotelüberfall mitzumachen.

Wie es den ungeschriebenen Gesetzen im Gangster-Milieu entspricht, schieben alle drei Verhafteten die Schuld an der Ermordung der sieben Menschen auf den toten Gouttenoire. Auch die Polizei ist inzwischen überzeugt, daß er zumindest den Barmann und den Gepäckträger des Hotels umbrachte.

Die Polizei glaubt aber inzwischen, daß die Gangster keinen einfachen Raubüberfall auf das Hotel in Avignon planten, sondern im Auftrage von Hintermännern in Lyon Lucien André, den französischen Generalkonsul in Saarbrücken, töten sollten. André kam bei dem Blutbad um. (SAD)



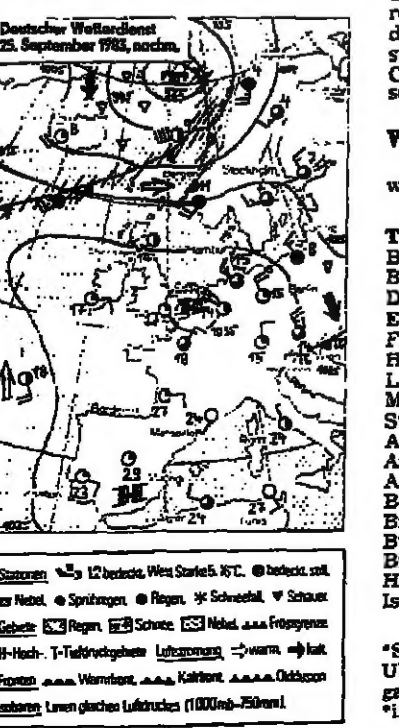
Beteiligt am Massaker von Avignon: Jean Roussel (links) wurde wenige Minuten danach festgenommen. Jack Gouttenoire wurde wahrscheinlich sterben, weil er seinen Komplizen wegen einer Verletzung tödlich wurde.



FOTOS: DPA/AF

WETTER: Heiter

Wetterlage: Ein Hoch mit Kern über Süddeutschland verlagert sich nur langsam südwärts. Der äußerste Norden Deutschlands wird von einer skandinavischen Front gestreift.



Vorhersage für Montag:
Bundesrepublik und Raum Berlin: heiter, nur in Schleswig-Holstein Durchzug von Wolkenfeldern und durchweg trocken. Höchsttemperaturen zwischen 18 Grad C in Norddeutschland und 24 Grad C in Süddeutschland. Tiefsttemperaturen 13 bis 8 Grad C. Im Norden mäßiger Wind aus West, sonst schwachwindig.

Weitere Aussichten:
Weitgehend niederschlagsfrei, etwas wärmer.

Temperaturen am Sonntag, 13. Uhr:	
Berlin	15°
Bonn	15°
Dresden	14°
Essen	14°
Frankfurt	15°
Hamburg	15°
List/Sylt	13°
München	15°
Stuttgart	17°
Alger	24°
Amsterdam	14°
Athen	22°
Barcelona	27°
Brüssel	14°
Budapest	17°
Bokarest	21°
Helsinki	7°
Istanbul	12°
Temperaturen am Montag, 13. Uhr:	
Berlin	15°
Kairo	29°
Kopenhagen	14°
Las Palmas	31°
London	17°
Madrid	29°
Mallorca	25°
Moskau	31°
Nizza	25°
Oslo	9°
Paris	18°
Prag	12°
Rom	24°
Stockholm	7°
Tel Aviv	29°
Tunis	27°
Wien	12°
Zürich	22°

*Sonnenaufgang am Dienstag: 6.15 Uhr, -untergang: 18.11 Uhr, Mondanfang: 20.34 Uhr, -untergang: 11.54 Uhr. *in MEZ, zentraler Ort Kassel